



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

93. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 12. Juni 2020, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Verlässliche Perspektiven entwickeln – Rahmenbedingungen für den Schul- jahresbeginn 2020/2021 erarbeiten – Drucksache 7/5015 – 3	Torsten Renz, CDU 23 Ralf Borschke, AfD 24, 29, 30 Thomas Krüger, SPD 25, 29, 30 Simone Oldenburg, DIE LINKE 27 Horst Förster, AfD 27 Holger Arppe, fraktionslos 29
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 7/5087 – 3	B e s c h l u s s 30
Bernhard Wildt, CDU 3 Ministerin Bettina Martin 5, 6, 8, 18, 19 Horst Förster, AfD 6 Simone Oldenburg, DIE LINKE 7, 15, 17, 18 Jörg Kröger, AfD 8, 21 Andreas Butzki, SPD 11, 14 Jens-Holger Schneider, AfD 13, 17 Daniel Peters, CDU 19, 21 Nikolaus Kramer, AfD 21	Persönliche Bemerkung gemäß § 88 GO LT durch den Abgeordneten Thomas de Jesus Fernandes, AfD 30
B e s c h l u s s 23	Persönliche Bemerkung gemäß § 88 GO LT durch den Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos 31
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD 30 Jahre Deutsche Einheit: Die Folgen der Teilung anerkennen und überwinden – Drucksache 7/5082 – 23	Antrag der Fraktion der AfD Verhältnismäßigkeit wiederherstellen – Bußgeldkatalog-Verordnung ändern – Drucksache 7/5000 – 31
	Stephan J. Reuken, AfD 31 Minister Christian Pegel 33, 35 Christoph Grimm, AfD 34 Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 35 Dietmar Eifler, CDU 36 Jochen Schulte, SPD 37 Nikolaus Kramer, AfD 37
	B e s c h l u s s 38

Antrag der Fraktion der AfD

Entlassung der Verfassungsrichterin Borchardt

– Drucksache 7/5081 – 39

Dr. Ralph Weber, AfD39, 42, 51, 54

Peter Ritter, DIE LINKE40, 43, 54

Jochen Schulte, SPD43, 47, 58, 59

Thomas de Jesus Fernandes, AfD 46

Christel Weißig, fraktionslos 47

Holger Arppe, fraktionslos 48

Torsten Renz, CDU 48, 51

Christoph Grimm, AfD 50

Horst Förster, AfD55, 57, 59

Sebastian Ehlers, CDU 56

B e s c h l u s s 60, 72

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Grundgesetz hat sich auch in

Zeiten der Corona-Pandemie bewährt –

Verschwörungsideologien aktiv entgegnetreten

– Drucksache 7/5009 – 60

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE60, 68, 71

Julian Barlen, SPD 62

Nikolaus Kramer, AfD 63, 70

Sebastian Ehlers, CDU 65, 67

Horst Förster, AfD 66

Holger Arppe, fraktionslos 67

B e s c h l u s s 71

Nächste Sitzung

Mittwoch, 26. August 2020..... 71

Beginn: 9.02 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 93. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Verlässliche Perspektiven entwickeln – Rahmenbedingungen für den Schuljahresbeginn 2020/2021 erarbeiten, Drucksache 7/5015. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5087 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Verlässliche Perspektiven entwickeln –
Rahmenbedingungen für den Schul-
jahresbeginn 2020/2021 erarbeiten
– Drucksache 7/5015 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 7/5087 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete für die Fraktion der CDU Herr Wildt.

Bernhard Wildt, CDU: Einen schönen guten Morgen, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Mitbürger! Am 16. März 2020 ist eine Art Blitz in unser Schulsystem eingeschlagen, gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben es zu tun mit einer Pandemie, mit einem exponentiellen Wachstum und einem weitgehend unerforschten Virus, das sowohl tödlich wie auch symptomfrei verlaufen kann. Die Landesregierung hat in dieser Situation entschieden, die Schulen zu schließen, und diese Entscheidung wurde von den Fraktionen der SPD und CDU vollumfänglich mitgetragen. Es war unter den verschiedenen Optionen, die wir hatten, die vernünftigste, die verantwortungsvollste und daher auch die richtige Entscheidung, denn das Wichtigste ist es, Leben und Gesundheit unserer Kinder zu sichern und zu schützen.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Die Fallzahlen gingen dann aufgrund der guten Maßnahmen und des Erfolges dieser Maßnahmen, die Infektionszahlen, zurück bis Ende April. Daraufhin wurden auch diverse Lockerungen nach und nach im Schulsystem durchgezogen und wir konnten wieder zum wenigstens eingeschränkten Präsenzunterricht zurückkehren. Aber nach wie vor gilt, wir wollen keine waghalsigen Wetten auf die Gesundheit unserer Kinder eingehen. Die Gesundheit steht im Vordergrund und deswegen konnte die vollumfängliche Öffnung der Schulen noch nicht erfolgen.

Auch diese Entscheidungen der Landesregierung wurden von beiden Koalitionsfraktionen vollumfänglich mitgetragen. Allerdings haben wir dann auch schon Anfang Mai – beide Fraktionen – begonnen, darüber nachzudenken, wie mag das weitergehen nach den Sommerferien. Der jetzige Zustand – da sind wir uns, glaube ich, alle einig – ist nicht befriedigend, der kann nicht dauerhaft anhalten, sondern wenn die Infektionszahlen niedrig bleiben, wollen wir wieder zurückkehren zu einem normalen Schulalltag. Das muss das Ziel sein.

Und wenn man also da überlegt, wie soll denn dieser Schulstart nach den Sommerferien wieder beginnen, dann muss man dabei zwei wichtige Dinge berücksichtigen: Zum einen sind wir das erste Bundesland, was aus den Sommerferien wieder herauskommt – wir sind das erste, was hineingeht, wir sind auch das erste, was herauskommt –, und wir leben gleichzeitig im Tourismusland Nummer eins. Das heißt, gerade am 3. August sind wir noch mitten in der touristischen Hochsaison. Und für diejenigen, die es nicht wissen, im letzten Jahr waren 8,4 Millionen Touristen in Mecklenburg-Vorpommern. In einer starken Umschlaghäufigkeit sozusagen sind die Touristen in unser Land ein- und ausgereist. Dazu kommen noch Tagestouristen. Und es wäre fahrlässig, zu glauben, dass nun überhaupt keine Infektionen auf diesem Wege nach Mecklenburg-Vorpommern kommen könnten. Das sind die Rahmenbedingungen.

Noch mal: Das Ziel, auf das wir uns verständigt haben, ist die Rückkehr in den schulischen Regelbetrieb. Alle Schüler sollen an allen Tagen möglichst Präsenzunterricht haben können. Wir müssen aber dementsprechend auch noch verschiedene Unterziele verfolgen. Die Gesundheit der Schüler steht im Vordergrund. Ich gebe dabei zu bedenken, dass die Krankheit nach wie vor nicht richtig erforscht ist. Wir wissen, dass es sehr schwere Verläufe auch bei Kindern geben kann, auch nach längerer Zeit, nach Monaten, Monate nach der Infektion. Wir müssen die Gesundheit der Familien schützen, die Gesundheit der Mitarbeiter und Lehrer. Und dabei steht besonders auch im Vordergrund, dass viele Kinder einen symptomfreien Verlauf haben. Das heißt, wir wissen gar nicht, dass sie infiziert sind, aber sie können durchaus andere Menschen anstecken, also auch da ein besonderes Risiko, das man berücksichtigen muss.

Natürlich geht es darum, den Bildungsauftrag wieder vollumfänglich auszuführen, und natürlich geht es auch darum, die Familien zu entlasten, die in dieser schweren Zeit, in diesen drei Monaten, darunter gelitten haben, dass die Kinder eben nicht vollumfänglich oder am Anfang gar nicht zur Schule gehen konnten und dass auch der digitale Unterricht natürlich am Anfang nicht besonders gut gelaufen ist – in einigen Schulen ja, in anderen Schulen nein. Aber es ist ja vollkommen unstrittig, dass da noch ein Nachholbedarf bestand oder besteht.

In diesem Spannungsfeld kann man also nichts dem Zufall überlassen. Und aus diesem Grund haben wir uns in der Koalition Gedanken gemacht, nicht nur die Ziele mitzugeben für die Landesregierung, die im Übrigen ja auch von der Ministerin geteilt werden, sondern auch uns zu überlegen, unter welchen Leitplanken kann man das denn erfüllen. Und wir möchten eben, dass es einen konzeptbasierten Start gibt. Wir wollen also nichts dem Zufall überlassen. Es geht nicht um Bauchgefühle, die sich dann auch noch täglich oder wöchentlich ändern können. Wir wissen ja, neuerdings haben wir 82 Millionen Virologen hier im Land. Also muss es klare Konzepte geben, die müssen wissenschaftlich fundiert sein, wissenschaftlich begleitet werden und auch vor allen Dingen konsistent sein.

Und wenn wir dabei auf die Kultusministerkonferenz verweisen, und nicht alle interessieren sich hier im Raum wahrscheinlich für die Kultusministerkonferenz,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

aber dann können Sie davon zwei wichtige Dinge sich merken: Wir wollen keine Alleingänge des Landes Mecklenburg-Vorpommern, sondern wir wollen im Geleitzug der Bundesländer sein. Wir sind Teil Deutschlands und die deutsche Sicherheit hängt auch davon ab, dass alle 16 Bundesländer harmonisch bei diesen Maßnahmen agieren. Es kann nicht sein, dass ein Bundesland das unterläuft. Und das Zweite ist eben, wir wollen klare Konzepte, wissenschaftlich basierte Konzepte.

Als Nächstes ist es uns besonders wichtig, gerade auch in der CDU-Fraktion, dass es ein Frühwarnsystem gibt. Wie gerade schon ausgeführt, haben viele Kinder keine Symptome, weisen keine Symptome auf, und wir möchten eben nicht warten, bis die Infektionszahlen angestiegen sind und wir dann mit großer Mühe diese Infektionsketten wieder einfangen, sondern wir möchten systematisch in bestimmten Stichproben, regional und nach Schularten verteilt, Tests durchführen, auf freiwilliger Basis selbstverständlich, und das würden wir anbieten wollen für Schüler, aber natürlich auch für Lehrer, für die Mitarbeiter an den Schulen, damit einfach eine große Sicherheit an das Schulsystem zurückkehren kann.

Und wir stellen uns das so vor, dass man je nach Bedarf diese Testreihen eben halt auch intensivieren kann – nehmen wir mal an, es gibt mehrere Infektionsherde – oder eben auch weiter runterfahren kann auf ein Minimum, aber wir müssen darauf vorbereitet sein, testen zu können. Und das Wort „Frühwarnsystem“ ist an dieser Stelle absolut angebracht, denn gerade dadurch, dass die Kinder oft keine Symptome haben, aber aus den gesamten Schulbezirken, zum Beispiel aus 1.000 Familien, sich an einer Schule treffen, haben wir natürlich auch das Infektionsrisiko in diese 1.000 Familien zurück.

Als Drittes wünschen wir uns eine flexible Reaktion, das heißt, wenn es zu Infektionen kommen sollte, dann ist natürlich das Abschalten oder das Schließen des gesamten Schulsystems die letzte aller Möglichkeiten. Das möchten wir natürlich auf jeden Fall vermeiden, solange es geht. Das heißt, so, wie wir das auch jetzt in anderen Ländern sehen, könnte man dazu übergehen, einzelne Klassen nur vom Unterricht zu befreien, einzelne Schulen zu schließen, vielleicht die Schulen eines Schulbezirks zu schließen, je nachdem, wie stark die Infektionen sind. Da muss eine flexible Antwort möglich sein. Aber es muss gewährleistet sein, dass jeder weiß, was er zu tun hat. Wir können nicht dann im Falle eines Falles erst anfangen zu überlegen, was machen wir jetzt, sondern das muss jetzt über die Sommerferien gut vorbereitet werden. Daran wird natürlich auch schon gearbeitet.

Und das geht Hand in Hand mit den Hygienemaßnahmen. In dem Moment, wo Infektionen auftreten, müssen die Hygienemaßnahmen eventuell geändert werden, verstärkt werden. Das gilt übrigens auch für die Schülerbeförderung in den Bussen, das gilt auch für die Sanitäreinrichtungen. Und dementsprechend sind dort auch die Schulträger angesprochen, nicht nur das Bildungsministerium, sondern eben auch die Schulträger. Aber das Bildungsministerium muss natürlich das alles koordinieren.

Damit bin ich schon beim nächsten Punkt: Digitalisierung. Ich hatte es gerade gesagt, das lief am Anfang noch nicht perfekt. Wir können uns das noch durchaus besser vorstellen. Und da hat tatsächlich das Ministerium Riesenschritte erzielt in der Zwischenzeit. Die Plattform „itslearning“ wurde jetzt beschafft, wird dann auch im

nächsten Schuljahr eingesetzt werden können. Und da geht es zum einen natürlich um den Plan B, falls wir wieder vom Präsenzunterricht teilweise zum digitalen Unterricht kommen müssten. Das muss abgesichert sein, besser, als es bisher war. Aber die Digitalisierung – und da läuft das Ministerium bei SPD und CDU offene Türen ein –, die Digitalisierung ist natürlich sowieso ein wertvoller Beitrag für den Schulalltag, und das soll auch ohne Corona-Krise und ohne Covid-Krise Bestandteil des Schulsystems bleiben. Und ich lade also alle ein, insbesondere auch die Oppositionsfraktionen, sich das mal anzuschauen oder nicht gleich den Kopf zu schütteln,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
So wie die BMV früher immer?!)

sondern natürlich spielen diese E-Learning-Plattformen eine ganz große Rolle und können da auch wirklich einen wertvollen Beitrag leisten.

Die Kollegen, die Bildungspolitiker von SPD und CDU, haben sich das gemeinsam angeschaut. Wir haben uns da umfangreich informiert. Und ich glaube, Andreas Butzki, man kann sagen, wir waren begeistert davon. Wir sehen das sehr positiv.

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt.)

Und an der Stelle möchte ich insgesamt mal sagen, dass in den letzten drei Monaten die Zusammenarbeit zwischen der SPD und der CDU, den Bildungspolitikern der beiden Fraktionen, sehr gut war, also kann man sich eigentlich gar nicht besser vorstellen. Und ich möchte da ausdrücklich auch die Bildungsministerin und das Bildungsministerium insgesamt mit einbeziehen. Es hat sich gezeigt, das war vielleicht einer von zwei Vorteilen in dieser Krise, dass die beiden regierungstragenden Parteien dann im Falle eines Falles sehr eng und sehr gut zusammenarbeiten.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Opposition hat es da ein bisschen schwerer,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, nee!)

aber sie setzt sich trotzdem auch durch.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Wir sind ja die, die wissen, wie es geht.)

Und den Antrag der Linksfraktion,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Solche Sprechblasen können Sie doch lassen!)

den Antrag der Linksfraktion, Herr Ritter, lehnen wir trotzdem ab. Abgesehen davon, dass er jetzt zu kurzfristig kam,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich!)

enthält er einige Bestandteile, die wir gut finden, aber andere, die wir auch so nicht erfüllen können. Und das Besondere ist ja, wir haben die nächste Landtagssitzung erst Ende August und wir müssen jetzt einen Rahmen vorgeben für das Ministerium, der auch Freiheiten zulässt, denn natürlich muss auch reagiert werden, je nachdem, wie die Situation sich in den nächsten acht Wochen entwickelt.

Was ich aber gerne vorschlagen möchte, ist, dass sich der Bildungsausschuss – da wäre der Vorsitzende dann mal gefragt – schon vor Beginn der Schule einmal zusammentelefoniert im Mindesten oder trifft, um den aktuellen Stand durchzusprechen. Wir tun das natürlich in der Koalition sowieso, aber um die Opposition einzubinden, wäre das eine Idee an den Vorsitzenden.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ende, aus!)

Vielen Dank und vielleicht greift der Herr Vorsitzende das ja auf. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Bettina Martin.

Ministerin Bettina Martin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Noch fünf Schultage bis zu den Sommerferien! Ein krisengeschütteltes Schulhalbjahr geht zu Ende, und ich muss sagen, ich bin froh, dass wir in diesem Jahr als erstes Bundesland in die großen Ferien starten. Ich bin froh, dass wir dieses Krisenhalbjahr geordnet beenden können, denn jetzt heißt es, alle Kraft voraus und das neue Schuljahr vorbereiten. Und ich sage es hier ganz klar: Wir werden nach den Sommerferien, also am 3. August, mit einem verlässlichen täglichen Regelunterricht für alle Schülerinnen und Schüler in das neue Schuljahr starten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Angesichts der im Vergleich zu allen anderen Bundesländern und weltweit sowieso sehr niedrigen Zahlen von Corona-Fällen in M-V ist es nicht nur vertretbar, sondern aus meiner Sicht absolut notwendig,

(Beifall Horst Förster, AfD)

dass wir den Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Bildung und Teilhabe endlich wieder weitestgehend ermöglichen. Das bereiten wir nun vor, gemeinsam, denn man könnte es nach dem Sommer ja niemandem mehr erklären, dass wir alle Restaurants geöffnet haben, Tanzschulen, Spielhallen, sogar Yoga-Studios, aber ausgerechnet die Kinder und Jugendlichen dann immer noch in nur sehr eingeschränktem Maße in die Schule gehen können. Nein, Kinder haben ein Recht auf Bildung und Teilhabe, und das müssen wir wieder einlösen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Daniel Peters, CDU)

Natürlich wissen Sie alle genauso gut wie ich, dass das Corona-Virus auch Anfang August noch nicht verschwunden sein wird, und es ist auch sehr unwahrscheinlich, dass dann bereits ein wirksames Medikament oder ein wirksamer Impfstoff auf dem Markt sein werden.

Deshalb ist es eben auch nicht ganz so einfach, wie manche tun, die sagen: Ach, macht doch einfach die Schulen wieder auf und damit basta! Als Staat haben wir die Verantwortung für 160.000 Schülerinnen und Schüler und für rund 13.000 Lehrerinnen und Lehrer in M-V. Deshalb werden wir im August bei der Rückkehr in einen täglichen Regelbetrieb an den Schulen unter Pandemiebedingungen selbstverständlich auch ein notwendiges Hygienekonzept verfolgen. Dieses Hygienekonzept erarbeiten wir in diesen Tagen gemeinsam mit den Experten Herrn Professor Reisinger, mit dem LAGuS, mit dem WM, mit anderen Expertinnen und Experten aus dem Gesundheitsbereich.

Und wir sind auch gerade dabei, das Thema Testungen zu beraten. Es wird auch in dieser Woche noch Gespräche geben auf MPK-Ebene über das Thema Strategie, Gesamtstrategie Testungen. Auch wir im Land sitzen in Gesprächen darüber, wie wir die Schulöffnungen mit klugen Modelltestungen und Testungen insgesamt begleiten können.

(Beifall Bernhard Wildt, CDU)

Natürlich orientieren wir uns bei all dem, was wir da jetzt vorbereiten, auch an den Erfahrungen anderer Bundesländer, an aktuellen Studien, wie zum Beispiel der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu den Schulöffnungen, und natürlich auch an den sich immer weiter entwickelnden aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Vieles, sagen uns die Virologen, vieles weist darauf hin, dass Kinder weniger infektiös sind und weniger infiziert werden. Große bundesweite Studien laufen im Moment. Die Ergebnisse werden uns – und darauf setze ich natürlich große Hoffnung –, diese Ergebnisse werden uns mehr Sicherheit dabei geben, wenn wir nach dem Sommer zu einem Regelbetrieb in den Schulen zurückkehren werden. Denn eines ist doch klar, ich bin Bildungsministerin und nicht Medizinerin! Mein Job ist es, so viel und so gute Bildung wie möglich für alle Kinder zu ermöglichen. Alles, was aus medizinischer Sicht möglich und verantwortlich ist, all das werden wir vorantreiben und auch umsetzen.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Das hätte von mir sein können.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

auch in den Ferien werden wir bereits zu einem verlässlichen Alltag zurückkehren können. Meine Kollegin Stefanie Drese hat bereits den Ferienhort angekündigt. Ferienlager und Feriencamps werden möglich sein. Ich habe gerade gestern ein Schreiben an alle Grundschulen herausgeschickt, mit denen wir Sommerschwimmkurse für all die anbieten, die noch nicht so sicher schwimmen können, denn wir haben ja im laufenden Schuljahr keine Schwimmkurse machen können. Wir haben keine Schwimmkurse machen können in diesem laufenden Schulhalbjahr. Die Badesaison ist vor der Tür. Wir haben uns deswegen entschlossen, gemeinsam mit dem Sozialministerium die Schwimmkurse „M-V lernt schwimmen“ aufzustocken, zu verdreifachen und dann Kindern kostenlos zu ermöglichen, dass sie im Sommer mehr schwimmen lernen, ihr Schwimmen irgendwie auch zu stärken. Ich halte das für sehr wichtig, und das wird kostenfrei sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir bieten außerdem ein Ferienlernprogramm an, das allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gibt, freiwillig zusätzliche Förderung zu erhalten, wenn sie sich gut auf das kommende Schuljahr vorbereiten wollen, Lücken schließen wollen, wenn sie sich unsicher fühlen. Wir werden bei externen Bildungsträgern 1 Million Euro investieren, dass dort die Schülerinnen und Schüler in kleinen Lerngruppen Nachhilfeunterricht erhalten können. Wir wollen da auch Referendarinnen und Referendare, aber auch Lehramtsstudierende aktivieren und ermutigen, auch dort sich einzubringen, dort den Ferienjob zu machen. Wir sind im Gespräch mit den Universitäten, dass sie diese Praxiserfahrungen auch anrechnen können auf ihr Studium. Ich halte das für sinnvoll, weil auch die Lehramtsstudierenden jetzt in den letzten Monaten natürlich Einschränkungen hinnehmen mussten, vor allen Dingen im Praxisbereich.

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Frau Martin! Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Förster?

Ministerin Bettina Martin: Ja, selbstverständlich.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Herr Förster!

Horst Förster, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Frau Ministerin, bei Ihrer Prognose, so habe ich Sie verstanden, haben Sie auf die besondere Infektionslage, die sehr günstige Infektionslage hier im Land hingewiesen. Von Herrn Wildt habe ich eben für die CDU gehört, dass er ein bundeseinheitliches Vorgehen vorzieht. Wie stehen Sie dazu?

Ministerin Bettina Martin: Ich habe, ehrlich gesagt werde ich da gleich auch noch im Redetext dazu kommen. Es ist insgesamt auch die Strategie, die ja wir auch auf Bundesebene entwickelt haben, Bund und Länder, dass wir zukünftig auch regional reagieren können auf das Infektionsgeschehen. Ich werde dazu gleich noch kommen. Insofern widersprechen Herr Wildt und ich uns in keiner Weise.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Daniel Peters, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin! Sie können gerne fortfahren.

Ministerin Bettina Martin: Vor rund zwei Wochen haben wir außerdem ein Schreiben an alle Schulen geschickt. Ich habe gerade berichtet vor der Zwischenfrage, dass wir bei privaten Bildungsträgern Nachhilfeunterrichtsmöglichkeiten in kleinen Gruppen eröffnen wollen. Ich habe dann eben vor zwei Wochen ein Schreiben an alle Schulen geschickt, wo ich auch Lehrkräfte ermuntere, dass sie, wenn sie sehen, dass Kinder besondere Hilfe vielleicht auch noch mal brauchen, bevor das neue Schuljahr anfängt, in der ersten und der letzten Ferienwoche – das sind die Wochen, wo die Schulen auf sind, wo vor- und nachbereitet wird –, dass dort, wo Kapazität und auch die Möglichkeit da ist, zusätzlich Unterstützung angeboten wird, freiwillig wohlgehemmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die vergangenen drei Monate der Pandemie waren eine riesige Herausforderung für alle, für die Schulen, für die Eltern und natürlich vor allen Dingen für die Schülerinnen und Schüler im Land. Wir haben es gerade gehört, am 16. März

haben wir quasi über Nacht die Schulen geschlossen, um die unkontrollierte Ausweitung des Corona-Virus zu verhindern. Die aktuellen Infektionszahlen belegen, dass uns dies gelungen ist. Und ich bin überzeugt davon, dass auch die Schulschließungen – so bitter, wie sie waren, für eine Bildungsministerin allemal –, dass auch diese Schulschließungen dazu beigetragen haben, dass wir hier so erfolgreich das Ausbreiten des Corona-Virus verhindern konnten.

Seit dem 27. April haben wir nun die Schulen Schritt für Schritt wieder geöffnet. Alle Schülerinnen und Schüler aller Klassenstufen haben seitdem wieder Schule im Präsenzunterricht, aber – vor allem aufgrund der Abstandsregeln – leider in einem ganz eingeschränkten Maße. Doch es war mir und den Pädagoginnen und Pädagogen vor allen Dingen vor Ort sehr wichtig, dass wir es schaffen, alle Kinder vor den Ferien noch mal zu sehen in den Schulen, dass wir sehen, was ist in den Familien in den Monaten geschehen, wie geht es den Kindern. Das war wichtig. Für die Kinder war es wichtig, wieder ihre Schulkameradinnen und Schulkameraden zu sehen, ihr normales, gewohntes soziales Umfeld zu sehen. Und eins haben wir gelernt aus dieser Corona-Pandemie, nämlich, wie wichtig Schule und auch Kita sind für unsere Gesellschaft, was das für eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft ist. Und ich denke, diese Erkenntnis sollten wir mitnehmen in die Zeit nach Corona.

Viele Diskussionen hat es auch gegeben um die Prüfungen, um Abitur und Mittlere Reife, in den letzten Wochen, vor allen Dingen zu Beginn der Schulschließungen. Ich kann heute sagen, die Prüfungen sind durch, zumindest alle schriftlichen Prüfungen, auch Teile der mündlichen Prüfungen bei den Abiturientinnen und Abiturienten. Das ist alles gut gelaufen, ohne besondere Vorkommnisse.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Warten wir mal auf die Ergebnisse!)

Allen erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen möchte ich von hier aus schon mal herzlich gratulieren. Herzlichen Glückwunsch! Hut ab!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Hut ab! Das, was ihr da geschafft habt, das ist wirklich unglaublich! Es ist nämlich wirklich eine besondere Zeit gewesen, dieses Abitur und diese Mittlere Reife, das sind ganz besondere Abschlüsse. Da könnt ihr stolz sein!

Und ich möchte allen ein aufrichtiges Dankeschön sagen, den Schülern, den Lehrkräften, den Schulleitungen und auch natürlich den Eltern, dafür, dass sie die letzten schwierigen Wochen so geordnet und organisiert durchgehalten haben. Danke, liebe Eltern, dass Sie die Doppel- und Dreifachbelastungen zu Hause getragen haben und Ihre Kinder in diesen Krisenwochen so gut unterstützt haben. Danke an alle Lehrkräfte, die alles getan haben, um den Kindern so viel Normalität und Schule wie eben möglich anzubieten. Danke vor allem an die Schülerinnen und Schüler, die das durchgehalten haben. Von ganz vielen höre ich, dass sie sich noch nie so auf Schule gefreut haben wie im Moment, und ich finde, das ist wenigstens ein guter Nebeneffekt dieser Zeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Ein anderer guter Nebeneffekt ist wohl die Tatsache, dass das digitale Lernen einen Riesenschub erfahren hat. Es gab Schulen und Lehrkräfte, die darauf super vorbereitet waren, weil sie schon vorher viel getan haben, weil die Schulträger da auch sehr aktiv waren. Sie waren mittendrin in der Digitalisierung ihrer Schulen. Es gab auch – Herr Wildt hat es zu Recht gesagt – Schulen, die sich schwergetan haben und auch immer noch schwertun. Wir haben wenige Tage nach dem Lockdown am 16. März sehr schnell gehandelt und zunächst einmal eine grundlegende digitale Plattform zur Verfügung gestellt, „FuxMedia“. Alle, die gar nichts hatten, konnten das nutzen.

Und wir haben dann die Wochen genutzt, unter Hochdruck und mit Tempo die Vorbereitungen für wichtige weitere Schritte der Digitalisierung voranzutreiben. Viel früher als geplant haben wir vor etwa drei Wochen das cloudbasierte Lernmanagementsystem „itslearning“ für alle Schulen freischalten können. Für alle, die sich hier nicht auskennen, „itslearning“ ist der Mercedes unter den Lernmanagementsystemen. Dieses System bietet Lehrkräften und Schülern die Möglichkeit, interaktiv miteinander zu kommunizieren, Messaging, gemeinsame Projektarbeiten, Diskussionen und bald auch Video – das ist noch nicht eingebunden, das kommt im nächsten Halbjahr –, auch Videoconferencing, also Tutorials über Video werden möglich sein. Das ist wirklich der State of the Art, also wirklich ein großer Erfolg für die Weiterentwicklung des digitalen Lernens bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Und auch das ist ein guter Effekt, dass wir diesen Schub, diesen Riesenschub Digitalisierung mit in die neue Zeit nach Corona mitnehmen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und ja, wir werden das auch mit Fortbildungen der Lehrkräfte begleiten müssen. Das ist ja wohl klar, wir müssen da alle Beteiligten mit auf den Weg nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden also die Erfahrungen der vergangenen Wochen uns zunutze machen, wir werden gemeinsam daran arbeiten, einen verlässlichen täglichen Regelbetrieb fürs nächste Schuljahr vorzubereiten. Und noch mal: Es geht darum, dass wir wieder zurückkehren zu einem weitestgehenden Normalbetrieb an den Schulen unter Pandemiebedingungen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und ich habe es gerade gesagt, ich mache es deswegen kurz: Wir alle wissen nicht genau, wie sich das Infektionsgeschehen entwickeln wird in den kommenden Monaten und Wochen. Vieles weist darauf hin, dass es immer wieder auch Hotspots geben wird. Wir haben es erlebt in Göttingen, wir haben es bei uns an Pfingsten erlebt bei den Gottesdiensten. Es ist ganz klar für mich, dass wir regional agieren müssen. Ich muss nicht eine Schule, wenn in Bergen auf Rügen ein Infektionsgeschehen ausbricht, muss ich nicht in Grabow die Schule zumachen. So werden wir gern agieren. Und deswegen passt das, was Herr Wildt und ich gesagt haben, sehr gut zusammen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich habe noch viel zu sagen, meine Zeit ist lange um. Ich werde nur noch einen Punkt sagen: Wir werden die Ab-

standsregeln in den Schulen aufheben müssen, anders werden wir es nicht schaffen, einen verlässlichen täglichen Regelbetrieb einzuhalten.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir werden nicht mehr die Abstandsregel 1,5 Meter haben. Das ist übrigens auch Konsens unter den KMK-Bildungsministern, dass das im neuen Schuljahr, dass wir das auf neue Hygienekonzepte basieren müssen, dass wir einen Regelbetrieb einführen werden. Wir werden feste Lehrkräfte, feste Klassen, feste Gruppen einrichten und damit Regelbetrieb ermöglichen können. Da sitzen wir gerade mit allen Beteiligten an dem neuen Hygieneplan und werden dann auch die Schulen dementsprechend gut vorbereiten können.

Wir werden auch den Lehrkräften, die jetzt noch in den Risikogruppen sind, die kein Attest brauchen im Moment, werden wir nur noch erlauben, im Homeoffice zu sein, indem sie ein Attest bringen. Das ist auch in der Vorbereitung. Das werden wir auch jetzt sehr schnell kommunizieren, damit jeder weiß, was er zu tun hat.

Und vielleicht am Ende noch ein herzliches Dankeschön an die Regierungsfractionen, die diesen doch sehr schwierigen bildungspolitischen Weg der letzten Wochen hervorragend mitgetragen haben, mich toll unterstützt haben. Ich danke herzlich dafür. Und ich danke auch für den Antrag, der uns den richtigen Weg weist ins nächste Schuljahr. Herzlichen Dank! Und ich bitte um Annahme dieses guten Antrages. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Ministerin, mir liegt noch ein Antrag auf Kurzintervention vor von Frau Oldenburg.

Frau Oldenburg, bitte schön!

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst mal möchte ich sagen, heute ist der Internationale Lehrertag.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der CDU: Ooh! –
Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Herzlichen Glückwunsch allen Lehrerinnen und Lehrern hier in Mecklenburg-Vorpommern!

Ich bin aber, ich habe ein, für mich ist es etwas unverständlich und deswegen möchte ich das hier kundtun. Und Herr Wildt hatte gesagt, dass Sie ja den Antrag mittragen, deswegen ist es meine Frage an Sie: Im Punkt 4 des Antrages wird gesagt, „die verbindliche Nutzung des landesweiten Angebots der Lernmanagementsoftware ‚itslearning‘ einschließlich des dazu erforderlichen Identitäts- und Schuldienstmanagementsystems ... geprüft werden“. Ich verstehe diese verbindliche Nutzung, dass sie geprüft werden soll, nicht in diesem Punkt, denn das Ministerium antwortete mir in einer Kleinen Anfrage („Einführung einer zentralen digitalen Lernplattform an den Schulen ...“): „Im Rahmen einer beschleunigten Direktvergabe aufgrund der COVID-19-Situation erfolgte die Zuschlagserteilung für die Bereitstellung einer Interimslösung. Diesen Zuschlag hat ... itslearning“ GmbH „erhalten. ... Parallel läuft das reguläre Vergabeverfahren für

die Bereitstellung eines Lernmanagementsystems selbstverständlich weiter, damit dieses wie geplant im ersten Halbjahr des Schuljahres 2020/2021 dann die Interimslösung ablösen kann.“ Ende des Zitats.

Also steht für mich fest, „itslearning“ ist nur ein Provisorium. Das ist die Antwort Ihres Ministeriums. Der Antrag sagt, es soll geprüft werden, genau wie das Managementsystem. Das ist doch längst ausgeschrieben, also da verstehe ich die Prüfung nicht. Hier muss nicht geprüft werden, sondern die Prüfung ist bereits abgeschlossen, weil die Leistung seit Januar ausgeschrieben ist. Und ich nehme mal an, dass die Landesregierung alles geprüft hat, bevor etwas ausgeschrieben wird. Deswegen kann ich mit diesem Antragspunkt des Prüfens nichts anfangen. – Danke schön!

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Ministerin, möchten Sie darauf erwidern?

Ministerin Bettina Martin: Aber gern.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte schön!

(Ministerin Bettina Martin spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Ministerin Bettina Martin: Hört man mich? Ja.

Natürlich prüfen wir alles, was wir ausschreiben, ganz sauber und ordentlich, völlig klar. Diese Interimslösung, in der Tat, wir haben sehr schnell „itslearning“ mit sehr vielen Modulen an den Start gebracht. Für uns ist „itslearning“ das Beste, was es auf dem Markt gibt. Wir haben es deswegen an den Start gebracht, auch in die Anwendung, und planen, diese Anwendungen auch fortzuführen über viele Jahre. Insofern ist das eine Interimslösung, die an den Start geht. Wir müssen die Ausschreibung natürlich auch weiter fortführen und werden nach all dem, was ich jetzt absehen kann, „itslearning“ so weit ausbauen, dass es im Vollmodus bei uns viele Jahre laufen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Gestatten Sie mir noch den Hinweis, die Ministerin hat es ja bereits angekündigt, dass sie ihre Redezeit um sechs Minuten überschritten hat.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Werte Gäste! Leiwe Mäkelborger un Vörpommern! Ein sehr interessanter Antrag liegt uns hier vor. Die AfD-Fraktion beabsichtigte eigentlich, einen ähnlichen Antrag zurückzuziehen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ach Gott!)

Er war uns aber zu flach. Wir haben ihn dann zurückgezogen.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD: Was war denn das?)

Betrüblich,

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

betrüblich ...

Ja, ich könnte jetzt die ganzen Attribute, die Sie sonst gegen unsere Anträge verwenden, auch gegen diesen verwenden.

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sie haben jetzt schon mal vorgebaut.)

Deswegen habe ich schon mal vorgebaut, genau.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Also betrüblich finde ich es zumindest, dass wieder nur ein Ressortbereich – zugegeben ein sehr wichtiger, die Schüler und die Schulen – hier betroffen ist. Aber, meine Damen und Herren, brauchen unsere Studenten nicht auch Sicherheit, unsere Hochschulen also, unsere Theater, unsere Museen?

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Also für uns als AfD-Fraktion gehört zumindest auch der kulturelle Bereich zur Daseinsvorsorge.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

So viel möchte ich hier eigentlich erst einmal voranstellen, dass uns dieser Antrag also für den Schulbereich schon interessant erscheint. Aber warum muss das Ministerium jetzt zum Jagen getragen werden?

Am 03.06. hat die Ministerin schon angekündigt, dass es verlässliche Rahmenbedingungen zum Schuljahresbeginn geben wird. Also müsste da eigentlich doch schon daran gearbeitet werden, meiner Meinung nach. Und es ist ein Vierteljahr seit der Schulschließung vergangen, so ungefähr. In diesem Vierteljahr muss ja eigentlich was passiert sein. Man kann ja da nicht nur von Ereignis zu Ereignis sich durchgehungert haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Da müsste eigentlich schon ein bisschen vorgebaut worden sein. Womit warten wir dann auf, wenn es wieder losgeht? Also ein Deeskalationsplan müsste ja eigentlich schon quasi da sein und mit Leben erfüllt sein. Da können wir doch nicht jetzt erst mit anfangen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Also wie gesagt, das Ergebnis sollte eigentlich so aussehen, dass man jetzt schon die Orientierungshilfe für die Schulen, die Sie hier als ersten Punkt fordern, langsam, aber sicher in den ersten Entwurf bringen könnte. So weit müsste es jetzt terminlich eigentlich schon sein. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, sonst bräuhete es diesen Antrag nicht.

Und dieser Antrag ist für mich oder für unsere Fraktion ein Zeichen großer Unsicherheit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Andreas Butzki, SPD: Das stimmt. – Torsten Renz, CDU: Jo!)

Nach außen getragen dokumentieren Sie, wie unsicher eigentlich das Ministerium momentan noch im Gelände umherläuft in Sachen Pandemie. Ich sage mal ...

(Torsten Renz, CDU: Na, dann legen Sie doch mal Ihren Plan vor, wenn Sie schon wieder alles wissen!)

Den haben wir.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Also Teile davon finden sich hier übrigens schon wieder.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Torsten Renz, CDU: Ich spreche vom Plan! – Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Ja, ja.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Hast doch gehört, der war flach!)

Also gut, kann ich gerne machen, aber ich muss jetzt zu dem Antrag sprechen.

Unser Plan sieht ein dezidiertes Vorgehen vor, differenziert.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Warum müssen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

warum müssen Schulbereiche,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Schulen, in deren ...

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Kröger!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Redner ist nicht mehr zu verstehen.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Zum Glück!)

Er hat jetzt das Wort. Ich bitte doch um etwas mehr Ruhe!

Bitte, Herr Kröger!

Jörg Kröger, AfD: Das haben wir auch schon im Ausschuss zum Ausdruck gebracht: Warum müssen Schulen, in deren Einzugsbereich es überhaupt keine Pandemiefälle gibt, kein Infektionsgeschehen vorhanden ist, warum müssen die genauso behandelt werden wie Schulen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Das hat die Ministerin doch gerade erklärt!)

in deren Einzugsbereichen es Infektionsgeschehen gibt?

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ja, und deswegen, also diese Herangehensweise haben wir ja schon angeregt, indem wir das hinterfragt haben, was hier jetzt dargestellt wurde.

(Andreas Butzki, SPD: Kennen Sie noch die Aussagen von Frau Weidel?)

Deswegen ...

(Andreas Butzki, SPD: Alles dichtmachen! Wurde angezählt, die Bundesregierung, dass sie zu spät handelt.)

Jede Pandemie, jede Pandemie, also ich kenne das so, dass man Sperrgebiete ausruft. Dort, wo Infektionsgeschehen ist, macht man ein Sperrgebiet.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Dort, wo keines ist, lässt man es außen vor.

(Thomas Krüger, SPD: Hat die Ministerin doch gerade gesagt!)

Es gibt beispielsweise auf Baustellen, ich habe ja, aus dem praktischen Leben heraus, auf Baustellen macht man das so, dass man eine Gefährdungsbeurteilung schreibt für jedes Gewerk. Das heißt, ich muss einschätzen für mein Gewerk, welche Risiken für Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz bestehen.

(Andreas Butzki, SPD: Wurde gemacht!)

Warum macht man das nicht für Schulen?

(Andreas Butzki, SPD: Hat man! Hat man!)

Warum gibt es das nicht?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Andreas Butzki, SPD: Hat man doch!)

Das scheint es nicht zu geben, sonst müssten wir diesen Antrag nicht haben.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich muss also auch einschätzen, welche Mittel ich vorhalten muss, welche persönliche Schutzausrüstung, wie ich mich verhalten muss, ob ich Bereiche absperren muss oder nicht. Das alles gibt es. Das alles gibt es im praktischen Leben schon lange, und hier ist es nicht umgesetzt worden. Also seit 2012 beispielsweise hat die Bundesregierung im Rahmen einer Studie vorliegen, dass es zu Seuchenfällen und Schulschließungen kommen kann. Es werden auch Naturkatastrophen darin behandelt, in dieser Studie. Aber das ist ja jetzt hier nicht von Relevanz. Und genau diese Untätigkeit, die eigentlich seit Bekanntwerden dieser Geschehnisse hier zu verzeichnen ist, deren Folgen haben wir hier jetzt auf dem Tisch und müssen uns damit auseinandersetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und deshalb denke ich, dass es durchaus praktische Erfahrungen gibt, die umgesetzt werden können. Und wir

brauchen nicht eine Studie nach der anderen. Die können so was flankieren, aber ich sage mal, die Ministerpräsidentin mit Ihrem „Zukunftsrat“, wie die Arbeitsgruppe bezeichnet werden soll, ist da näher an der Themenlösung dran als das Ministerium, wie es augenscheinlich der Fall ist.

Ja, meine Damen und Herren, so sieht es aus. Aus unserer Sicht ist es betrüblich, dass wir hier einen Arbeitsauftrag an das Ministerium erteilen müssen, und es erfüllt uns in gewisser Weise mit Sorge, dass das hier das Parlament machen muss. Wir sind davon ausgegangen, dass das Ministerium tatsächlich von alleine tätig wird, auch gerade nach den Ankündigungen, die ich hier schon angesprochen habe,

(Thomas Krüger, SPD: Wird es doch!)

dass es einen verlässlichen Rahmenplan gibt.

(Thomas Krüger, SPD: Hat die Ministerin doch dargestellt.)

Ja, dann ist es ja gut, dann braucht es doch diesen Antrag eigentlich nicht mehr.

(Daniel Peters, CDU: Nicht zugehört!)

Nö!

(Thomas Krüger, SPD: Und warum kritisieren Sie es jetzt?)

Weswegen? Ist doch interessant.

Also, meine Damen und Herren, ich bin der Meinung,

(Zuruf von Bernhard Wildt, CDU)

wir müssen das Ministerium nicht zum Jagen tragen. Deswegen werden wir uns,

(Thomas Krüger, SPD: Deswegen tun wir es doch!)

werden wir uns, so sinnvoll die einzelnen Punkte hier auch sind, aber die sind alle schon in Pressemitteilungen und Ähnlichem verteilt worden. Das ist hier jetzt auch groß und breit berichtet worden. Wir warten einfach mal ab.

(Thomas Krüger, SPD: Sie wissen, wann Antragsschluss war, ja?)

Der kommt zu spät, ja. Wir haben unseren deshalb nicht,

(Thomas Krüger, SPD: Ah!)

wir haben unseren deshalb zurückgezogen.

(Thomas Krüger, SPD: Ich mag Menschen, die vorher schon alles besser gewusst haben!)

Intern.

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Ja, ich habe Ihnen ja gesagt,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

welche Erfahrungen man da hätte zugrunde legen müssen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

aus dem praktischen Leben.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, natürlich! – Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Genauso ist es, ne?!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das, was in der Industrie schon lange möglich ist,

(Thomas Krüger, SPD: Wir kommen aus dem theoretischen Leben, alles klar!)

dass man sich einen Plan macht, welche Gefährdungen treten auf, wie trete ich denen entgegen, was muss ich vorhalten an Mitteln und an Möglichkeiten,

(Thomas Krüger, SPD: Oh, mein Gott!)

mit welchen Kräften, wie viel ...

(Philipp da Cunha, SPD: Das sollen wir jetzt hier reinschreiben?)

Ja.

(Heiterkeit bei Philipp da Cunha, SPD)

Tja,

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, Philipp da Cunha, SPD, und Dirk Friedriszik, SPD)

dazu gibt es Experten. Dazu gibt es Experten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu denen Sie nicht gehören!)

die die Schulpraxis kennen, und es gibt Experten, die die Gesundheitspraxis kennen.

(Thomas Krüger, SPD: Herr Kröger, es wird nicht besser!)

Und wenn diese Experten sich austauschen ...

(Andreas Butzki, SPD: Wissen Sie, wie viele Leute zum Schuljahresanfang krankgeschrieben sind?)

Ich sage es nur,

(Andreas Butzki, SPD: Wissen Sie das? – Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

ich sage es nur,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

dass es nicht nötig getan hätte, alle Schulen zu schließen,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD: Genau. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und dass wir hier ein differenziertes Vorgehen, wie man es jetzt ins Auge fasst, wie man es jetzt ins Auge fasst,

(Thomas Krüger, SPD: In der ersten Debatte war die AfD die, die uns aufgefordert hat, noch viel strenger vorzugehen.)

schon von Anfang an hätten machen müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Hätte, hätte, Fahrradkette!)

Ja, man muss nicht immer nur

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

wie die Schlange aufs Kaninchen gucken und versuchen,

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

und versuchen, sich an den anderen zu orientieren,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

hilflos zu gucken, was machen denn die.

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Wir müssen aktiv werden, und das ist nicht passiert.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Man hat nur in der Deckung verharrt und gewartet, was kommt. Und deshalb, meine Damen und Herren, werden wir uns zu diesem Antrag enthalten. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Butzki.

(Thomas Krüger, SPD: Der zieht das jetzt klar. – Andreas Butzki, SPD: Ich brauche jetzt eine halbe Stunde. – Peter Ritter, DIE LINKE: Im Gegensatz zum Vorredner kommt jetzt ein Experte. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Andreas Butzki, SPD: Genau.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kröger, wir machen einen Antrag zur Schule und nicht zur Kultur und was Sie da alles gefordert haben, und nur zur Schule, wenn Sie es richtig gelesen haben. Deswegen braucht die Aufforderung zu allen anderen Bereichen hier nicht gegeben zu werden.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und wir haben regelmäßig eine Gefährdungsbeurteilung gemacht,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

das heißt, ich nicht, sondern die Landesregierung. Sie haben regelmäßig mit Professor Reisinger beziehungsweise mit Frau Dr. Littmann zusammengesessen, haben genau überlegt, was zu tun ist.

Und, meine Damen und Herren, es geht hier um Kinder

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

und es geht um Lehrerinnen und Lehrer, also Menschenleben.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja, natürlich!)

Und da muss man ganz seriös und ganz ordentlich handeln,

(Rainer Albrecht, SPD: Jawoll!)

und das hat die Landesregierung getan.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Und, Herr Kröger, ich wollte es gar nicht sagen, aber zu Ihrer Erinnerung mal: Ich habe mein ganzes Leben lang immer mit Schule zu tun gehabt, und das sind ja nun doch einige Jahre. Ich kenne das Schulsystem als Schüler, als Student, als Lehrer und als Schulleiter. Ich habe die verschiedensten Schulen als Vater miterlebt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich habe die Einheitsschule kennengelernt und ich kenne das gegliederte Schulsystem. Und ich bin auch mehrere Jahre als Evaluator unterwegs gewesen,

(Nikolaus Kramer, AfD: Als was?)

und ich denke, ich kann mir da ein Urteil erlauben. Und als langjähriges Stadtvertretermitglied und auch als Kreistagsmitglied kenne ich die Situation und die Sichtweisen des Schulträgers, und auch als Landtagsabgeordneter bin ich jetzt seit den letzten 19 Jahren mit für die Schulgesetzgebung verantwortlich.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
So lange schon, ja?)

Und das, was wir im Augenblick hier im Bereich Schule erlebt haben, so was gab es noch nicht. Und ich denke, das hat keiner von uns bisher miterlebt.

(Torsten Renz, CDU: Andreas, 9 Jahre, nicht 19!)

Das stellt uns vor riesige Aufgaben, und nur mit einer starken Schule, denke ich, können wir eine gute Bildung gewährleisten.

Wir in Deutschland und besonders in Mecklenburg-Vorpommern sind Gott sei Dank sehr glimpflich durch diese Pandemie durchgekommen, das muss man noch mal deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Kaum einer von uns kennt persönlich eine betroffene Familie mit Schwerstkranken oder Toten.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Doch!)

Unsere Kinder brauchten nicht – wie in Italien, Spanien oder Frankreich –

(Thomas Krüger, SPD: Es ist nicht vom Himmel gefallen. Das waren die Maßnahmen!)

wochenlang in Wohnungen auszuharren.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und bei uns hat jeder einen Anspruch, und auch das war gewährleistet, auf eine gute, sehr gute medizinische Betreuung, brauchte nicht zu verzichten, wie in Großbritannien oder beispielsweise in den USA. Und das ist letztendlich, und das kann man immer wieder betonen, wirklich so durch die positiven Ergebnisse durch gutes Regierungshandeln. Einen herzlichen Dank an unsere Landesregierung unter Manuela Schwesig!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Dazu kommt noch, wenn man das richtig verfolgt: Nach Erkenntnissen aus Umfragen haben wir Deutschen weltweit mit am wenigsten Angst vor dem Corona-Virus. Das hängt damit zusammen, dass die getroffenen Maßnahmen bisher immer mit Augenmaß und zeitlich richtig waren,

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

dass die Regierung auf die Wissenschaftler und Experten und nicht auf die Bauchgefühlsexperten von der AfD gehört haben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

dass sich die meisten Bürgerinnen und Bürger an die vereinbarten Regeln hielten, dass wir eins der leistungsstärksten Gesundheitswesen haben und dass wir in den letzten Jahren – das muss man auch immer wieder betonen – wirklich finanziell solide gearbeitet haben. Das lässt uns jetzt wirklich vernünftige und entsprechende Konjunkturpakete schnüren.

In dieser Pandemiekrise wurden aber auch ganz deutlich unsere Stärken und auch unsere Schwächen sichtbar. Die Stärken, dazu gehört zweifelsohne unser gesellschaftlicher Zusammenhalt, insbesondere hier auch in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, aber auch ein Gesundheitswesen, der Handel, Wirtschafts- und Finanzkraft und die bewundernswerten Leistungen der Pflegerinnen und Pfleger und die aufopferungsvolle Tätigkeit der Dienstleister.

Schwächen sind aber auch deutlich sichtbar geworden. Und großen Nachholbedarf haben wir bei der Digitalisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Das muss man wirklich sagen. Besonders deutlich wurde es beim Home-schooling. An unseren Schulen, die Ministerin hat es auch gesagt, gibt es gute Beispiele mit wirklich sehr positiven Erfahrungen, aber auch viel Kritik mit negativen Beispielen. Und wir wissen alle, es hängt immer von handelnden Personen ab und natürlich auch von der entsprechenden vorhandenen oder nicht vorhandenen Technik.

Bei der digitalen Lehre muss vieles beachtet werden. Die Landkreise müssen zügig die Glasfaserkabel verlegen.

Geld steht schon seit einigen Jahren zur Verfügung. Also am fehlenden Geld liegt es nicht. Und alle Schulen und Haushalte müssen angeschlossen werden. Unsere Ministerpräsidentin sagt ja immer, 5G an jede Milchkanne. Und das ist jetzt umso deutlicher geworden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Was jetzt auch sehr fordernd wird – und da sind die Schulträger wirklich gefragt –, sie müssen die technischen Voraussetzungen an den Schulen schaffen. Geld ist auch hier aus dem DigitalPakt vorhanden, es muss auch abgerufen werden. Das Landesinstitut muss eine umfangreiche Fort- und Weiterbildung im digitalen Bereich organisieren, und zwar für alle Lehrerinnen und Lehrer. Und hier darf auch nicht das Lebensalter eine Rolle spielen. Alle Lehrerinnen und Lehrer müssen fit sein beim E-Learning.

Das Bildungsministerium wird zeitnah mit den Schulträgern für sozial schwache Schülerinnen und Schüler Endgeräte zur Verfügung stellen. Das ist eine gute Sache, und das ist ein wichtiger und nachhaltiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Und die Nutzung, wir haben es heute schon mehrfach gehört, der Lernmanagementplattform „itslearning“ ist landesweit schon möglich. Vom Potenzial dieser Plattform konnte ich mich überzeugen. Ich war wirklich auch begeistert.

Nun gilt es aber, auf diesem Weg alle Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler auch mitzunehmen. So schwierig die Lage in den letzten Wochen und Monaten war, alle Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schulträger und Bildungsministerium haben aber die Notwendigkeit und Unverzichtbarkeit der Digitalisierung jetzt erkannt und auch bereits enorme Anstrengungen unternommen. Das darf man hierbei nicht verhehlen. Bei den zukünftigen Lockerungen müssen wir deshalb den Druck auf dem Kessel der Digitalisierung lassen und da auch nicht – in keiner Form! – loslassen. Und was ganz wichtig ist, Schule von gestern muss hinter uns gelassen werden. Also wir haben es jetzt gerade in dieser Pandemiezeit gesehen.

Der Start des neuen Schuljahres am 3. August wird ein anderer sein. Aber wir müssen absichern, dass alle Schülerinnen und Schüler nach den Sommerferien jeden Tag in der Schule sind, dass möglichst die gesamte Studentafel abgebildet wird. Aber gleichzeitig, und das haben wir heute auch mehrfach gehört, müssen die geltenden Hygienebestimmungen eingehalten werden. Es muss also garantiert werden, der Schutz unserer Kinder und Lehrerinnen und Lehrer immer gewährleistet sein.

Und das hört sich wirklich nach der Quadratur des Kreises an. Es muss uns aber alles in dieser Form gelingen. Sachsen hat bereits komplette Grundschulklassen in der Grundschule, Schleswig-Holstein jetzt auch, und aus diesen Erfahrungen – positiv wie negativ – müssen wir die richtigen Schlussfolgerungen ziehen, und da haben wir auch in den nächsten Wochen genügend Zeit.

Freiwillige Covid-19-Testungen sollten an ausgewählten Standorten vorgenommen werden. Und, die Ministerin hat es auch schon betont, als Arbeitgeber hat das Land eine große Verantwortung gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern. Keine Lehrerin und kein Lehrer darf bei der Arbeit zu Schaden kommen. Es ist aber wie bei anderen Berufsgruppen auch, das Lebensalter darf nicht ent-

scheidend sein, sondern jede Lehrerin und jeder Lehrer hat das Recht, zum Betriebsarzt zu gehen und sich dementsprechend krankzuschreiben. Nur wenn ein Großteil der Lehrerschaft am 3. August vor Ort ist, kann der Schulstart gelingen. Das muss man hier noch mal ganz deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Daniel Peters, CDU)

Und am Beispiel Göttingen, das haben wir alle jetzt verfolgt, wissen wir, wie sensibel die Sache ist.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja.)

Bisher haben die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern immer sehr umsichtig gehandelt.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Die Zahlen sprechen eindeutig für sich. Aber wir haben es heute auch schon mal gehört, Herr Wildt hat es auch gesagt, wir haben einen langen Sommer mit vielen Gästen aus allen Bundesländern jetzt vor uns, und der wird sich bis weit in den September hineinziehen. Und wir müssen ein Ischgl verhindern, da ist jeder von uns hier gefragt. Und wir haben es auch gehört, sollte es zu einer Krisensituation an irgendeinem Ort kommen, müssen wir regional konsequent und sofort reagieren. Aber es sollte sich eben nur auf die entsprechende Gemeinde beziehungsweise Region konzentrieren, um nicht gleichzeitig Nachteile in allen Regionen zu haben.

Da ich nicht alles von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern wiederholen möchte – Ministerin Martin und Kollege Wildt haben ja die Positionen der Koalition schon ausführlich dargestellt –, im Ziel, denke ich, sind wir uns alle einig, und das erwarten die Eltern von uns auch: Wir wollen einen möglichst geordneten Schulstart am 3. August. Alle Schülerinnen und Schüler müssen jeden Tag in der Schule sein.

Stimmen Sie unserem Antrag zu! Ich wünsche Ihnen einen erholsamen Sommer. Und bleiben Sie schön gesund!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Daniel Peters, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Butzki! Herr Butzki, mir liegt noch ein Antrag auf Kurzintervention ...

Andreas Butzki, SPD: Gern.

Präsidentin Birgit Hesse: ... von Herrn Schneider vor.

Andreas Butzki, SPD: Gern.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Herr Schneider!

Jens-Holger Schneider, AfD: Guten Morgen, Frau Präsidentin!

Herr Butzki, digitales Lernen bedeutet jedenfalls für mich nicht, die Unterrichtsmaterialien per E-Mail zu versenden.

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Das ist in vielen Fällen geschehen.

(Philipp da Cunha, SPD:
Haben Sie gerade nicht zugehört?)

Und es wurde genauso erzählt, das wäre dann schon der Anfang vom digitalen Lernen. Ich habe in meinem eigenen Landkreis Nordwestmecklenburg mal nachgefragt und musste mit Erschrecken feststellen, dass die technischen Voraussetzungen für digitales Lernen in der Mehrzahl der Schulen gar nicht gegeben sind. Die Ministerpräsidentin sprach davon, dass es an jeder Milchkanne möglich sein soll, digitales Lernen umzusetzen.

Der nächste Punkt ist, wir schaffen es nicht mal, unsere eigene Schulverwaltungssoftware zu implementieren. Ich weiß gar nicht, wie der aktuelle Umsetzungsstand ist. Ich kann mich daran erinnern, vor einem Jahr ungefähr, da waren wir bei 15 Prozent.

Und „itslearning“ ist eine aus Norwegen implementierte oder importierte kommerzielle Nutzung. Warum kriegen wir das nicht staatlich organisiert hin, damit wir unabhängig sind, damit wir es eben nicht kommerziell betreiben müssen? Warum geht das bei uns alles einfach nicht? Sie sind in Regierungsverantwortung! Sie schlafen, Sie setzen das nicht um, Sie müssen zum Jagen getragen werden, wie es mein werter Kollege gesagt hat.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Warum funktioniert das alles nicht?

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Warum sind Sie nicht in der Lage, diese Dinge umzusetzen? Sie erzählen und erzählen, was Sie machen. Machen Sie es doch einfach!

(Daniel Peters, CDU: Passiert doch!)

Sie sind in der Verantwortung, nicht wir.

(Daniel Peters, CDU:
Mal zuhören!)

Und wir haben als Opposition die Pläne gesagt: Corona-freie Schuleinzugsgebiete – ich wiederhole das gerne noch mal –,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

wir haben das alles skizziert, was möglich ist. Sie haben immer wieder sich zum Jagen tragen lassen wollen.

Und ich nehme jetzt mal das Beispiel Schweden nicht, sondern ich nehme mal das Beispiel Island.

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Ich nehme mal Island, das zum Beispiel gesagt wird, immer wieder richtig hingucken und immer wieder richtig auswerten, und nicht so, was Sie da gerade reinbrüllen. Island beispielsweise hat die Schulen auch nicht dichtgemacht. Viele skandinavische Länder haben die Schulen nicht dichtgemacht. Und da hat es Gott sei Dank,

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Gott sei Dank eben nicht diese verheerenden Fälle gegeben. Das haben wir vorgeschlagen alles. Und tun Sie

nicht so, als hätten wir das nicht vorgeschlagen und hätten das nicht gesagt!

Und selbstverständlich hat mein Kollege Kröger recht, dass auch die Hochschulen dazugehören, dass die Kultur dazugehört und so weiter und so fort. Sich darauf zu fokussieren und die Schulen im Blick zu behalten, ist ausgesprochen wichtig, aber das reicht eben nicht. Und Sie machen die Fehler, und Sie passen nicht auf. Das ist der Punkt.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schneider, ich würde Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihre Zeit jetzt abgelaufen ist ...

Jens-Holger Schneider, AfD: Vielen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: ... für die Kurzintervention.

Herr Butzki, möchten Sie darauf reagieren?

Andreas Butzki, SPD: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte schön!

Andreas Butzki, SPD: Ich habe ja noch genügend Redezeit, denke ich?

Präsidentin Birgit Hesse: Sie können auch ohne Redezeit ...

Andreas Butzki, SPD: Sie können auch andere Länder an...

Präsidentin Birgit Hesse: ... erwidern, Herr Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Wie bitte?

Präsidentin Birgit Hesse: Sie können auch ohne Redezeit erwidern, weil wir in der Kurzintervention sind.

Andreas Butzki, SPD: Okay, aber ich kann länger als zwei Minuten dann erwidern? Ja, ist ja egal.

Erst mal: Wissen Sie, wie viele Einwohner Island hat?

(Der Abgeordnete Jens-Holger Schneider spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Ungefähr wie die Stadt Rostock, ein bisschen mehr. Also das ...

(Der Abgeordnete Jens-Holger Schneider spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Ja, kann man aber schlecht vergleichen, bloß, dass wir mal die Größenordnung einschätzen.

(Zurufe von Dirk Friedriszik, SPD, und Jochen Schulte, SPD)

Aber Sie sagen, wir ...

(Der Abgeordnete Jens-Holger Schneider spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Aber längst nicht wie Rostock.

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind jetzt in der

Erwiderung der Kurzintervention. Herr Butzki hat das Wort, und ausschließlich Herr Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Sie sagen, wir haben geschlafen.

(Der Abgeordnete Jens-Holger Schneider spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Schneider, ich ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schneider, ich erwähne es noch einmal, Sie haben das nicht zu kommentieren,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

was Herr Butzki jetzt hier auf Ihre Kurzintervention erwidert. Das ist jetzt meine letzte Warnung.

Bitte, Herr Butzki!

Andreas Butzki, SPD: So, Sie haben gesagt, wir haben geschlafen. Ich sage, Sie haben geschlafen.

(Beifall Rainer Albrecht, SPD: Jawoll!)

Ich lese Ihnen das hier mal wortwörtlich vor, was ich gesagt habe:

(Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

Besonders deutlich wird das beim Homeschooling. An unseren Schulen gibt es sehr gute Beispiele mit positiven Erfahrungen – da sind wir uns einig –, aber auch viel Kritik und negative Beispiele. Viel Kritik und negative Beispiele! Es hängt immer von handelnden Personen ab, aber auch von der vorhandenen Technik. So habe ich es deutlich gesagt. Was bei Ihnen in LUP passiert ist, kann ich da in der Hinsicht nicht sagen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Bei der digitalen Lehre muss vieles beachtet werden. Die Landkreise müssen zügig die schnellen Glasfaserkabel verlegen. Von der Mecklenburgischen Seenplatte weiß ich, wie schwierig dieses ganze Vergabeverfahren ist. Und Minister Pegel ist jetzt nicht da, ich glaube, seit drei Jahren stehen wirklich über 1 Milliarde Euro zur Verfügung, um das alles zu verlegen. Ja, aber das sind dann die Ausschreibungsprozedere, die europaweit passieren werden. Also kann man da nicht sagen, dass wir geschlafen haben als Landesregierung, sondern die Gelder sind zur Verfügung gestellt, das ist jetzt Sache der Landkreise.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Die Schulträger haben die Möglichkeit, haben die Möglichkeit, Gelder aus dem DigitalPakt abzurufen. Und ich habe vorgestern noch mal extra explizit nachgefragt. Die Gelder sind da, die können unkompliziert abgerufen werden aus dem Bundesministerium, also auch da besteht die Möglichkeit. Und das wird jetzt auch umgesetzt. Ich glaube, die Ausschreibungen sind gelaufen mit den digitalen Endgeräten, sodass wirklich auch die sozial schwachen Schüler sofort jetzt Endgeräte haben – das habe ich auch gesagt –, dass wir wirklich einen wichtigen und nachhaltigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit haben.

Und, Herr Schneider, wir unterhalten uns über den Schulstart am 3. August, und am 3. August sollen die

Schulen möglichst alle Schüler wieder beschulen. Und da unterhalten wir uns nicht über ein Museum und nicht über ein Theater oder sonst was an kulturellen Einrichtungen,

(Beifall Bernhard Wildt, CDU)

und auch kein Schwimmbad und weiß ich was alles. Das ist alles wichtig, da gibt es den Zeitplan und ich finde es gut. Und nach meinen Erfahrungen und nach meinen vielen Gesprächen gab es bisher überwiegende Zustimmung zum Regierungshandeln. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Butzki!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Corona offenbart natürlich auch schonungslos Zustände im Bildungswesen und natürlich auch dann bei uns im Land. Jedes Jahr haben wir mehr Schülerinnen und Schüler, aber eine immer weniger oder eine immer geringere Stundenzuweisung. Und dadurch werden die Klassen an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern immer größer, die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte steigt, jedes Jahr immer weniger ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, dafür schlecht oder kaum qualifizierte Seiteneinsteiger auf dem pädagogischen Gebiet. Jedes Jahr gehen wesentlich oder immer mehr, Hunderte, vorher in die Rente, weil sie die Arbeitsbelastung nicht mehr aushalten, vor Eintritt in das Rentenalter gehen sie. Wir haben ganz viele Fächer an den Schulen, die überhaupt nicht mehr unterrichtet werden, weil die Lehrerinnen und Lehrer nicht da sind. Und die Zahl der Schulabbrecher steigt, die Zahl der Studienabbrecher steigt. Wer hat geglaubt, dass dieses Schulsystem einer Krise gewachsen ist?

Deshalb kann man auch im Bildungswesen nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergehen, sondern muss schrittweise und planvoll dieses System nicht nur wieder zum Laufen bringen, sondern es stärken, es verbessern, und zwar für alle Beteiligten, aber planvoll und schrittweise heißt: komplett anders als jetzt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wenn die Bildungsministerin in der vergangenen Woche angekündigt hat, dass es wieder, ich zitiere, „einen verlässlichen, täglichen Regelunterricht für alle Schülerinnen und Schüler“ gibt, dann muss das auch so umgesetzt werden. Aber ein Schichtbetrieb, von dem die Rede ist – momentan erfolgt eine Abfrage bei den Busbetrieben, ob man noch zwei Touren zusätzlich fahren kann ab neuem Schuljahr –,

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

ein Wechsel zwischen Präsenzunterricht und Home-schooling, ein weitgehender Verzicht auf Unterricht in Fachräumen, ob es Biologie ist, ob es Informatik ist, das ist alles kein verlässlicher Unterricht und das ist alles auch kein Regelunterricht. Und deshalb kann der vorliegende Antrag sehr wohl helfen, das hinzubekommen, aber auch sehr wohl unsere Änderungsanträge. Wir

werden Ihren Antrag nicht ablehnen, weil wir das anders sehen natürlich als die AfD. Wir sehen, dass Ihr Antrag das derzeitige Handeln des Ministeriums – ich sage es mal ganz freundlich – vervollständigen könnte.

Sehr geehrte Damen und Herren, vor zwei Wochen kam dieser Antrag, letzte Woche war die Landespressekonferenz. Wir haben widersprüchliche Aussagen, wir haben auch Dopplungen, aber wir haben auch große Lücken und offensichtlich herrscht – noch! – eine weitgehende Konzeptlosigkeit. Deshalb sind die Punkte 1 und 2 des Antrages dringend notwendig, um hier Licht ins Dunkel zu bringen, denn vergebens habe ich in der Pressekonferenz so ein tatsächliches Konzept gesucht. Wenig ist geklärt, alles ist noch in der Schwebe. Mit den Schulträgern muss erst noch geredet werden, die Lehrkräfte sind vollends außen vor, erhalten wirklich in den meisten Fällen erst einmal alles aus den Zeitungen, einen Tag später erfolgt dann der Brief. Wie wann wer in welchem Rhythmus unterrichtet und unterrichtet wird, das ist überhaupt nicht klar. Und so ziemlich das Einzige, was klar ist, ist, dass die Lehrerinnen und Lehrer in ihrem Urlaub unterrichten können/dürfen, wie man es auch immer nennt.

An dieser Stelle möchte ich jetzt wirklich mal allen Lehrerinnen und Lehrern, auch den Eltern und natürlich auch den kleinen und den großen Schülerinnen und Schülern dafür danken, dass sie in den vergangenen Monaten nicht verzweifelt sind und nicht den Kopf in den Sand gesteckt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Danke, dass Sie und ihr durchgehalten habt! Und wir müssen jetzt alles daransetzen, dass für Sie und für euch, dass ihr entlastet werdet, dass wir wirklich einen geregelten Schulalltag bekommen, einen geplanten Schultag, und zwar mit dem ersten Schultag.

Das setzt ein Konzept voraus, und dieses Konzept kann nicht, wie der Antrag vorsieht, erst am ersten Schultag den Schulen zur Verfügung gestellt werden. Das ist fatal und das ist schlimm! Spätestens „bis zum 3. August“?! Das ist der erste Schultag! Wer soll sich denn dort auf ein Konzept vorbereiten? Deswegen sagen wir in unserem Änderungsantrag 20. Juli, meinetwegen auch gerne die Vorbereitungswoche. Aber doch nicht mit dem ersten Schultag! Das ist komplett falsch. Aber was passiert? Sie lehnen diesen Änderungsantrag ab, und damit hat das Ministerium Zeit bis zum ersten Schultag, ein Konzept vorzulegen. Das ist nicht gut!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe gesagt, die ersten beiden Antragspunkte sind sinnvoll und auch notwendig. Aber der dritte Punkt, da weiß ich wirklich nicht, welchen Sinn der macht. Was soll ein Modellprojekt – nennen wir das mal Neustrelitz – bei den Testungen über das Infektionsgeschehen an allen anderen 500 Schulen aussagen?

Deswegen haben wir gesagt – und auch das ist unser Änderungsantrag –, wir bitten Sie darum, damit wir allen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften Sicherheit, dass wir ihnen Sicherheit geben, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, dass wir freiwillige flächendeckende

Tests haben. Die Betonung liegt auf „freiwillig“, aber eben auch auf „flächendeckend“. Und es nützt auch nichts, wenn die Schülerinnen und Schüler sich selber testen. Für mich bringt das kein anständiges Ergebnis. Wir haben alle diesen Test hier gemacht oder die meisten von uns, und wir wissen, bis wohin das Stäbchen in unserem Rachen eingeführt worden ist.

(Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es, genau.)

Das macht man nicht alleine, das tut weh!

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD:
Genau. Sehr richtig!)

Und deswegen denke ich mir, dass man nicht, also wenn man selber etwas macht, dass man gar nicht dahin kommt, zu der Schleimhaut, die notwendig ist,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Sehr richtig!)

die man dann für einen Test braucht.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Genau so ist es. Stimmt!)

Das ist für mich etwas, sie müssen getestet werden und dürfen das nicht alleine machen.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir wollen, dass die Schulen nicht wieder geschlossen werden, aber dafür brauchen wir nicht nur eine Modellregion, sondern wir brauchen es flächendeckend.

Und ich verstehe auch nicht, warum der Antragspunkt nicht von Ihnen jetzt übernommen wird, dass die Landesregierung alles daransetzen soll, die 808 ausgeschriebenen Stellen auch tatsächlich zu besetzen. Und ich gehe ja sogar so weit – das steht auch im Änderungsantrag –, weil ich weiß, dass nicht alle Stellen mit ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern besetzt werden können, sollen dann die Seiteneinsteiger wenigstens vorher den 5-wöchigen Kompaktkurs bekommen, bevor sie die Kinder und die Jugendlichen unterrichten. Das lehnen Sie ab! Sie wollen also nicht die 808 Stellen besetzt haben, Sie wollen nicht, dass der Kompaktkurs kommt. Das kann ich nicht verstehen! Sie haben gesagt, Sie wollen einen planmäßigen und einen planvollen Schuljahresbeginn. Das alles können Sie haben, wenn Sie den Änderungsanträgen meiner Fraktion zustimmen. Wenn Sie das nicht machen, dann heißt das übersetzt, dass es Ihnen egal ist. Das kann ich mir aber nicht vorstellen!

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Und deswegen würde ich Sie bitten, nicht in einem blinden Aktionismus die Änderungsanträge abzulehnen, sondern sie vorher wenigstens mal gelesen zu haben.

(Philipp da Cunha, SPD: Genau.)

Das würde den Kindern und den Jugendlichen und den Lehrkräften schon helfen.

Kommen wir zur Digitalisierung. Da hat der Kollege Butzki schon sehr viel zu gesagt. Ich bin der Meinung, „Homeschooling“ wird das Unwort des Jahres werden, es war nämlich auch in weiten Teilen ein Flop.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich drücke es mal ganz vorsichtig aus, dass dieses Homeschooling Kinder und Eltern gleichermaßen tief, tief beeindruckt hat, denn bei der Digitalisierung müssen wir eben von der Ausnahme hin zur Selbstverständlichkeit kommen. Was man den Eltern aufgebürdet hat, ist niemals wiedergutzumachen,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

und das darf auch nach den Sommerferien auf gar keinen Fall mehr Normalität sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Eltern brauchen Verlässlichkeit,

(Beifall Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

und da kann Bildung nicht davon abhängen, ob es in einer Familie neben einer Internetverbindung auch einen Computer gibt. Und die 150 Euro für Kinder, die hier zu 1 Million zusammengenommen werden, für Kinder aus Hartz-IV-Familien, die sind einfach ein Hohn. Jeder weiß doch von uns, für 150 Euro bekomme ich doch kein mobiles Endgerät, und schon gar nicht da noch einen Drucker dazu. Was soll man denn damit?

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Sollen sie das aus zweiter und aus dritter Hand nehmen, nur, weil sie in Familien leben, die in einem Hartz-IV-Bezug sind? Ich bin der Meinung, das kann nicht, diese 1 Million – ich weiß ja, was Sie in den Pressekonferenzen sagen –

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

kann nicht die Grundlage des Handelns sein, weil das Ministerium eben gar nicht weiß, weil ja das Ministerium gar nicht weiß, Frau Martin, wie viele Kinder ohne Laptop oder Tablet die letzten elf Wochen gelernt haben. Das weiß das Ministerium nicht. Wir haben nachgefragt – das konnte man uns nicht sagen – in einer Kleinen Anfrage.

Und das Ministerium weiß auch nicht, wie die öffentlichen Schulen ausgestattet sind, geschweige denn, wie hoch der Bedarf an Leihgeräten ist, weil man dies laut Antwort auf unsere Kleine Anfrage nicht erfasst. Da zitiere ich: „Da eine ...“ Die letzte Erhebung stammt aus dem Jahr 2015, und das bei IT. Das ist sportlich! Ich zitiere aus der Antwort: „Da eine Erhebung der Ausstattung über alle Schulen eine erhöhte Belastung für die dort Tätigen darstellt und es im Zuge der Umsetzung des DigitalPaktes ohnehin zu zahlreichen Veränderungen in der Ausstattungssituation kommt“,

(Thomas Krüger, SPD: Aber ist das nicht so?)

„wurde auf eine weitere Erhebung dieses Umfangs verzichtet.“ Ende des Zitats.

(Thomas Krüger, SPD: Aber ist das nicht so?)

Das ist seit 2015. Es gibt Schulen, da gibt es 263 Schüler, und diese Schule verfügt über drei PCs.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: He!)

Es gibt Schulen, die haben 163 Schüler und da gibt es genau einen Laptop, und das ist der der Sekretärin. Also so sind die Zustände laut Antwort auf meine Kleine Anfrage. Ich kann doch mit so einem alten Zeug nichts anfangen. Dann weiß ich doch gar nicht, was muss ich verändern, damit dieses neue Schuljahr wirklich geregelt und wirklich planvoll ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Über „itslearning“ habe ich schon geredet. Der Antragspunkt, unser Änderungsantrag macht nur diesen Antragspunkt richtig, indem wir sagen, das muss doch nicht mehr geprüft werden. Wir müssen es verbindlich einführen. Und dass „itslearning“ eine Interimslösung ist, wurde mir gesagt, also muss es weg von der Interimslösung, weil es eben wirklich sehr, sehr gut ist, „itslearning“, und muss eingeführt werden. Wir haben keine Zeit zu prüfen. Wir haben keine Zeit mehr, irgendetwas abzuwarten. Es sind, in sieben Wochen beginnt das neue Schuljahr. Das ist nicht irgendwie erst in einem halben Jahr so weit.

Also deswegen bitte ich Sie, gucken Sie sich noch mal die Änderungsanträge an, und vielleicht können Sie sich durchringen, dem einen oder anderen zuzustimmen. Wir stimmen ja Ihrem Antrag auch zu, obwohl er fehlerhaft ist. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Abgeordnete, es gibt den Antrag auf Kurzintervention aus der Fraktion der AfD.

Bitte, Herr Kollege Schneider!

(Egbert Liskow, CDU:
Oh, Herr Schneider wieder!)

Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

Frau Präsidentin! Frau Oldenburg! Ich habe da mit mir gerungen, weil es nicht darum gehen kann, dass wir jetzt beispielsweise Apple damit subventionieren,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

mit diesen digitalen Endgeräten. Die Idee war, und ich habe mir das von meiner Tochter erzählen lassen, dass es auch ging, die hatten nämlich einen engagierten Informatiklehrer. Und da haben sie die Rechner selber auseinandergesetzt,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Was?!)

haben die Dinger wieder zusammengebaut und haben da so ein tieferes technisches Verständnis entwickelt.

Worauf ich hinauswill, ist, es gibt tatsächlich für relativ wenig Geld die Möglichkeit, das unter Anleitung den Kindern und Jugendlichen beizubringen, dass man diese Dinge ... Raspberry Pi nennt sich das ganze System. Das gibt es für ein kleines Geld. Da gibt es auch günstige Drucker dazu, muss man natürlich ein bisschen gucken mit den Folgekosten, aber es bestünde die Möglichkeit, mit engagierten Lehrkräften, unter Anleitung, sich diese

mobilen Endgeräte – das ist dann nicht High End, das geht dann aber tatsächlich –, sich das zusammenzubasteln. Diese Überlegungen wurden gar nicht angestellt. Wir machen jetzt, wir nehmen jetzt die teuren Endgeräte, subventionieren jetzt die großen Konzerne, denken aber nicht darüber nach, unseren Kindern vielleicht dieses technische Verständnis von Anfang an beizubringen. Das ist nie in die Überlegungen einbezogen worden.

(Andreas Butzki, SPD: Sie haben
auch das neueste Handy, ne?)

Bitte?

(Andreas Butzki, SPD: Sie haben
auch das neueste Handy.)

Nicht das neueste. Das ist ein ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Hat er selber zusammengebaut.)

Nee, das ...

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Herr Ritter, da bin ich nicht in der Lage zu.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine Damen und Herren, ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass wir jetzt im Rahmen der Kurzintervention sind, und Herr Schneider hat jetzt das Wort.

Sind Sie am Ende mit Ihrer ...

Jens-Holger Schneider, AfD: Ja, das wäre alles. Wie gesagt, die Idee ist einfach,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

den Kindern dieses tiefere Verständnis mit günstigen Komponenten unter Anleitung beizubringen und dann eben vielleicht Open-Source-Software zu nehmen und nicht, wie gesagt, die Großkonzerne damit zu unterstützen, die es gar nicht nötig haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie stellen
ja wieder die Systemfrage hier!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Oldenburg, möchten Sie darauf erwidern?

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Gerne, Frau Präsidentin!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Großkonzerne!
Das ist eine Systemfrage!)

Also ich bin, ich bin dagegen, dass wir an den Schulen Computer basteln.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Als Nächstes bastele ich dann Mathebücher, weil das vielleicht auch dann preiswerter ist. Schülerinnen und Schülern, jedem Schüler, jeder Schülerin muss ein mobiles Endgerät zur Verfügung gestellt werden, und zwar kostenlos, dann kann das alles funktionieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und das ist unsere Forderung – und nicht wirklich, etwas zusammenzubasteln. Wir haben viel zu wenige Informatiklehrer.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Wer soll das denn basteln? Und die Informatiklehrer,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

die da sind,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

müssen Informatik unterrichten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
UTP haben wir auch nicht mehr!)

und das funktioniert nicht.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Man kann sicherlich in irgendeinem Ganztagschulunterricht einen solchen Kurs machen, damit das technische Verständnis und damit vielleicht auch die Schule ein Stück weiter kommt, aber flächendeckend ist das keine gute Idee, Computer zu basteln. Dafür gibt es Firmen.

(Andreas Butzki, SPD: Der Bastler! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Und die jungen
Bastler bei der AfD! – Heiterkeit vonseiten
der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von
Andreas Butzki, SPD, und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Es hat noch einmal ums Wort gebeten die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Bitte schön, Frau Martin!

(Andreas Butzki, SPD: AG „Basteln und Lötten“! –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Hoch den LötKolben!)

Ministerin Bettina Martin: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe nur ums Wort gebeten, ganz kurz, weil ich drei Missverständnisse, drei Dinge, die Sie vielleicht nicht ganz verstanden haben, noch mal,

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD:
Oh, oh, oh!)

noch mal richtigstellen möchte.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das glaube ich nicht!)

Erstens. Wir haben nicht 150 Euro pro Leihgerät, was wir gerade in dem Programm stricken, wir haben auch nicht nur 1 Million Euro, sondern wir werden 11 Millionen Euro einsetzen für Leihgeräte im Land. Da werden alle Schulen Sets kriegen von Leihgeräten, und die werden auch nicht nur 150 Euro kosten, sondern wir werden die Geräte kaufen und dazu auch den Service, dass die Schulen oder die Schülerinnen und Schüler auch nicht an dem Service dann hängen, sondern das ist alles ein Gesamtpaket, also 11 Millionen und nicht 1 Million.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Aber das sind
nicht 11 Millionen Landesmittel, sondern
Sie nehmen es aus dem DigitalPakt.)

Wir haben 1 Million Landesmittel und das mit den 10 Millionen, die wir aus dem zusätzlichen DigitalPakt, der jetzt im Rahmen Corona zusätzlich on top gekommen ist – 500 Millionen für ganz Deutschland, davon erhalten wir 10 Millionen.

(Andreas Butzki, SPD: Und die
Servicekräfte helfen auch beim Basteln.)

Ich möchte noch einen anderen Punkt richtigstellen, der auch schon in der Presse von unterschiedlicher Seite auch falsch kommentiert wurde. Und, Frau Oldenburg, natürlich sehen wir jedes Jahr vor dem Schuljahr die Schülerzahlen und dementsprechend werden auch die Lehrangebote angepasst. Das haben wir Ihnen schriftlich ja auch schon mitgeteilt. Wir können uns sonst auch noch mal zusammensetzen und die Tabellen durchgehen.

Und noch ein letztes Wort zu „itslearning“: Wir prüfen nicht die Einführung, sondern wir haben die erste Version bereits eingeführt und wollen den nächsten Schritt dann im neuen Schuljahr gehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Ministerin, einen Moment! Auch zu Ihrem Beitrag gibt es den Antrag auf Kurzintervention von Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Danke schön, Frau Präsidentin!

Frau Ministerin, ich habe mich nicht richtig ausgedrückt, 1 Million Landesgeld wollte ich sagen. Das ist untergegangen, das ist schön, dass Sie das noch mal richtiggestellt haben.

Nichtsdestotrotz reicht es hinten und vorne nicht, wenn man 10 Millionen noch aus dem DigitalPakt nimmt. Und die Antwort auf meine Kleine Anfrage, wie viel Prozent aus dem DigitalPakt für Mecklenburg-Vorpommern abgeflossen sind: drei Prozent bis jetzt. Drei Prozent!

Ministerin Bettina Martin: Nee.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Doch, Kleine Anfrage. Also entweder antwortet mir Ihr Ministerium falsch oder ich lese die Antworten falsch.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und auch das, was Sie gesagt haben, ist ja, 25 Laptops gibt es jetzt für 200 Schüler. Das ist keine Verbesserung gegenüber dem, was wir hatten. Das ist ein Laptop für 8 Schülerinnen und Schüler. Das ist nicht digitales Lernen, das ist auch nicht digitaler Unterricht.

Und zur Stundenzuweisung noch eine Anmerkung: Selbstverständlich haben wir inzwischen nachgewiesen, dass die Stundenzuweisung um circa zwei Prozent insgesamt gesunken ist, und die Schülerzahl ist um drei Prozent gestiegen. Wir haben eine wesentlich schlechte-

re Unterrichtsausstattung. Können Sie auch beim Bündnis für Bildung nachgucken, die haben es auch noch mal vorgerechnet. Wir haben weniger Unterrichtsstunden für mehr Schüler, weil gespart wird.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Ministerin, möchten Sie erwidern?

Ministerin Bettina Martin: Nee, ich glaube, wir lassen es so stehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann stimmt es.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

hat jetzt das Wort der Abgeordnete Peters.

Daniel Peters, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte – und die Auswertung darf ich ja nun dankenswerterweise vornehmen – hat,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

glaube ich, eines gezeigt: dass wir uns in einem Ziel einig sind, dass wir so schnell wie möglich wieder zu einem regulären Schulbetrieb zurückkommen wollen,

(Egbert Liskow, CDU: Müssen!)

und das muss auch das zentrale Anliegen von Politik sein. Und ich glaube, wir haben eine große Lehre neben vielen anderen bereits ziehen dürfen: dass wir die Schulen insgesamt stärken müssen, meine Damen und Herren.

Eine weitere große Lehre ist auch hier schon intensiv debattiert worden, das ist die Frage der Digitalisierung. Wie schaffen wir es eben, digitale Elemente in den Schulbetrieb zu implementieren? Und hier hat das Bildungsministerium, und das hat die Bildungsministerin deutlich gemacht, mit dem Programm „itslearning“ schon einen großen Wurf geschafft.

Und wir haben ja auch, Frau Oldenburg, das haben Sie ja eben gehört, beim Thema „itslearning“, das ist nicht nur eine Prüfung, sondern das findet bereits statt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Tja!)

Und wir sind dabei,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Warum heißt der Antragspunkt „prüfen“?)

wir sind dabei, das zu einer vollständigen Anwendung zu bringen, und das ist eine richtige Entscheidung. Und dafür auch noch mal herzlichen Dank an das Bildungsministerium, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Das Recht auf Bildung ist bereits eingefordert worden, und unsere Aufgabe – und dazu soll der Antrag auch dienen – ist es eben, das hier auch entsprechend sicherzustellen.

Ich will kurz etwas zu den Tests sagen. Ich bin schon ein wenig überrascht, dass ich dann sozusagen, ich habe ja durchaus das Vergnügen, auch in der Rostocker Kommunalpolitik aktiv zu sein, und ich kenne ja auch den einen oder anderen Verantwortlichen in der Verwaltung, auch von Ihrer Partei,

(Heiterkeit bei

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein?!)

und da habe ich leider sozusagen beim Thema Tests nicht diese Vehemenz festgestellt, um das mal ganz vorsichtig anzudeuten. Deswegen finde ich es schon überraschend, dass hier dann sozusagen von,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

von den,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, selbstverständlich!)

Sie flächendeckende Tests einfordern.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Herr Bockhahn verlangt auch
flächendeckende Tests, aber freiwillig.)

Das wäre mir neu. Das wäre mir wirklich neu, aber gut,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nein, nein, nein, nein!)

ich lasse mich ja gerne auch von Ihnen eines Besseren belehren.

Aber wie gesagt, wir haben uns das im Gegensatz zu vielen anderen in Neustrelitz mal angeguckt, wie das funktioniert, und ich sage Ihnen auch, das braucht eine gewisse Vorbereitung. Und sich jetzt hier hinzustellen und zu sagen, das muss flächendeckend überall und ganz schnell passieren,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Hätten Sie doch längst
machen können!)

das ist erstens auch, glaube ich, nicht erforderlich. Ich glaube, wir brauchen das, wenn wir es erprobt haben an Modellschulen, und das wird jetzt passieren, dann können wir das auch lokal dann einsetzen, wenn wir feststellen, es gibt wieder ein Infektionsgeschehen an einer Schule, und dann können wir mit diesen Maßnahmen, wenn sie erprobt sind, dann auch sehr gut diese dort dann entsprechend anwenden. So viel vielleicht zu den Tests.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Zur Vorbereitung des, ja, ich sage mal, einigermaßen oder nahezu regulären Schulbetriebs gehört es eben auch, das, was jetzt vielleicht verloren gegangen ist in dieser Phase der Schulschließungen, die leider erfolgen mussten – und ich denke, auch in dem Punkt sind wir uns ja alle einig –, ist entsprechend eine gute Maßnahme, dass wir mit dem Ferienlernprogramm mit 1 Million Euro hier Möglichkeiten schaffen, Lerninhalte nachzuholen und, ich sage mal, Versäumtes entsprechend dann ebenfalls nachzuholen, meine Damen und Herren.

Uns ist ganz wichtig noch gewesen beim Thema Digitalisierung, das möchte ich gerne noch ergänzen, beim Thema „itslearning“, dass es gut ist, dass auch die freien Schulen in diesem Land davon profitieren. Und wir gehen davon aus, dass eben auch die Finanzierung auch an diesen Schulen dann jetzt sichergestellt wird, und auch das ist eine richtige und gute Entscheidung, und wir dürfen nicht vergessen, dass eben neben den öffentlichen staatlichen Schulen es auch eine sehr bunte Trägerlandschaft der freien Schulen gibt, und die müssen wir immer weiter auch im Blick behalten, meine Damen und Herren.

(Beifall Bernhard Wildt, CDU)

Ja, dann habe ich mir ein paar Notizen gemacht zu den Einlassungen Ihrer Fraktion, der AfD. Gestern durfte ich ja sozusagen schon zum Thema Kita Ihre Einlassungen hören und, ja, da haben Sie ja sozusagen Ihre sozialpolitische Kompetenz unter Beweis stellen können. Heute haben Sie das sozusagen auch im Bildungsbereich, im Schulbereich gemacht. Und ganz bemerkenswert finde ich, dass Sie selbst sogar eingestehen, dass Sie hier nur mit flachen Anträgen aufwarten wollen

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

und diese dann entsprechend zurückziehen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Aber sich dann hier hinzustellen und zu sagen, wir wissen alles besser

(Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

und es wäre gar nicht notwendig gewesen, die Schulen zu schließen, und ich könnte mich jetzt praktisch selbst zitieren von der Debatte am gestrigen Tag, auch Ihre Fraktion, und ich wiederhole mich da gerne, hat am 13. März gefordert, schließt alle Schulen.

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Insofern, Herr Kröger, widerspricht sich das sehr deutlich,

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

sich hier hinzustellen und zu sagen,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

das sei nicht notwendig gewesen.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es richtig. –
Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Ja, also Sie müssen ja mal irgendwo bei einer klaren Linie bleiben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Die ist bei Ihnen überhaupt nicht erkennbar und deswegen sind Sie auch bei dem Schulthema nicht ernst zu nehmen.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Meine Damen und Herren, wir haben erkennen dürfen, dass Sie hier keinen Plan haben.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Das haben Sie selbst zum Ausdruck gebracht, und insofern können wir das, glaube ich, bei Ihren Einlassungen dabei dann auch bewenden lassen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Kollege Butzki ist, wie ich fand, sehr gut darauf eingegangen, dass es eben auch bei den Lehrerinnen und Lehrern, dass es wichtig ist, dass die Lehrer an den Schulen sind. Das personelle Problem ist etwas, was uns sozusagen in den letzten Wochen begleitet hat, und auch hier ist die Entscheidung richtig, zukünftig die Lehrerinnen und Lehrer nicht des Alters wegen einfach freizustellen, sondern dass sie über einen Betriebsarzt sozusagen natürlich das Recht haben, aufgrund von Vorerkrankungen dann entsprechend zu Hause zu bleiben. Wir sagen aber auch, die Lehrerinnen und Lehrer haben natürlich auch eine gewisse Verantwortung, um einen größtmöglichen normalen Unterricht sicherzustellen, und ich hoffe einfach, dass wir im kommenden Schuljahr eben über einen größeren Personalkörper sozusagen verfügen können, um eben diesen Schulstart, wie wir ihn uns wünschen, dann entsprechend auch umzusetzen.

Ja, Frau Oldenburg, vielleicht noch ein Hinweis zu Ihrem Änderungsantrag. Natürlich soll das Konzept zum neuen Schulstart stehen, und das haben wir auch mit diesem Antrag zum Ausdruck gebracht. Wir haben die klare Erwartungshaltung, dass das, was Kollege Wildt gesagt hat, dieses Konzept für den regulären Schulbetrieb, dass das natürlich dann auch zum neuen Schuljahr steht. Ich finde, das ist jetzt eine etwas kleinkarierte Debatte, zu sagen, ja, wir möchten das aber etwas vorher.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Kleinkariert?
Wann etwas vorliegt, ist nicht kleinkariert!)

Natürlich muss das vorher feststehen und es wird auch vorher feststehen. Und Kollege Wildt hat hier angeboten, hier noch vor der Parlamentsbefassung, die wir dann im August wieder haben werden, vielleicht in einem vorgezogenen Bildungsausschuss noch einmal uns über dieses Konzept zu verständigen, um eben auch die Opposition miteinzubinden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da liegt es dann am Ausschussvorsitzenden, ob er diese Anregung aufnimmt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir werden uns das dann genau anschauen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, auf vieles ist bereits eingegangen worden. Insofern, glaube ich, reicht es, die Botschaft zu senden, stimmen Sie diesem Antrag zu, stimmen Sie dem Antrag zu, um eben nicht nur Rückenwind für die bisherigen Maßnahmen zu geben, sondern um eben sozusagen unser Konzept für einen geordneten Schulstart am 3. August auch entsprechend umzusetzen. Insofern mein letzter Satz: Stimmen Sie zu, und dann

schaffen wir gemeinsam mehr als getrennt! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment, Herr Abgeordneter! Es gibt auch zu Ihrem Redebeitrag einen Antrag auf Kurzintervention.

Bitte schön, Herr Kollege Kramer!

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe es gestern schon versucht, Ihnen zu erklären, ich werde es heute noch mal versuchen. Wissen Sie, die Situation im März war eine ganz andere als die jetzige, und es gehört immer dazu, dass, wenn man eine neue Faktenlage hat, dass man das auch bewertet. Können Sie vielleicht nicht wissen, mache ich Ihnen keinen Vorwurf daraus, aber ich mache das immer so, wenn ich neue Fakten bekomme, dann beurteile ich die Lage neu und dann bewerte ich die Lage neu. Und diese Neubeurteilung dieser Lage, die Neubeurteilung der Situation hat zu einem Umdenken in meiner Fraktion geführt und deswegen auch zu einer Vielzahl an Anträgen, die wir hier im vergangenen Plenum und auch im vorangegangenen Plenum gestellt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn Sie es nicht begreifen wollen oder nicht begreifen können,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Nee!)

liegt es nicht an mir, sondern möglicherweise an Ihnen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Da können Sie höchstens für die Zukunft Schlüsse draus ziehen, aber nicht Ihre Aussage revidieren!)

Wenn Sie sich jetzt aber hier hinstellen und sagen, dass keine klare Linie, kein klarer Kurs in der Arbeit meiner Fraktion zu erkennen ist, dann sage ich, lieber habe ich dann keine klare Linie und keinen klaren Kurs, als auf einem klaren Kurs des Totalversagens Ihrerseits zu sein. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und Philipp da Cunha, SPD)

Daniel Peters, CDU: Herr Kramer ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Möchten Sie darauf ...

Daniel Peters, CDU: Herr Kramer ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Möchten Sie darauf reagieren, Herr Abgeordneter?

Daniel Peters, CDU: Unbedingt, unbedingt!

Herr Kramer, vielen herzlichen Dank! Also zunächst darf ich Ihnen sagen,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

das, was Sie eingefordert haben, ja, dass man sich das aktuelle Infektionsgeschehen anschaut und dann entsprechend Maßnahmen anpasst oder erweitert, genau das macht die Landesregierung, und das ist hier immer wieder auch betont worden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und zum Zweiten, zum Zweiten, Herr Kramer, ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass Sie das, was Sie mir hier so herzlich sozusagen mitgeben wollen, das müssen Sie Ihrem Kollegen Herrn Kröger darlegen. Das müssen Sie ihm einfach mal darlegen, denn der hat nichts anderes gesagt, als Ihrer Position vom 13. März nachhaltig zu widersprechen, nachhaltig zu widersprechen,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

indem er meinte, es sei unnötig gewesen, die Schulen zu schließen. Ja? Es sei unnötig gewesen. Er hat sich hier besserwisserisch dargestellt.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Und deswegen würde ich Sie wirklich bitten,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

wenn Sie so eine Debatte führen, führen Sie sie zunächst intern,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Heiterkeit bei Philipp da Cunha, SPD)

damit auch wirklich hier irgendwie mal ein klarer Kurs Ihrer Fraktion erkennbar ist!

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke schön, Herr Abgeordneter!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Für die Fraktion der AfD hat noch mal ums Wort gebeten der Abgeordnete Kröger.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt kommt wieder die zweite Position der AfD. – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Jede zweite Schule aufmachen.)

Jörg Kröger, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Werte Gäste! Leibe Mäkelborger un Vöropommern! Ich komme jetzt erst mal auf den letzten Einwand zurück.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Es ist tatsächlich so, dass wir im März, als die Seuche ausbrach, gefordert haben, alles dichtmachen.

(Thomas Krüger, SPD: Ach!)

In der ersten Telefonkonferenz,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

die stattgefunden hat zum Thema,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Bildungsausschuss, haben wir schon hinterfragt, was ist mit Schuleinzugsbereichen,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD:
Sehr richtig!)

in denen es keine Pandemievorgänge gibt.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Genau.)

Das ist der Zeitfaktor, über den wir reden,

(Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es. –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)

zwischen erster Beurteilung und nach Beurteilung der Lage.

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Darum geht es, meine Damen und Herren.

(Thomas Krüger, SPD:
Wann war denn das?)

Also wir sind recht früh damit um die Ecke gekommen.

(Andreas Butzki, SPD: Nee, stimmt nicht!
Wir haben als Bildungsausschuss als
Letzter eine Telefonschalte gehabt.
Ihr habt das nicht beantragt. Ihr
wart doch Ausschussvorsitzender!
Mit Abstand, da haben wir schon
drei andere Schalten gehabt! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Darum geht es jetzt hier auch gar nicht.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD:
Natürlich!)

Diese Telefonschalte, die wir hatten, die erste, das war eine Sondersitzung.

(Andreas Butzki, SPD: Auf
unseren Antrag ist die gekommen.
Ihr hättet gar keine gemacht.)

Ja, ist ja in Ordnung.

(Andreas Butzki, SPD:
Also nichts Falsches sagen! –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Fakt ist jetzt,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

dass ich auf das Angebot von Herrn Wildt noch nicht eingegangen bin, und ich werde das Angebot dankend

annehmen, eine Sondertelefonschalte zu machen oder eine Sonderkonferenz. Ich denke mal, Telefon ist im Rahmen der Urlaubszeit angemessen.

(Torsten Renz, CDU: Nee, wieso?)

Wir werden das ...

Präsenz ist besser, ja, aber es,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Präsenzsitzung hier im Parlament!)

ich weiß nicht ...

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Gut, das können wir prüfen lassen, das ist mir egal. Wenn alle anreisen möchten, gerne. Wir können auch eine Präsenzsitzung machen. Wenn das mehr als ich ... Da können sich die Obleute darüber unterhalten,

(Andreas Butzki, SPD:
Schalte! Schalte!)

ob wir eine Präsenzsitzung machen wollen oder nicht, ist mir egal. Ich biete jedenfalls eine Telefonschalte an für diesen Moment, weil es außerhalb unserer parlamentarischen Zeit ist, in die Sommerzeit reinfällt. Und ich werde sie in die Woche, ich orientiere auf die Woche vor dem 20. Juli, weil das der Termin war, den die Frau Oldenburg genannt hat, wo sie gerne eigentlich schon wissen möchte, wie weit Klarheit in den Schulen herrscht. Also um diesem Ansinnen von Frau Oldenburg nachzukommen, orientiere ich auf die Woche vor dem 20. Juli. Also da gucken wir noch mal und organisieren den Termin,

(Andreas Butzki, SPD:
Ende Juni machen!)

damit wir wissen, wie weit das ganze Geschehen hier gediehen ist, dieser Arbeitsauftrag an das Ministerium schon umgesetzt ist, ob die Schulen schon ihre Unterlagen bekommen haben, wie sie sich zu verhalten haben, und so weiter und so fort, das werden wir dann ...

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch mal sagen, dass die in Ihrem Punkt 5 geforderte Unterrichtung durch das Ministerium ja schon durch einen Antrag, der seit einigen Wochen von der AfD vorliegt, schon im Ausschusssekretariat vorliegt. Also dieser Punkt 5 ist eigentlich auch überflüssig in Ihrem Antrag. Das hatte ich vorhin noch gar nicht gesagt. So!

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Genau.)

So viel dazu. – Vielen Dank!

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich bin am Ende meiner Ausführungen.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5087 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke! Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5087 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete, bei Gegenstimmen der Fraktionen von SPD und CDU und Stimmenthaltungen der AfD-Fraktion und des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/5015 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe. –

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Die CDU ist sich uneins.)

Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/5015 bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, der fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltungen der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vereinbarungsgemäß rufe ich an dieser Stelle den **Zusatztagsordnungspunkt 1** auf: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – 30 Jahre Deutsche Einheit: Die Folgen der Teilung anerkennen und überwinden.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
30 Jahre Deutsche Einheit: Die Folgen
der Teilung anerkennen und überwinden
– Drucksache 7/5082 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „30 Jahre Deutsche Einheit: Die Folgen der Teilung anerkennen und überwinden“ – ich habe mir auch noch mal eine Umfrage aus dem Jahre 2019 herausgesucht, um überhaupt zu sehen, wie steht die Bevölkerung zu dieser Thematik, und wir haben festgestellt im Laufe der Jahre, dass stabil über 80 Prozent in ganz Deutschland, ob in Ost oder auch West, die friedliche Revolution als Glücksfall in der deutschen Geschichte bezeichnen. Und wenn ich die Zahlen noch untersetze und sehe, dass die über 75-Jährigen mit einer Zustimmungsrate von über 90 Prozent die Frage der friedlichen Revolution so beantworten, dann ist das für mich heute immer wieder noch beeindruckend und auch emotional.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD und Dagmar Kasselitz, SPD)

Und wenn wir auch das uns genauer anschauen, wie sieht es dann in der Wählerstruktur aus, dann ist es vielleicht nicht überraschend, dass die höchste Zustimmungsrate bei der CDU mit 86 Prozent liegt, wenn es darum geht, die positiven Aspekte der deutschen Einheit einzuschätzen. Aber für mich erstaunlich, wenn ich in so eine Umfrage schaue, ist, dass die Zustimmungsrate auch beim Wählerklientel der LINKEN bei 75 Prozent liegt. Und ich persönlich bin froh, dass ich 30 Jahre oder im 30. Jahr der deutschen Einheit hier stehen darf, und ich will sagen, das verdanke ich, das verdanken wir den

Menschen, die 1989 mit der friedlichen Revolution diese Mauer zum Einsturz gebracht haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Die Mauer war das Sinnbild für die deutsche Teilung, so, wie es in unserem Antrag steht. Die Mauer war Unrecht aus Stein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
CDU, AfD und Christel Weißig, fraktionslos –
Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

Und ich will es auch klar sagen, dass wir heute hier darüber debattieren, das hängt natürlich damit zusammen, dass wir eine Wahl zum Landesverfassungsgericht durchgeführt haben, was im Anschluss dazu geführt hat, dass eine Repräsentantin unseres demokratischen Systems den Bau der Mauer politisch rechtfertigt und gleichzeitig die Hunderte Menschen, die an der Berliner Mauer, die an der ehemaligen innerdeutschen Grenze sowie bei Fluchtversuchen über die Ostsee ums Leben kamen, durch ihre Aussage relativiert.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das ist völlig inakzeptabel.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Es gebietet der Anstand, den Tod dieser Menschen nicht zu relativieren. Der Tod dieser Menschen ergibt auch nicht in einem höheren Kontext, in einem höheren Kontext einen Sinn. Der Tod dieser Menschen ist durch nichts, und ich sage es deutlich, aber auch durch gar nichts zu rechtfertigen. Ich selbst bin stolz, dass ich die friedliche Revolution und die deutsche Einheit miterleben durfte, und es ist definitiv kein Zufall, dass ich ganz persönlich 1998 nach Regierungsbildung in Mecklenburg-Vorpommern unter Beteiligung der PDS in die CDU eingetreten bin. Eben aufgrund des Mauerfalls, aufgrund der friedlichen Revolution und aufgrund der deutschen Einheit bin ich aus tiefster Überzeugung in die CDU eingetreten, weil die CDU für mich die Partei der deutschen Einheit war und ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und es erreichten mich einige Zuschriften, insbesondere – für mich auch etwas erstaunlich – die große Mehrzahl aus den alten Bundesländern. Viele davon sind an dieser Stelle nicht zitierfähig aus meiner Sicht, weil mit persönlichen Beleidigungen, Diffamierungen hier gearbeitet wird. Ich habe auch – das will ich sagen – ein großes Verständnis für diejenigen, die betroffen waren, persönlich betroffen von staatlichem Unrecht. Und ich habe Stasiakten gelesen,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Ich auch.)

mit Betroffenen Gespräche geführt, und in meiner Nachbarschaft habe ich jemanden, der wegen geplanter Republikflucht ewig gesessen hat. Mit dem Freund bin ich in regelmäßigen Gesprächsrunden.

Und deshalb macht es mich besonders traurig, wenn ich angeschrieben werde mit folgenden Worten: „Sehr geehrter Herr Renz, auf den Tag genau sind Sie drei Jahre nach dem Mauerbau geboren. Als Sie angefangen haben zu denken, werden Sie doch bestimmt sich mit der Situation an der Grenze befasst haben.“ Ja, das habe ich gemacht, solange ich denken kann und solange ich politisch tätig bin. Und es war schon sehr einprägsam, wenn sie auf den Geburtstag angesprochen wurden als Kind und dann die Formulierung haben, ach ja, 13. August, der Mauerbau. Das hat sich eingepreßt. Und ich weiß von meiner Mutter, als ihr Vater 1968 unheilbar krank wurde, dass – und er war noch relativ jung – seine Mutter, die in Westberlin lebte, ihn nicht besuchen durfte und vier Wochen später auch die Einreise zur Beerdigung verweigert wurde.

Und ich selbst sollte auch drei Jahre diese Mauer bewachen. Und die, die in der DDR gelebt haben, die wissen das, wenn sie Abitur gemacht haben, studieren wollten, dann war das eine Standardfrage, ob sie drei Jahre zur Armee gehen. Auf den Fakt hin, dass sechs Geschwister meines Vaters auf der anderen Seite der Mauer sich eine Existenz aufgebaut haben, weil durch Flucht und Vertreibung sie dort gelandet sind, war es dann – und das werde ich nicht vergessen, ich will aber an dieser Stelle sagen, ich war jetzt nicht der Kämpfer, der sich jetzt vielleicht an die Spitze der Bewegung stellt, aber auch ich habe meine Erlebnisse gehabt –, wie ich als 18-Jähriger dann an einem Tisch einen Sondertermin den Tag danach bekommen habe, drei Meter entfernt, und ich auflisten sollte, was diese sechs Onkel und Tanten doch so machen. Nachdem ich fertig war, blätterte der Offizier, oder was es auch immer war, seine Mappe um und sagte, ja, die Angaben stimmten.

Ich will nur sagen, wie perfekt dieses System war, aber wahrscheinlich war das Risiko, Leute wie mich dann an die Grenze zu schicken, zu groß, sodass darauf nicht weiter bestanden wurde. Und ich glaube, von diesen Familiensituationen gibt es viele, gab es viele, und diese Diktatur maßte sich an, unter anderem dann zu entscheiden, wer wann, wo, warum und wohin fahren durfte.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Und das ist nicht akzeptabel.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, durch Gespräche, insbesondere mit der jüngeren Generation, bin ich mir aber sicher, dass diese Teilung in den Köpfen dieser jungen Menschen keine Rolle mehr spielt. Und deswegen kann ich es auch nicht ertragen, das Ewiggestrige Geschichtsfälschung betreiben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU,
Rainer Albrecht, SPD, und
Jens-Holger Schneider, AfD)

Denn diese Mauer richtete sich gegen die individuellen Freiheitsrechte der eigenen Bürger. Statt den Bau der Mauer als alternativlos zu betrachten, sollte man vielleicht Ursachenforschung betreiben, warum die Menschen das eigene Land verlassen wollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Todesopfer an der Berliner Mauer sind nicht relativierbar. Der Bau

der Mauer mit Stacheldraht, Selbstschussanlagen und Minenfeldern ist ebenfalls nicht relativierbar.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
CDU, AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Die Mauer war eine humanitäre Kapitulationserklärung, sie war keinesfalls ein notwendiges Übel. Ich kann es vielleicht nachvollziehen, dass 1961 oder 1989 Menschen eine andere Auffassung hatten, aber heute, 30 Jahre später, 30 Jahre gelebt in einer Demokratie, gibt es für mich keine Ausrede. Wer die Mauer heute relativiert, tut das aus Borniertheit und wider besseres Wissen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nee, das machen die aus Überzeugung.)

Ich erwarte von jedem Verantwortungsträger in unserem Land, dass er sich kritisch mit der deutsch-deutschen Geschichte auseinandersetzt und Geschichtsfälschung unterlässt. Und das gilt insbesondere für Mitglieder des Landesverfassungsgerichts. – Herzlichen Dank!

(lang anhaltender Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD, CDU, AfD
und Christel Weißig, fraktionslos)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Es ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Borschke.

Ralf Borschke, AfD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Was wollen Sie uns eigentlich mit Ihrem Antrag sagen? Nun, Sie wollen uns sagen, wir brauchen euren, also unseren Antrag nicht, wir selber sind die Kämpfer gegen den Linksextremismus, und wir achten die Opfer, und alles wird gut. Aber das wird es eben nicht. Ihr Handeln steht im krassen Widerspruch zu Ihren Beteuerungen. Sie hoffen, so dieses Thema über die Sommerpause zu bekommen. Sie, Herr Renz, sagten eben, es geht auch um die Wahl der Frau Borchardt, aber ich sage Ihnen, ohne unseren Dringlichkeitsantrag hätte es Ihren Antrag heute gar nicht gegeben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD,
Holger Arppe, fraktionslos, und
Christel Weißig, fraktionslos –
Minister Harry Glawe: Das ist Spekulation.)

Ihr Antrag ist der Versuch einer Nebelkerze.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie wollen damit ablenken von Ihrem politischen und moralischen Versagen im Kampf gegen Extremismus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wenn wir über die Mauer und die vielen Opfer reden, müssen wir natürlich auch über die Wahl der Frau Borchardt und das Regime der DDR reden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Also reden wir mal Klartext. Als Betroffener lehne ich diesen Ihren Antrag ab, unabhängig vom Votum meiner Fraktion. Dieser Antrag fokussiert sich nur auf einen Bereich des DDR-Unrechts, nämlich den Mauerbau. Das aber relativiert die Verbrechen der zweiten verbrecherischen, sozialistischen Diktatur auf deutschem Boden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Leider müssen wir feststellen, dass es heute immer mehr Versuche gibt, die Verbrechen der DDR zu relativieren. Ihr Antrag unterstützt die Sichtweise vieler heutiger Sozialisten. Alle bisherigen Sozialismusversuche sind nur gescheitert, weil die Ausführenden zu dumm waren und den Sozialismus nicht verstanden haben. Aber jetzt kommen wir, wir machen es jetzt richtig – eine weit verbreitete Ansicht übrigens bei den Westsozialisten.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Aber jeder neue Sozialismusversuch wird genauso blutig und in Unfreiheit enden wie alle vorherigen auch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Meine Damen und Herren, die Reisefreiheit ist ein wichtiges Grundrecht. Sie ist ein Freiheitsrecht. Sie kann aber nur in einer Einheit aller Freiheitsrechte ihre wirkliche Bedeutung erlangen. Meine damaligen Mitstreiter und ich sind nicht für ein bisschen Spaß und Fun in Form von Reisefreiheit auf die Straße gegangen. Ich werde den Eindruck nicht los, Sie wollen den Widerstand gegen das Regime degradieren auf offene Grenzen und Reisefreiheit. Nein, die Erkenntnis, dass es sich im Ganzen um ein verbrecherisches und menschenverachtendes System handelt, hat mich zum Widerstand gegen das Regime bewogen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

wohl wissend, wohl wissend, welche Gefahren mich und die meinen erwarten. Und diese Freiheit und Menschenrechte verachtende Idee des Sozialismus lebt heute dank, auch dank Ihnen, meine Damen und Herren der CDU, wieder auf. Es ist eben nicht nur die Relativierung der Toten durch Frau Borchardt, die sie nicht für das Amt tragbar macht, es ist ihre bis heute nicht eingetretene Einsicht und ihr Festhalten an sozialistischem und verbrecherischem, kommunistischem Gedankengut, das diese Frau unmöglich macht für dieses Amt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dass Sie, meine Damen und Herren der CDU, diese Wahl mittragen, ist beschämend.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Die Wahl dieser Frau ist eine Verhöhnung aller Opfer der Gewaltdiktatur. Mehr denn je gilt heute wieder Freiheit statt Sozialismus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD,
Holger Arppe, fraktionslos,
und Christel Weißig, fraktionslos)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich rate uns allen, mit kühlem Kopf die Dinge zu betrachten, so, wie sie sind, und hier nicht in den Saal zu brüllen,

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Stephan J. Reuken, AfD)

weil ich glaube, das wird dem Thema nicht gerecht.

(Ralf Borschke, AfD: Respekt, Herr Krüger,
hat auch was mit Charakter zu tun. –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Na das hat er ja nicht. –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ich habe die DDR zweigeteilt wahrgenommen. Zum einen gab es Menschen, durchaus auch viele Menschen, die sich in der DDR eingerichtet haben. Da war die Arbeit, da waren die Kollegen, ein Garten, Nachbarn – einfach die tägliche Realität. Zum anderen gab es aber auch viele Menschen, denen das nicht reichte. Die stellten die Realität infrage, die waren unzufrieden mit den politischen, die waren unzufrieden mit den wirtschaftlichen Zuständen in der DDR. Diese Menschen konnten und wollten sich nicht damit abfinden, dass sie sich beispielsweise nicht in ihr Auto setzen konnten, um einfach mal nach Hamburg zu fahren, dass es nicht möglich war, selbst zu entscheiden, wo man wohnen und leben möchte.

Es gab Menschen – und das hat Kollege Renz eben auch schon ausgeführt –, die zornig, erbost und zutiefst traurig sind darüber, dass sie nicht zur kranken Mutter oder zum sterbenden Vater fahren konnten und anschließend auch die Beerdigung selbst nicht besuchen konnten. Dass das massiv nachwirkt, das ist, denke ich, für uns alle selbstverständlich. Diese Menschen wollten nicht anerkennen oder viele Menschen wollten nicht anerkennen, dass politische Pluralität in der DDR darin bestand, dass greise Männer dem Volk erklärten, dass es keine Alternative zum real existierenden Sozialismus geben sollte, dass Glasnost, Perestroika für die Menschen der DDR keine Rolle spielen würden.

Meine Damen und Herren, ich bin im Jahr 1969 geboren. Die Mauer stand seinerzeit acht Jahre. In meinen jugendlichen Vorstellungen gab es keine andere Realität als die des eingemauerten Staates, aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, in früherer Jugend hat das für mich auch nicht wirklich eine Rolle gespielt. Für mich wurde die Monstrosität dieses Bauwerkes erst beim Besuch in Berlin deutlich. Ich muss damals um die 14 Jahre alt gewesen sein. Ich habe an den Absperrungen des Brandenburger Tores gestanden und mir war da bewusst, dass hier an dieser Stelle für mich die Welt zu Ende war.

Im Staatsbürgerkundeunterricht in Malchin an der Lenin-Schule wurde uns dann erzählt, dass Grenzanlagen ein antifaschistischer Schutzwall wären. Wir, die DDR-Bürger, müssten vor den Imperialisten, vor den Faschisten oder, wie es damals noch hieß, Bonner Ultras geschützt werden. Die Frage, warum diese Imperialisten und Bonner Ultras dann aber in die DDR kommen könnten, sich hier bewegen könnten, wir aber im anderen Gegenzug nicht dahinfahren könnten, diese Frage wurde

nicht befriedigend beantwortet. Diese Widersprüche blieben offenkundig, ohne dass es eine befriedigende Erklärung dafür gab.

Für mich rückte das Thema dann bei Diskussionen während meiner NVA-Zeit wieder in den Mittelpunkt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Da wurde sehr viel diskutiert, da wurde sehr intensiv diskutiert, und da wurde eben diskutiert die Ausrichtung der Grenzanlagen. Da war jemand, der uns berichtete, auf der Mauerkrone beziehungsweise auf der Krone des Zauns, der durch Deutschland ging – denn die Mauer war ja nur in Berlin –, gibt es ein Stacheldrahtgeflecht, und dieses Stacheldrahtgeflecht neigt sich in Richtung Osten. Auf der Ostseite wurden die Selbstschussanlagen angebaut, und die Frage stellt sich ja, warum. Wenn der Gegner, die Bonner Ultras, die Faschisten im Westen sitzen, warum dann auf der Ostseite Selbstschussanlagen und zur Ostseite geneigter Stacheldraht?

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Davor waren die Minen in den Boden gelegt, davor gab es ein gut gepflegtes, von Bewuchs freigehaltenes Schussfeld. Die Grenzanlagen wurden also so konzipiert, dass Menschen, die die DDR verlassen wollten, getroffen werden sollten. Die Minen waren zur Abwehr der DDR-Bürger aufgebaut. Die Selbstschussanlagen waren zur Abwehr der DDR-Bürger installiert. Und DDR-Bürger sollten getroffen werden, wenn sie fliehen wollten, auf diesem freien Schussfeld. Die Regierung der DDR hat ihr Volk eingesperrt, damit es nicht weglaufen konnte. Und, meine Damen und Herren, die Grenzanlagen waren erschreckend effektiv. Es waren Ostdeutsche, die im Todesstreifen von ihren Kameraden erschossen wurden. Es waren Ostdeutsche, die an den Selbstschussanlagen durch diese monströsen Maschinen starben, und es waren Ostdeutsche, die fliehen wollten.

Ich habe auf der Internetseite des MDR einen Bericht gefunden, der beschreibt, wie man das Grenzregime aufgebaut hat, und das will ich kurz zitieren. Zitat: „Insgesamt wurden zwischen 1961 und 1983 etwa 1,3 Millionen Bodenminen auf 770 Kilometer Grenzlänge verlegt. Die Minen sollten Flüchtenden den Fuß abreißen. Ab den 1970er-Jahren kamen Splitterminen vom Typ SM 70 zum Einsatz – diese sogenannten Selbstschussanlagen waren so konstruiert, dass bei Be- oder Entlastung eines lose gespannten Drahtes immer drei Minen gleichzeitig detonierten. Aus einem Trichter verschossen sie“ dann „etwa 100 scharfkantige Metallwürfel von fünf bis acht Millimeter Seitenlänge, Reichweite bis zu 280 Meter.“ Zitatende.

Die Gefahr war den Menschen bekannt. Trotzdem hat es Menschen gegeben, die immer wieder versucht haben, die Grenzanlagen zu überwinden. Und die Statistiken zeigen, dass es in der Endphase der DDR immer mehr Menschen gab, die diesen riskanten Weg suchten. Der Druck bei den Menschen war offensichtlich gestiegen. Der Glaube daran, dass sich die Verhältnisse in der DDR nachhaltig ändern könnten, der Glaube daran war offensichtlich bei vielen Menschen weg. Die Motivation war sicherlich vielfältig: Es gab politische, wirtschaftliche und persönliche Gründe. Und je nach wissenschaftlicher Quelle und je nach Zählweise findet man auch unterschiedliche Statistiken über die Zahl der Todesopfer an

der westdeutschen Grenze, aber unabhängig vom genauen Wert, jeder dieser Todesfälle war Unrecht,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und Christel Weißig, fraktionslos)

und keiner dieser Todesfälle ist zu rechtfertigen.

Aber, meine Damen und Herren, es hat auch Menschen gegeben, die bei dem Fluchtversuch nicht getötet oder verletzt wurden. Diese haben trotzdem den Versuch, vom Osten in den Westen zu kommen, teuer bezahlt. Der Stasiknast war berüchtigt. Dort sollten Menschen gebrochen werden und dort wurden Menschen gebrochen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und viele von denen leiden bis heute unter den Folgen der Inhaftierung.

Andere Menschen, meine Damen und Herren, wurden gezwungen, für den Staatssicherheitsdienst zu spitzeln. Ihnen gerecht zu werden, ist kaum möglich, denn sie waren nach der Wende sowohl Opfer als auch Täter. Ich habe so jemanden kennengelernt, jemand, der sich nach der Wende politisch sehr engagiert hat, bis die Stasiakten ausgewertet worden sind und wir feststellen mussten, der war Täter. Die Nachfrage, warum er denn als Täter sich jetzt politisch in einem demokratischen Deutschland engagieren wollte, hat er uns beantwortet. Der sagte, ich habe damals einen Fluchtversuch gemacht, als ich Soldat an der Grenze war. Die haben mich gestellt und die haben mir gesagt, entweder du schreibst diesen Bericht, dass du bereit bist, uns zukünftig zu informieren, oder durch diese Tür, da wartet der Transport auf dich und dann gehts in den Stasiknast. Der hat Berichte geschrieben, hat sich damit schuldig gemacht. Es ist natürlich damit auch nicht möglich gewesen, obwohl er der tiefen Überzeugung war, dass das System DDR falsch war, hat natürlich dann auch nicht mehr die Möglichkeit gehabt, politisch zu arbeiten.

Unterm Strich, meine Damen und Herren, will ich festhalten, die Mauer in Berlin und der Todesstreifen, der sich quer durch Deutschland zog, waren schreiendes Unrecht und haben zu Tod und Leid geführt – Leid und Unrecht, das nicht wirklich gesühnt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich bin 1989 in die Sozialdemokratische Partei der DDR eingetreten, als die Mauer noch stand und von SED und ihren Blockparteien verteidigt wurde. Eine der wichtigsten Forderungen war seinerzeit die Reisefreiheit, eine Reisefreiheit, die das Gegenteil von Einsperren der Bevölkerung war, eine Reisefreiheit, die Selbstschussanlagen oder Todesstreifen überflüssig gemacht hätte und schließlich ja auch überflüssig gemacht hat. Dass die deutsche Vereinigung schneller ging, als viele damals geglaubt haben, ist ein großer Glücksfall in der deutschen Geschichte. Vor allem auch übrigens, dass es friedlich gelaufen ist, ist ein großer Glücksfall in der deutschen Geschichte und bleibt für immer mit den Menschen in der DDR verbunden, die mutig auf die Straße gegangen sind, aber bleibt für immer auch verbunden mit den Namen Willy Brandt und Helmut Kohl, die hier sehr beherzt gehandelt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, jeden Versuch der Relativierung des DDR-Unrechts, der Not, des Leids, der Todesfälle, der monströsen Grenzanlagen lehnt meine Fraktion mit voller Überzeugung ab. Ich will aber auch deutlich machen, dass ich vor dem Hintergrund der zurückliegenden Diskussionen der letzten Wochen schon verwundert bin, von wem hier Extremismusvorwürfe kommen. Es ist eine Fraktion, die selbst tief im extremistischen Sumpf steckt, nämlich im rechtsextremistischen Sumpf,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Stephan J. Reuken, AfD: Jetzt geht
die Märchenstunde los.)

die sich von ihren rechtsextremistischen Mitgliedern nicht befreien kann, die ein ungeklärtes Verhältnis zum NS-System hat.

(Stephan J. Reuken, AfD: Stellen Sie doch mal
die Verbindung zwischen Jusos und Antifa auf!)

Aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, hat eine solche Fraktion kein Recht, anderen eine Lektion in Geschichte und Extremismus zu erteilen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, die deutsch-deutsche Teilung hat das Leben von Millionen Menschen in der DDR 40 Jahre lang geprägt und prägt sie bis heute hin. Und auch heute sind die Folgen der Teilung der vergangenen 30 Jahren nicht vergessen, und die Spuren sind vorhanden. Und es gibt auch heute noch Menschen, die darunter leiden. So vielfältig die Biografien und Lebenswege in der DDR auch waren, so verschieden waren die Erfahrungen mit den staatlichen Institutionen. Wo der eine in der DDR sein Glück in der Familie, in einer Ausbildung und einer sicheren beruflichen Laufbahn fand, da wurde einem anderen dieses Glück verwehrt, da wurden Lebenswege verbaut und Existenzen vernichtet.

An diesem erlittenen Unrecht gibt es nichts zu relativieren und nichts zu rechtfertigen. 30 Jahre nach der Überwindung der deutschen Teilung kommt es darauf an, dass wir uns alle darum bemühen, die Unterschiedlichkeit der Erfahrung anzuerkennen. Lassen Sie uns alle daran arbeiten, dass die Wunden der deutschen Teilung und des erlebten Unrechts heilen können, und lassen Sie uns verhindern, dass neue Wunden hinzukommen! – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe sehr wohl die Zwischenrufe aus den Reihen der AfD-Fraktion vernommen, die zumindest am Rande eines notwendigen Ordnungsrufes waren. Ich bitte Sie, gerade auch in einer solchen Debatte, es gilt immer, aber auch ganz besonders in dieser Debatte, von persönlichen Anfeindungen Abstand zu nehmen.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Simone Oldenburg, Fraktionsvorsitzende.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kein Staat, kein Mensch hat

das Recht, Mauern zu errichten. Wer Mauern baut und Menschen daran hindert, sich frei zu entscheiden, sich frei zu äußern und sich frei zu bewegen, der errichtet auch Barrikaden in den Köpfen und Seelen. Wer Mauern baut, erzeugt bei den Menschen Misstrauen, Angst und Hass. Es darf nicht sein und es steht keinem Staat zu, zu bestimmen, wo Frauen, Männer und Familien leben wollen, wo sie glücklich sein wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, jedes System, das Mauern errichtet hat, ist gescheitert. Es ist durch nichts zu entschuldigen, dass Mütter und Väter von ihren Kindern getrennt wurden. Es ist durch nichts zu entschuldigen und durch nichts zu rechtfertigen, dass Menschen getötet wurden, die die Mauer überwinden wollten, die sie daran gehindert hat, in einem anderen Land zu leben. Eine Mauer trennt, spaltet und tötet. Das kann und darf niemals linke Politik sein, deren Grundidee die Menschlichkeit ist.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Es ist unsere Verpflichtung, uns beständig und glaubwürdig dieser Verantwortung zu stellen. Und dieser Verantwortung stellen wir uns auch seit über 30 Jahren,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und dieser Verantwortung werden wir uns auch jeden weiteren Tag stellen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Förster.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Unruhe bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich sagen, dass den Ausführungen von Herrn Renz und auch von Herrn Krüger von meiner Seite her, dass denen nicht zu widersprechen ist, bis auf Ihre wirklich, Herr Krüger, hier völlig überflüssigen Unterstellungen am Ende Ihrer Rede, die sonst sehr ausgewogen war

(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und der ich sonst nur zustimmen kann.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die vorliegende Resolution hat weder einen aktuellen Bezug zur Mauer selbst noch zu einem 30. Jahrestag der deutschen Einheit. Der einzige aktuelle Bezug besteht zur Causa Borchardt. Dieser Skandal soll damit ersichtlich verschleiert werden. Das ist gleichermaßen offenkundig wie peinlich. Inhaltlich hat meine Fraktion an der Resolution aber nichts auszusetzen. Sie wird allerdings durch das Motiv für ihre Entstehung dermaßen entwertet, dass wir lange überlegt haben, wie wir uns hier abstimmungsmäßig verhalten sollen. Das wurde aus dem Bei-

trag meines Kollegen Borschke ersichtlich. Mehrheitlich werden wir wohl aber zustimmen.

Die Mauer ist ja nicht nur die Mauer, sondern begrifflich gehören ja dazu die Grenzschutzanlagen – so nannte man die wohl – mit Todesstreifen, die das ganze Land durchzogen haben. Wenn man dann auch von westlicher Seite bei Braunlage abends spät in der Dunkelheit da noch ankam, wo dann die Hunde da an den Ketten liefen – es war schon eine sehr bedrohliche Veranstaltung.

Die Mauer steht also symbolhaft für die deutsche Teilung, zugleich aber auch für die deutsche Einheit, denn nur mit der Mauer ließ sich die dem Volk aufgezwungene Teilung aufrechterhalten. Die Mauer vermochte es nicht, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen zu zerstören.

Die Teilung Deutschlands kam nicht über Nacht. Sie begann damit, dass sich die Siegermächte die Beute in Besatzungszonen aufteilen und in einem längeren Prozess aus den westlichen Besatzungszonen zunächst die Trizone und dann die Bundesrepublik und aus der SBZ die DDR wurden. Der Wille zur Einheit verlor im Zuge der Bindung der beiden Teilstaaten an den Westen beziehungsweise an die Sowjetunion zwar an Intensität, blieb aber latent immer vorhanden. Auf beiden Seiten waren die Deutschen treue Verbündete im jeweiligen Lager und damit in den Köpfen letztlich bereit zum Brudermord. Die Hoffnung, dass es dazu nie kommen würde, dämpfte quälende Gedanken darüber, was das eigentlich bedeutete.

Dass es dazu nicht kam und Deutschland am Ende seine Wiedervereinigung erlangte, ist rückblickend einer unglaublichen Verkettung glücklicher Umstände zu verdanken. Die friedliche Revolution war allein das Werk der Ostdeutschen. Darauf können die Ostdeutschen ewig stolz und die Westdeutschen sollten dankbar sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Umso weniger müssen sich die Bürger in den ostdeutschen Ländern vom Westen sagen lassen, wie sie zu denken und zu wählen haben. Die Mauer war nicht nur ein Problem für die Ostdeutschen. Freilich blieb diesen die Freiheit und Demokratie vorenthalten und im Westen war der Wohlstand größer, aber unter der Teilung litten alle, denen das Geschick ihres Landes nicht gleichgültig war. Zudem hatte die Westgesellschaft Millionen von Deutschen aus den Ostgebieten und der DDR aufgenommen. Das war jedenfalls die Lage in den 60er- und 70er-Jahren. Die durch die Mauer manifest gewordene Teilung wurde auf beiden Seiten als eine blutende Wunde wahrgenommen. Das habe ich jedenfalls aus vielen Diskussionen, vor allem im Osten, damals wahrgenommen und in Erinnerung.

Die Mauer hat viele Opfer gefordert. Besonders dramatisch war der Tod des 18-jährigen Peter Fechter am 17. August 1962 in unmittelbarer Nähe des Checkpoint Charlie. Er wurde noch auf der Mauer von mehreren Schüssen getroffen, fiel herunter und blieb auf Ostberliner Gebiet laut um Hilfe schreiend fast eine Stunde im Todesstreifen liegen. Weder die DDR-Grenzsoldaten noch die auf der Westseite versammelten Polizisten griffen, jeweils aus Angst, die andere Seite würde schießen, ein. Die Bilder dieses Falls gingen um die Welt und

sorgten für Empörung. Im „Schwarzen Kanal“ des DDR-Fernsehens hieß es dazu: „Und wenn dann solch ein Element ... unmittelbar an der Grenze verwundet und nicht sofort geborgen wird – dann ist das Geschrei groß. ... Das Leben eines jeden einzelnen unserer tapferen Jungen in Uniform ist uns mehr wert, als das Leben eines Gesetzesbrechers. Soll man von unserer Staatsgrenze wegbleiben – dann kann man sich Blut, Tränen und Geschrei sparen.“

Wie gesagt, der Vorfall ereignete sich ganz nah am Checkpoint Charlie. Ein US-Offizier erhielt damals auf telefonische Nachfrage, was nun zu tun sei, von seinem Generalmajor die Weisung: Leutnant, you have your orders, stand fast, do nothing! Also: Leutnant, Sie haben Ihre Anweisungen, bleiben Sie standhaft, tun Sie nichts! Wir können dieses Kommando hochbrechen, denn es drückt exakt das aus, was bis zum Fall der Mauer galt, den Status quo durch standhaftes Nichtstun bewahren. Die Siegermächte hatten Deutschland und ihre Einflusssphären festgelegt und hatten verstanden, dass keine Seite gegen den Willen der anderen etwas ändern konnte.

Die deutsche Teilung in Gestalt der beiden deutschen Staaten war Realität und innerdeutsche Unruhen waren nicht erwünscht. Die DDR war ohne Mauer nicht existenzfähig. Daran kann es keinen Zweifel geben. Damit wurden die DDR und der Status quo durch die Mauer stabilisiert. Daran etwas zu ändern, lag nicht im Interesse der beiden Großmächte. Eine Wiedervereinigung war deren Herzenssache nicht. Das war die Realität bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion und in der Folge bis zur Wende. Das gehört mit zu einer ehrlichen Betrachtung.

Dazu gehört auch, dass es auch tote Grenzsoldaten gegeben hat. Nicht immer lagen dabei Notwehr und Nothilfe vor. Es gab also auch Tötungsdelikte gegenüber Grenzsoldaten. Ein Fall, den der BGH als Mord bewertete, nachdem das Kammergericht lediglich Totschlag angenommen hatte, wurde vom Bundesverfassungsgericht bestätigt. Ich erwähne dies nicht, um diese Fälle gegen die vielen Mauertoten aufzurechnen oder irgendetwas zu relativieren. Ich erwähne dies, weil es zur Grausamkeit und Unmenschlichkeit der Mauer auch dazugehört.

Nicht jeder junge Grenzsoldat war ein potenzieller Mörder. Wir wissen, dass viele auch danebengezielt haben. Vor einer Hierarchie der Opfer sollten wir uns stets hüten. Die wahre Schuld liegt bei denen, die diese jungen Menschen zum Hass auf den Klassenfeind erzogen und ihnen eingetrichtert haben, sie stünden am antifaschistischen Schutzwall auf Friedenswacht. Alles Böse fängt damit an, dass man sich der Sprache bemächtigt und den Begriffen eine falsche Bedeutung gibt. Das haben die Kommunisten mit dem Begriff des Antifaschismus perfektioniert und setzen dies bis heute fort.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ursprünglich, auf die Bewegung Mussolinis in Italien bezogen, wurde dieser Begriff schon in den 1930er-Jahren als kommunistischer Kampfbegriff inflationär gebraucht mit der Folge, dass alles, was man bekämpfte, faschistisch war. Sogar die Sozialdemokraten wurden als Sozialfaschisten bezeichnet. Die gewaltsame Durchsetzung der SED-Diktatur hieß offiziell antifaschistisch-demokratische Umwälzung.

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

Die Berliner Mauer war der antifaschistische Schutzwall gegen die faschistische BRD, der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 selbstverständlich ein faschistischer Putschversuch. – Bin sofort fertig. – DIE LINKE betreibt dieses Spiel heute munter weiter und findet dabei nicht nur im linken Lager Unterstützer, wie jüngste Bekenntnisse zur Antifa belegen. Es wird Zeit, dass das bürgerliche Lager dem endlich die Grenzen aufzeigt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Förster, jetzt kann ich wirklich ... So viele Augen habe ich gar nicht, wie ich zudrücken müsste, um das jetzt hier zuzulassen.

Ums Wort gebeten hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Dieser Antrag, mit Verlaub, ist eine einzige Farce, eine Mogelpackung. Das hat Herr Borschke ja auch schon festgestellt. Wenn man sich diesen Antrag hier anschaut und den Redebeiträgen der drei Fraktionen hier gelauscht hat, dann hätte man den Eindruck bekommen können, die Mauer ist irgendwie vom Himmel gefallen oder ein antikes Relikt. Es wurde mit überhaupt keinem Wort erwähnt, welche Ideologie und welche Weltanschauung eigentlich hinter diesem Bauwerk, der Berliner Mauer, und der innerdeutschen Grenze gestanden hat.

Der Historiker Hubertus Knabe hat sich vor Kurzem in der „Neuen Züricher Zeitung“ mal Gedanken darüber gemacht, warum die CDU der Wahl oder die Frau Borchardt mit gewählt, mit unterstützt hat, und ist zu dem Schluss gekommen, dass das Ganze mitnichten irgendwie so ein Unfall war, sondern ein eiskalt kalkulierter Tabubruch mit dem Ziel, die Linkspartei zu enttabuisieren, die Ideologie, für die sie steht, zu enttabuisieren und sie letztendlich auch für die CDU anschlussfähig zu machen, koalitionsfähig zu machen.

Sie haben mit keinem einzigen Wort hier vom Sozialismus, vom Kommunismus gesprochen, von jener Ideologie, die ja ursächlich den Mauerbau letztendlich verursacht hat. Das hat natürlich auch seinen Grund, indem Sie das schön außen vor lassen, denn diese sozialistische Weltanschauung ist ja heute wieder auf dem Vormarsch. Wenn eine CDU-Bundeskanzlerin allen Ernstes eine demokratische und rechtmäßige Wahl infrage stellt und sagt, diese Wahl ist unverzeihlich und die müsse rückgängig gemacht werden, dann ist die CDU dem, was sie hier kritisiert, näher, als sie vielleicht wahrhaben will.

Der Sozialismus feiert heute wieder fröhliche Urständ. Es gibt heute wieder Menschen, deren Existenzen zerstört werden, weil sie eine andere Meinung vertreten, als das Establishment es für richtig hält. Es gibt heute wieder Berufsverbote, es gibt heute wieder genau die gleichen Erscheinungen, vor denen die Menschen, die zum Teil an der Mauer ums Leben gekommen sind, geflohen sind damals. Und weil Sie das auch alles so wissen und es natürlich nicht offen sagen können, ohne sich selbst zu blamieren, haben Sie die Worte „Sozialismus“, „Kommunismus“ und so weiter hier schön außen vor gelassen und das Ganze abstrahiert, allein auf die Mauer reduziert und ohne das System dahinter an sich infrage zu stellen. Und deswegen ist dieser Antrag meiner Meinung nach auch nicht zustimmungsfähig. – Danke!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich nicht vor, noch mal hier nach vorne zu treten, aber Herr Arppe hat mich dann doch dazu gebracht, hier noch etwas zu sagen.

Herr Arppe, ich spreche Ihnen jedes Recht ab, darüber zu diskutieren, wie Gewalt und Gewaltssysteme funktionieren, vor dem Hintergrund der Ihnen zugeschriebenen Chats, wo Sie behauptet haben sollen, dass das rot-grüne Geschmeiß aufs Schafott geschickt werden soll, wo Sie gewaltverherrlichende Fantasien zum Ausdruck gebracht haben, wo Sie deutlich gemacht haben, wie Sie mit Gewalt gegen politische Gegner umgehen wollen. Das weise ich in aller Form zurück. Sie haben als Letzter, als Letzter, aus meiner Sicht, die moralische Möglichkeit, sich hier zu äußern. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Borschke?

Thomas Krüger, SPD: Wenn ich zur Klarheit bei Herrn Borschke beitragen kann, will ich das gerne tun.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Borschke!

Ralf Borschke, AfD: Vielen Dank!

Herr Krüger, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, Sie hätten zu DDR-Zeiten bemerkt, dass der Stacheldraht, ja, in Richtung DDR zeigte.

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Hat er auch.)

Nach innen. Da frage ich mal: Warum haben Sie diese Frage dann nicht öffentlich gestellt? Hat Ihnen der Mut gefehlt

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

oder ist Ihnen diese Frage, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Borschke!

Ralf Borschke, AfD: ... ist Ihnen diese Frage ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Borschke!

Ralf Borschke, AfD: ... erst jetzt auf...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Borschke! Es ist eine Zwischenfrage, eine Zwischenfrage! Über die zweite Zwischenfrage entscheidet der Redner dann wieder erneut.

Möchten Sie antworten, Herr Krüger?

Thomas Krüger, SPD: Selbstverständlich möchte ich antworten.

Sehr geehrter Kollege Borschke, genau diese Frage ist im Politunterricht angesprochen worden, nicht nur von mir, sondern von verschiedenen Leuten. Das war im Sommer 1989. Da gab es schon eine sehr aufgeheizte Stimmung, und in der Tat ist das diskutiert worden. Ich frage mich aber, wie Sie darauf kommen, dass ich das nicht angesprochen haben würde.

Ich will Ihnen mal ganz ernsthaft sagen: Jemand, der es nicht angesprochen hat, ist kein Feigling, weil die Verhältnisse in der DDR haben Sie gekannt. Sie haben gewusst, Sie wissen, was das bedeutet hat, wenn man sich in der DDR gegen das System gestellt hat. Das bedeutete, dass man auf lange Sicht keine Möglichkeit hatte, mit seiner Familie, mit seinem Beruf wirklich nach vorne zu kommen. Wir haben diese Fragen damals in der Tat diskutiert – das war rund vor der Kommunalwahl, die da waren – im Politunterricht. Ich kann Ihnen sagen, das waren für DDR-Verhältnisse sehr heiße Diskussionen, die da abgelaufen sind, ja.

(Jochen Schulte, SPD: Vielleicht nehmen Sie mal die Hände aus den Taschen?!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich vermute, Herr Borschke möchte eine zweite Zwischenfrage stellen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Zurufe von Horst Förster, AfD, und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Gestatten Sie auch diese? Ich blicke nur auf die Redezeit.

Thomas Krüger, SPD: Wenn ich erneut für Klarheit beim Kollegen Borschke sorgen kann, will ich das gerne tun.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Borschke!

Ralf Borschke, AfD: Also mit der Frage der Feigheit, da stimme ich Ihnen zu. Es war schwierig, aber ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Borschke, eine Frage, keine Zustimmung! Nur eine zweite Zwischenfrage!

Ralf Borschke, AfD: Ist das denn richtig, oder wann sind Sie dann in die SPD eingetreten? Wann sind Sie zur SPD gestoßen?

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Thomas Krüger, SPD: Ich kann Ihnen das genaue Datum nicht nennen. Die Mauer hat gestanden, das ist das, was ich weiß. Also ich habe kein genaues Datum.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich kann Ihnen meinen Ausweis zeigen, dass ich im November Beitrag bezahlt habe. Im Oktober gab es noch gar keinen Beitragseinzug, weil die Partei schlicht und einfach mit ihrer Gründung verboten war. Was ich weiß, ist, dass ich, als die Mauer stand, eingetreten bin. Es kann die ersten Novembertage gewesen sein, vielleicht ist es auch der 31. Oktober, ich weiß es nicht mehr.

(Rainer Albrecht, SPD: Aber rechtzeitig.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/5082. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/5082 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, einigen Stimmen aus der Fraktion der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltungen von vier Abgeordneten, nee, Gegenstimmen von vier Abgeordneten aus der Fraktion der AfD und Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Mir liegen zwei Anträge auf persönliche Erklärungen nach Paragraph 88 unserer Geschäftsordnung vor. Bevor ich den ersten Redner aufrufe, mache ich noch mal darauf aufmerksam, worauf sich diese persönlichen Bemerkungen beziehen müssen. Der Redner darf nicht zur Sache sprechen, sondern nur Äußerungen, die in der Aussprache in Bezug auf seine Person vorgekommen sind, zurückweisen oder eigene Ausführungen richtigstellen.

Jetzt rufe ich auf zur Abgabe einer persönlichen Erklärung den Abgeordneten de Jesus Fernandes aus der Fraktion der AfD.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wollen Sie mir das Rederecht einschränken, oder was?! – Torsten Renz, CDU: Ich hab doch gar nichts gesagt!)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Mir wurde vorhin vom Kollegen Krüger – mir und meiner Fraktion – vorgeworfen, wir hätten ein ungeklärtes Verhältnis zum NS-Regime. Das weise ich strikt von mir und kann das auch sehr gut begründen. Die AfD-Fraktion oder die AfD wurde 2013 als Partei gegründet.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr de Jesus Fernandes, ich hatte extra gesagt, weil ich das schon befürchtet habe, nur Äußerungen, die gegen Sie gerichtet sind. Es steht in der Geschäftsordnung nicht, Äußerungen, die gegen Ihre Fraktion gerichtet sind. Also müssten Sie sich in Ihrer Rede auch immer darauf beziehen,

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und Philipp da Cunha, SPD)

dass Sie persönlich betroffen sind. So ist die Geschäftsordnung.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Bei aller Liebe, Frau Präsidentin, das habe ich gemacht. Ich habe gesagt, ich und meine Fraktion.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Und danach, die Fraktion.

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

Ich möchte ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ich bin es wirklich leid, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ...noch mal darauf hinweisen ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: ... wenn man persönliche Erklärungen abgeben muss, wenn man dazu schon genötigt wird, dass man das hier nicht in Gänze tun kann, und ich breche das auch hier jetzt ab.

(Unruhe bei Jochen Schulte, SPD, und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielleicht kann ich an dieser Stelle zur Aufklärung beitragen, wenn denn ...

(Unruhe bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Herr de Jesus Fernandes, jetzt ist hier ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und AfD)

Also ich breche gleich die Sitzung ab und dann lasse ich hier den Ordnungsdienst kommen. So geht es nicht!

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: So sind Sie! Kalt, kühl!)

Also jetzt reicht es mir! Jetzt ist hier Ruhe! Herr de Jesus Fernandes, ich habe versucht, Ihnen Spielräume zu lassen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Nein!)

aber für diese, für diese Missachtung des Parlamentes erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. Und ich weise an dieser Stelle darauf hin, wenn Sie Probleme mit der Geschäftsordnung haben, dann gibt es die Möglichkeit, über Ihren Parlamentarischen Geschäftsführer Änderungsanträge zu bringen, die Ihnen weitere Spielräume eröffnen, wenn alle anderen zustimmen. Jetzt ist unsere Geschäftsordnung so, wie sie ist, und alle müssen sich daran halten. Und ich bin hier, um darauf zu achten, dass sie eingehalten wird. Sie können das gerne nachlesen, und dann können wir diskutieren, ob ich irgendetwas falsch ausgelegt habe, aber nicht hier in diesem Raum.

Jetzt hat Herr Arppe das Wort zur Abgabe einer persönlichen Erklärung nach Paragraph 88.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte die Unterstellung von Herrn Krüger hier einmal mehr zurückweisen und Ihnen nochmals sagen: Sie und Ihre Genossen da, Sie können mich verleumden, Sie können mich diffamieren, Sie können mich kriminalisieren, Sie werden mich nicht daran hindern, weiterhin Sie und Ihre Politik zu kritisieren. Und eine Partei, die gemeinsame Sache macht, mit einer Partei, die eine Million Menschen erschießen oder in Arbeitslager stecken will, nur, weil sie angeblich reich sind,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

eine solche Partei hat kein Recht, Sie haben kein Recht, mich überhaupt anzugreifen. Aber mehr als persönliche Angriffe bleiben Ihnen ja nicht, weil Sie keine Argumente haben. Das ist doch alles.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 30**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD: Verhältnismäßigkeit wiederherstellen – Bußgeldkatalog-Verordnung ändern, Drucksache 7/5000.

Antrag der Fraktion der AfD
Verhältnismäßigkeit wiederherstellen –
Bußgeldkatalog-Verordnung ändern
– Drucksache 7/5000 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD – jetzt muss ich erst mal suchen – der Abgeordnete Herr Reuken.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Mecklenburger und Vorpommern! Von einer der großen Zäsuren der deutschen Geschichte kommen wir jetzt mal wieder zu einem Problem des Alltags.

Ich möchte zu Beginn meiner Rede kurz aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung zitieren. Dort steht geschrieben: „Nach ... Einführung des neuen Punktesystems ist eine Evaluierung des Bußgeldkatalogs notwendig.“ Gemeint ist natürlich das neue Punktesystem, das unter Bundesverkehrsminister Ramsauer eingeführt worden ist. Gesagt, getan, und es wurden auch wichtige Dinge erneuert: Höhere Strafen für Rettungsgassenblockierer, auch der Schutz von Radfahrern wurde verbessert und vieles mehr – richtige und wichtige Dinge, die unsere volle Unterstützung haben.

Aber es gibt auch Neuerungen, über die man sich natürlich streiten kann, beispielsweise, dass das Parken in zweiter Reihe höher bestraft wird. Natürlich ist diese Unsitte für viele ein Ärgernis, aber jeder hier im Saal kann einmal überlegen, wann er sich zuletzt etwas von einem Paketdienst hat liefern lassen, und in Bezug auf die Paketdienste kann jeder auch einmal überlegen, ob die Arbeitssituation der Zusteller gerade in Zeiten des Lockdowns vielleicht auch etwas schwieriger geworden ist.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Während also einige Einzelheiten lediglich als nicht gelungen zu bezeichnen sind, ist die Abschaffung des, ich sage es mal, Warnsignals beim erstmaligen Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit ein massiver Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger und geht völlig an der Lebenswirklichkeit vorbei.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Der sofortige Entzug der Fahrerlaubnis beim erstmaligen Verstoß von 21 beziehungsweise 26 km/h steht in keinem Verhältnis und entbehrt jeder sinnvollen Grundlage. Und hier kann man dem Bundesverkehrsministerium auch gar keinen großen Vorwurf machen. Im Entwurf der Verordnung war das so eigentlich gar nicht vorgesehen, aber dann kam der Bundesrat. Dieser besteht, wie allen bekannt ist, nach Ländergröße aus den Regierungen der Bundesländer. Dort gibt es eben eine Schwierigkeit, mit der wir uns in diesem Hohen Haus in dieser Legislatur nicht befassen müssen, nämlich mit den GRÜNEN.

An 11 von 16 Regierungen sind die GRÜNEN beteiligt, und so trägt die Novelle der Straßenverkehrsordnung eine dementsprechende ideologische Handschrift.

Wie eingangs gesagt, ist der Schutz von Radfahrern ein berechtigtes Anliegen. Aber die Novelle atmet schlicht eine den GRÜNEN eigene Autofeindlichkeit. Da wird im Bundesrat von einer sogenannten Vision Zero schwadroniert, also der Vorstellung, die Zahl der Verkehrstoten auf null zu senken. Und ich frage mich, was ist das für ein Wahnwitz, wenn man ein solches Ziel damit erreichen will, dass man massenhaft Führerscheine einzieht. Selbstverständlich ist natürlich jeder Mensch, der im Straßenverkehr umkommt, einer zu viel, aber das ist jeder, der im Krankenhaus durch multiresistente Keime verstirbt, jeder, der durch einen Arbeitsunfall verstirbt oder auch durch Alkohol- oder Tabakkonsum ums Leben kommt, auch. Deswegen schließen wir noch lange keine Krankenhäuser, lassen das Arbeiten unter gefährlichen Bedingungen bleiben oder verbieten Alkohol und Zigaretten, wobei bei Letzterem unter der GRÜNEN-Verbotspartei sicher viele Befürworter zu finden wären.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nicht nur bei den GRÜNEN. – Zuruf von Horst Förster, AfD)

Die Bürger können diese Novelle und die neuen Regelungen für Fahrverbote nur als Drangsalierung und Affront auffassen. Seit der Wende ist die Zahl der Verkehrstoten um zwei Drittel gesunken, und die Maßnahmen, die dafür ergriffen wurden, wie zum Beispiel Entschärfung von Unfallschwerpunkten, Fahrsicherheitstraining, serienmäßige Assistenzsysteme in allen Pkws und so weiter und so fort, sind gut, richtig und vor allem auch wirksam. Der Wegfall des, ich nenne es diesmal vielleicht mal „blauen Auges“ für jemanden, der noch nie auffällig geworden ist, ist schlichte Gängelerei. Ich weiß nicht, ob es daran liegt, dass man in Berlin die meiste Zeit durch die Gegend kutschiert wird und deshalb bisweilen den Blick auf die Realität von Otto Normalverbraucher verliert, dann wäre es reine Achtlosigkeit, oder ob es eine perfide Strategie ist, den Bürgern das Autofahren madigzumachen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich will mal versuchen, es zu veranschaulichen: Auf der Strecke von Anklam nach Greifswald – das sind circa 30 Kilometer – stehen 30 Schilder, die sich allein mit der Temporegulierung befassen, und dabei sind die Ortseingangsschilder noch nicht mal mit eingerechnet. Wie schnell übersieht man da auf gerader Strecke mal ein Tempo-70-Schild, ist die zuvor erlaubten 100 km/h gefahren und zack, dann ist es passiert. Danach darf man dann einen Monat zu Fuß gehen, auch wenn man sich jahrelang nie etwas zuschulden kommen lassen hat. Das ist schlichtweg ungerecht, wie wir finden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wenn dann der Mitarbeiter im Außendienst seinem Chef etwas von der Vision Zero erzählt, ist dieser bestimmt schwer begeistert, oder auch, wenn die alleinerziehende Mutter, die vor der Arbeit ihre Kinder in die Schule oder Kita fährt, dann eine Stunde eher aufstehen darf und versucht, das Ganze mit dem ÖPNV zu erledigen, dann ist es auch mehr als ärgerlich, oder auch das Rentnerhepaar, das die Einkäufe dann einen Monat lang mit dem Rufbus auf dem Dorf erledigen darf, freut sich bestimmt schon auf die neuen Kontakte zum Busfahrer.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Mit dieser Novelle stehen schlicht und ergreifend wirtschaftliche und gesellschaftliche Existenzen auf dem Spiel. Ein einziger plausibler Grund für die Verschärfung fällt mir allerdings nur ein: Wenn die Bahn und der ÖPNV mit der Steigerung ihrer Attraktivität eben immer noch nicht überzeugen, dann treibt man die renitenten Autofahrer eben auf diese Weise in die Busse und Züge. Und wenn das also die Strategie des Bundesrates zur Erhöhung der Fahrgastzahlen im öffentlichen Nahverkehr ist, dann gute Nacht!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, man muss einfach zur Kenntnis nehmen, Mecklenburg-Vorpommern ist ein Autoland und wird es auf absehbare Zeit auch bleiben. Nicht zuletzt sagt die Bevölkerungsprognose der Bundesregierung 2040 für die Flächenlandkreise einen Verlust von bis zu 13 Prozent voraus. Die Menschen werden also voraussichtlich noch mehr als jetzt auf das Auto angewiesen sein. Im Ländervergleich war Deutschland auch schon vor der Novelle sehr streng, was Fahrverbote angeht. Ich will mal zwei Beispiele nennen:

Erstens, Österreich. In Österreich gibt es Fahrverbote innerorts erst ab 40 km/h und außerorts ab 50 km/h Geschwindigkeitsüberschreitung, also sprich dem Doppelten von unseren neuen Regelungen. Und auch die Fahrverbote beginnen dort mit zwei Wochen Fahrverbot, nicht wie bei uns mit vier Wochen. Und dabei liegt die Zahl der Verkehrstoten in der alten Republik nur geringfügig höher pro 100.000 Menschen als bei uns.

Das zweite Beispiel, die Niederlande. Hier werden Fahrverbote generell erst ab 50 km/h über der zulässigen Höchstgeschwindigkeit fällig, und siehe da, in den Niederlanden gibt es sogar weniger Verkehrstote als in der Bundesrepublik.

Natürlich, wenn man von der Vision Zero überzeugt ist, sind diese Argumente alle nichts wert. Gleiches gilt auch, wenn man das Auto und den Individualverkehr grundsätzlich für überholt hält. Aber bevor man die Bürger weiter drangsaliert, sollte man sich noch mal deutlich vor Augen führen, dass viele Menschen auf das Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen oder diese überhaupt erst ausführen zu können und Steuern zahlen zu können. Und darüber hinaus bedeutet das Autofahren für viele Menschen, gerade in unserem Bundesland, auch ein großes Stück Freiheit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und machen wir uns nichts vor: Die Mehrheit von uns hier im Saal ist trotz aller Sonntagsreden mit einem Auto mit Verbrennungsmotor hier angereist. Und wenn unserer durch neue Regelungen einmal vier Wochen den Führerschein abgeben muss, hat er immer noch eine NetzCard erster Klasse der Deutschen Bahn und kann im Bundesland hinfahren, wo er möchte, er muss nur etwas mehr Zeit einplanen, aber eine Existenz steht da nicht auf dem Spiel.

Ich kann hier im Landtag nur noch einmal an die Landesregierung appellieren, ihre Verantwortung wahrzunehmen und sich nicht hinter dem Bundesrat zu verstecken. Setzen Sie sich genau an dieser Stelle dafür ein, dass

die alten Regelungen im Bußgeldkatalog wieder Anwendung finden, und die Bürger werden es Ihnen danken! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank! Ich finde, über ein Thema zu diskutieren, ist klug. Herzlichen Dank für Ihren Antrag, auch wenn ich ihm in der Quintessenz nicht zustimme. Und er ist rhetorisch sehr galant vorgetragen, weil Sie nämlich einen wunderschönen Bogen versucht haben, der lautet: Wer Auto fährt, der muss doch zu schnell fahren.

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD:
Natürlich! Hier und da geht
das gar nicht anders.)

Wer Auto fährt, natürlich, es geht nicht ohne. Spannender Satz, spannender Satz,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

und er verkennt, glaube ich, dass im Übrigen an vielen Stellen der jetzigen Novelle in der StVO wie im Bußgeldkatalog den Versuch zu sagen, vielleicht haben wir uns viel zu lange in Deutschland da ein bisschen viel Laissez-faire erlaubt, so frei nach dem Motto, 20/30 drüber, das muss doch gehen. Und da bin ich mit zwei Herzen. Deswegen, es gibt einen Punkt, wenn Sie den beantragt hätten, wäre ich dicht bei Ihnen, aber Sie wollen gleich die große Rolle rückwärts, und die große Rolle rückwärts halte ich für einen fatalen Fehler. Ich finde aber Ihren Hinweis richtig zu sagen, wenn ich mich ein einziges Mal vertue –

(Stephan J. Reuken, AfD: Genau.)

und davon kann sich keiner freimachen, dieses kurze Augenblickversagen –, wenn ich mich einmal kurz vertue, dann dürfen wir in der Tat darüber nachdenken, ob wir übers Ziel hinausschießen. Aber dann sind wir bei einer anderen Baustelle als bei der Rolle rückwärts.

In der Vergangenheit war es so, dass – ein bisschen salopp, das ist jetzt meine Polemik, die müssen wir jetzt miteinander aushalten – zweimal im Jahr durfte ich übers Ziel schlagen, dann wurde ich mal richtig angepackt. Das war die bisherige Regelung. Beim zweiten Mal in zwölf Monaten – nicht im selben Jahr –, in zwölf Monaten, dann hats mich erwischt. Und ich finde, das war deutlich zu weich, weil das Signal war, na ja, 20, 25, 26 drüber, kann ja jedem mal passieren.

Und dann versuche ich es mal zu übersetzen: Wenn Sie in der 30er-Zone statt 30 51 fahren – das ist die Schwelle, ab der es heute das Fahrverbot sofort geben soll, noch mal, bei dem ersten Mal hadere ich auch –, dann verlängern Sie den Bremsweg mal eben von 25 auf 50 Meter. Und da ich bei meinen Kindern – meine Größere hat gerade intensiv Meter und Zentimeter, die Dinge gelernt – so festgestellt habe, wie schwer es selbst mir fällt, mal eigentlich genau zu sagen, was sind, ...

(Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE)

Sie lachen auch. Wir haben gemeinsam Kinder in einer Schulklasse.

... wie schwer es ist, so zu beschreiben, was sind eigentlich drei Kilometer umgerechnet in Zentimeter und Dezimeter, was sind das für Distanzen. Mein Gefühl, wenn Sie vorne bei der Staatskanzlei über die Kreuzung gehen, dann ist jemand, der 50 Meter Bremsweg braucht, noch hinter der scharfen Kurve, der ist noch hinter dem Gebäude – um ein Gefühl zu geben.

Und deshalb glaube ich, dass ist das klare Signal, dass wir es nicht für ein Kavaliersdelikt halten, und diese Diskussion haben wir oft. Und Ihr Redebeitrag war an ein, zwei Stellen der Gefahr nahe, genau das mit zu befördern, dass wir nicht beim Kavaliersdelikt sind – bei diesen Geschwindigkeiten wohl gemerkt, ich rede nicht über 5 oder 10 Stundenkilometer, sondern ich rede über 21. Wir sind nicht bei Kavaliersdelikten. Das Signal brauchen wir, glaube ich, deutlicher.

Sie haben gesagt, wer an Vision Zero glaubt – ein bisschen übersetzt jetzt meine Zuspitzung –, sei ein Träumer. Ich glaube, dass Sie manchmal Ziele brauchen, von denen wir alle wissen, dass sie schwer zu erreichen sind, weil ich eine Null-Verkehrstoten-Zahl natürlich nur wirklich unter sehr extremen Bedingungen werde herstellen können, aber sich diesem Ziel anzunähern, ist doch nicht falsch, und zu sagen, was muss man tun, um darauf zuzukommen. Und da sind wir uns – so übernehme ich Ihren Hinweis – ja auch einig.

Also noch mal zurück: Wir haben die Situation gehabt, wo ich beim zweiten Mal innerhalb von zwölf Monaten richtig auf die Sahne gehauen und das erste Mal ein Fahrverbot kassiert habe. Und wenn Sie Diskussionen in Leserbriefforen oder anderen Stellen erleben, darüber, dass irgendwo geblitzt wurde, dann hat das oft so ein bisschen die Überschrift, die zocken ja bloß ab. Da gibt es kein Gefühl zu sagen, ich bin derjenige, der zu schnell war, sondern die anderen sind schuld, dass sie mich dabei frecherweise erwischen wollen.

Und nun nehme ich mich – und da finde ich Ihren Appell an die eigene Moral ja richtig –, nehme ich mich ja nicht aus. Mich hat es in den letzten, ich glaube, ich fahre jetzt seit 25 Jahren, 23 Jahren, 21 Jahren Auto, auch zwei- oder dreimal erwischt. An einer Stelle habe ich mich übrigens selber geärgert, an einer Stelle darüber, wie kontrolliert wurde und wie mit dem Verkehrsschild umgegangen wurde, aber am Ende ist es mein Verkehrsverstoß, es ist mein Verkehrsverstoß, und ich finde, den klaren Trennungspunkt müssen wir auch noch aufmachen. Diese Regeln haben wir nicht eingeführt – weil Sie es ebenso angedeutet haben –, um Menschen zu drangsaliieren, sondern wir haben mal Regeln gefasst zu sagen, das Auto, das Motorrad, der Lkw sind per se nicht ganz ungefährliche Mittel.

Als Gesellschaft brauchen wir es: einmal für unseren Wohlstand und weil wir uns miteinander auch diesen „Luxus“ leisten wollen, diese Fortbewegungsmöglichkeit. Und das unterschreibe ich auch zu hundert Prozent. Aber umgekehrt haben wir gesagt, dann gibt es Gefährdungen, die ich damit auslöse, und die versuche ich, mit einer gewissen Standardisierung zu begrenzen, und dafür sind die Tempolimits da. Und wenn wir davon ausgehen, dass man die irgendwie ganz selbstverständlich alle nur als Richtschnur begreifen soll und nicht als Höchstgeschwindigkeit, kommen wir genau in die Gefahr, dass die Vision Zero nie eintritt. Und meine Sorge ist, das trifft im Zweifel die Schwächsten.

Ich habe als Anwalt sowohl die an meiner Seite gehabt, denen es bitter ging, wenn das Fahrverbot kam, ich habe aber auch die an meiner Seite gehabt, die mit dem noch nicht ganz volljährigen Kind kamen und wo ein Langzeitschaden bleibt. Und beide Situationen, wenn du das emotional betrachtest, sind immer misslich, aber wir bringen da schwere Spätfolgen oft mit hinein. Deswegen glaube ich, dass es ein gemeinsames Ansinnen sein muss, jeden Verkehrsunfall, den wir vermeiden können, und vor allen Dingen die Gefährdungslagen, die wir uns schaffen, eben mit Geschwindigkeitsbegrenzungen zu begrenzen.

Deshalb glaube ich auch, dass wir, wenn wir Tempolimits haben, sie ernst nehmen müssen, und eine Ernstnahme muss ein Gesetzgeber auch signalisieren. Wir signalisieren die natürlich über Geldbußen. Da sind wir im Übrigen, wenn wir die Vergleiche mit anderen Ländern anschauen, eher Waisenknaben. Das ist im Übrigen medial mal aufmerksam gemacht worden, weil die Frage war, warum eigentlich deutsche Bußgelder bei ausländischen Fahrerinnen und Fahrern nach EU-Regeln so schwer im Ausland zu vollziehen sind. Weil wir im Regelfall unter Schwellenwerten liegen. Das versteht außerhalb keiner, weil die ganz andere – selbst die polnischen Nachbarn –, ganz andere Werte schon bei deutlich geringeren Verstößen holen. Aber dann sind Sie immer bei denen, die es sich leisten können und die sagen, da back ich mir ein Ei drauf, und die, denen auch diese 50 Euro schon extrem wehtun. Das Fahrverbot ist, offen eingestanden, das, was alle gleichermaßen trifft, dann aber auch schwer und verheerend treffen kann – keine Frage.

Für „schwer und verheerend treffen“ gab und gibt es im Bußgeldkatalog im Übrigen die Ausnahmemöglichkeit durch eine, wie es dann heißt, angemessene Erhöhung der entsprechenden Bußgelder. Das ist aber ein Ausnahmetatbestand, deswegen wird er von den Gerichten zu Recht dahin geführt. Das kann nicht das einzige Argument sein, aber ich glaube schon, dass diese Bußgeldverordnung, wie wir sie jetzt haben, ein Signal sendet, zu sagen, wir nehmen Tempolimits noch ernster als in der Vergangenheit – noch mal –, weil wir damit Leben retten und Gesundheit schützen wollen.

Und jetzt komme ich auf den Punkt, der mich umtreibt. Das ist in der Tat in einer großen Sitzung im Bundesrat irgendwann ad hoc mit hineingekommen und jetzt haben wir zwei Fehlentwicklungen:

Die erste ist, dass die Spreizung zum nächsthöheren Dreimonatsfahrverbot sehr groß geworden ist. Da gibt es die nächsten Stufen, wo man sagt, „boah“, dass die auch – in Anführungszeichen – jetzt nur einen Monat kriegen, ist irgendwie in sich vielleicht bauchmäßig nicht mehr ganz

gerecht. Meine Schlussfolgerung ist aber nicht, dann ziehen wir das andere wieder hoch und lassen auch größere Geschwindigkeitsüberschreitungen wieder entspannt durchlaufen, sondern da musst du von oben auch nach unten anpassen, du musst dann auch die nächsten Stufen ein bisschen runterziehen, erstens.

Und zweitens. Es gibt einen Punkt, der mich bewegt: In der 30er-Zone – noch mal – lautet der Sorgfaltsmaßstab, den wir an Autofahrerinnen und Autofahrern anlegen, du musst das sehen, aber keiner kann sich davon freimachen, auch schon mal gesagt zu haben, upsala, wieso ist 30 gerade aufgehoben, wenn ich den 30-Beginn noch gar nicht gesehen habe. Da kann sich keiner von freimachen. Deswegen glaube ich auch, dass du beim erstmaligen Verstoß eine Minderung brauchst, aber ich glaube, dass die zwölf Monate ein bisschen zu schlank sind. Wer in zwölf Monaten zweimal so über die Stränge schlägt, der hat schon ganz ordentlich zugelegt. Und das kann er nach 12-Monate-Ablauf immer wieder beginnen.

Ich glaube, dass wir ein Frühwarnsystem brauchen, was härter zupackt, aber dass wir beim erstmaligen Verstoß in der Tat noch die Chance brauchen, dass es ein klares Signal gibt, wo man sagt, beim nächsten Mal – und dann ist auch jeder gewarnt, umso aufmerksamer sein zu müssen –, beim nächsten Mal packen wir dann aber härter zu, als wir es in der Vergangenheit getan haben. Das ist das, was ich im Übrigen auf die öffentliche Forderung des Bundesverkehrsministers auch gesagt habe gegenüber den Medien, ich mag die Rolle rückwärts nicht, weil ich viele – da teilen wir ja offenbar die Einschätzung, auch bei Radfahrern, an anderen Stellen – Schärfungen richtig finde, dass wir klare Positionierungen übernehmen.

Zweitens. Ich bin überzeugt davon, dass wir die geringeren Schwellen, ab denen wir fester zupacken, weiterhin einhalten sollten, keine komplette Rolle rückwärts, aber das erste Mal, genau das Versehen, was jedem passieren kann, das muss der Fairness halber auch jedem weiterhin zugestanden werden, weil es eben doch dann ganz fix geht und sehr existenziell sein kann. Von daher bin ich dicht bei Ihnen. Also, das ist das, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr M...

Minister Christian Pegel: ... womit wir in die Bundesratserörterung hineingehen. – Herzlichen Dank! Und jetzt ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Grimm?

Minister Christian Pegel: Nur zu!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Grimm!

Christoph Grimm, AfD: Ja, sehr geehrter Herr Minister! Es gibt ja heute schon Pkw mit sogenanntem Head-up-Displays, die dem Fahrer die jeweils geltende Geschwindigkeitsbegrenzung anzeigen. Nun plant die EU, uns in Zukunft nur noch solche Autos zuzulassen, die nicht nur diese Geschwindigkeitsbegrenzung erkennen, sondern die automatisch dann die Geschwindigkeit regulieren. Das heißt, es geht wie von Geisterhand der Fuß vom Gas, ohne dass man etwas dazu tun muss. Ist Ihnen das

bekannt und wie stehen Sie zu diesen technischen Möglichkeiten?

Minister Christian Pegel: Ich finde solche technischen Möglichkeiten hilfreich. Und im Übrigen, wenn Sie in den Eisenbahnverkehr gucken, würden Sie die Lokführer mit großen Augen anschauen, die kennen das – im Übrigen viel härtere Regeln und an vielen Verstößen, das kennen die seit Jahrzehnten. Um ein Beispiel zu geben: Wenn Sie als Lokführer ein rotes Signal überfahren haben, dann fahren Sie den Zug noch bis zum nächsten Bahnhof und müssen die Prüfung noch mal wiederholen. Dann ist Feierabend. Die kennen das nicht wie bei uns, dass ich ein Verfahren und so weiter führe, die packen ... Sie kennen das viel besser als ich, ich bin da ja nur Laie, Herr Foerster könnte direkter berichten.

Also es gibt Bereiche in Deutschland, wo wir das auch schon strikter handhaben. Ich weise solche technische Hilfe nicht von der Hand, glaube aber zurzeit, dass wir davon noch ein Stück weg sind, und das hilft uns momentan nicht. Und selbst, wenn es die irgendwann gäbe, die Autos werden eine Übergangsphase haben, in der Fahrzeuge überhaupt erst, also alte Fahrzeuge, noch genutzt werden können. Lassen Sie uns über das Ding diskutieren, wenn wir wirklich das Gefühl haben, jetzt hat jeder so ein Auto. Davon bin ich noch ein Stück weg. Ich finde aber solche technischen Varianten nicht dumm.

Das Gleiche gilt ja für Alkohol. Da ist die Frage, ob sozusagen zumindest die, die mal Verstöße hatten, sich ein Stück weit wieder Autofahren ermöglichen lassen können, wenn sie vor Fahrtantritt die Alkoholfreiheit des Atemalkohols preisgeben.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das ist ein Thema, das der Bundesverkehrsminister verfolgt. Von daher sind wir in der Verkehrsministerkonferenz da dicht dabei. Auch da ist jetzt bloß die Frage, wie sicher ist das technisch schon und wie setze ich es um, und wie vermeide ich, dass wir beide nicht fahren und Sie mich quasi frei pusten und ich dann fahre. Also das ist auch nicht ganz ohne.

Und ich kann mich im Übrigen erinnern, dass ja Ihr Fraktionsvorsitzender beim Thema Tempolimit eine Zeit lang ja engagiert unterwegs gewesen ist, beruflich. Der kennt diese Vielfalt von Problemlagen ganz gut.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Nikolaus Kramer, AfD: Deswegen wird er auch noch sprechen.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Seit sechs Wochen gilt der neue Bußgeldkatalog, der im Rahmen der Novelle der Straßenverkehrsordnung verschärft wurde. Ziel war es aber nicht, Autofahrerinnen und Autofahrer zu schikanieren, sondern das Ziel war,

mehr Verkehrssicherheit zu erreichen. Mehr Verkehrssicherheit verfolgt ebenso das Landesverkehrssicherheitskonzept mit der Vision Zero. Die besagt, keine Verkehrsteilnehmerin, kein Verkehrsteilnehmer soll mehr infolge eines Unfalls sein Leben verlieren. Das ist schwer, der Minister hat es gesagt. Leider ist es auch so, dass wir angesichts der Unfallstatistik weit entfernt von dieser Vision Zero sind. 2019 waren es 88 Verkehrstote in Mecklenburg-Vorpommern, zwei mehr als im Jahr vorher.

Die Straßenverkehrsordnungsnovelle ist ein erster Schritt – aus unserer Sicht zumindest – in die richtige Richtung. Sie bringt mehr Sicherheit für Fahrradfahrerinnen, Fahrradfahrer und Fußgänger. Beim Überholen sind Abstände einzuhalten, Lkws müssen beim Rechtsabbiegen Schrittempo fahren, soweit mit Radfahrenden und Zu-Fuß-Gehenden zu rechnen ist. An Kreuzungen wird die Einsicht verbessert, indem im Kreuzungsbereich mit Radwegen beim Parken mehr Abstand einzuhalten ist. Halten und Parken auf Radschutzstreifen ist nicht erlaubt. Auch werden mit Vorzug von Parkmöglichkeiten für Carsharing Anreize für weniger Autos in Innenstädten geschaffen.

Grundlage für die getroffenen Regelungen ist ein Paket, welches einstimmig von der Verkehrsministerkonferenz verabschiedet wurde. Eine Arbeitsgruppe hatte dieses Paket zuvor geschnürt. Die Bundesregierung hat einige Teile aus dem Paket herausgenommen. Der Bundesrat hat in seinem Beschluss zur StVO-Novelle wieder einige Teile ins Paket zurückgelegt. Das hat dem Bundesverkehrsminister nicht gefallen, ich zitiere von der Seite des Bundesverkehrsministeriums: „Die Bundesländer haben allerdings im Bundesrat zahlreiche Verschärfungen und Fahrverbote in die StVO eingebracht. Diese sind vereinzelt unverhältnismäßig. Zahlreiche Bürger, die auf ihr Auto angewiesen sind, haben uns geschrieben. Sie haben Angst, ihren Führerschein und damit ihren Job zu verlieren. Das BMVI arbeitet derzeit an einer Änderung und ist bereits auf die Bundesländer zugegangen, um deren für die Umsetzung notwendige Zustimmung zu erhalten.“

Dies und die entsprechenden Äußerungen von Bundesverkehrsminister Scheuer haben offenbar die AfD-Fraktion veranlasst, die Meinung der Landesregierung per Landtagsbeschluss beeinflussen zu wollen. Ich sage es für uns noch mal deutlich: Dieser Zickzackkurs beziehungsweise die Rolle rückwärts ist nicht geeignet, mehr Verkehrssicherheit zu erreichen. Häufigste Unfallursache ist laut Landesverkehrsunfallstatistik erneut unangepasste Geschwindigkeit.

Selbst wenn die Novelle ein Plus für Verkehrssicherheit bietet, bleibt für uns noch viel zu tun. Nach wie vor zeigt die Straßenverkehrsordnung die Perspektive der Autofahrenden. Der Prozess des Umdenkens, die Nutzung des Verkehrsraums aus Sicht aller Verkehrsteilnehmenden auf Augenhöhe abzubilden, hat gerade erst begonnen. Von Gleichberechtigung des Rad- und Fußgängerverkehrs gegenüber dem Autoverkehr kann noch lange keine Rede sein. Ein Zurückrudern zugunsten des Autoverkehrs wäre aus unserer Sicht rückwärtsgewandt und nicht zeitgemäß. Andere Länder sind da viel, viel weiter. Die Bußgeldhöhe trifft empfindlich. Dort gelten selbstverständlich Höchstgeschwindigkeiten auch auf Autobahnen. Teilweise gilt durchgängig Tempo 30 innerorts. Beispielsweise in Skandinavien: In Oslo und Helsinki wurde

mit Tempo 30 erreicht, dass keine Unfalltoten mehr zu beklagen sind.

Meine Fraktion lehnt den Antrag ab und erwartet, dass die Landesregierung nicht einknickt. Verhandlungsbasis darf allenfalls, wie von Minister Pegel auch hier noch mal erläutert, sein, die Fahrerlaubnis nicht gleich beim ersten, sondern erst beim zweiten Verstoß für einen Monat abgeben zu müssen. Sozial ungerecht wäre es, das Bußgeld zu erhöhen und dafür den Fahrerlaubnisentzug zu streichen. Das würde nur denen helfen, die sich das auch leisten können. Ein Freikauf darf keine Option sein. Wer seine Fahrerlaubnis braucht, der muss sich zuallererst an die Regeln halten. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Dagmar Kaselitz, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete!

Ich will es vorwegnehmen, Herr Reuken, wir werden natürlich auch dem Antrag, den Sie eingereicht haben, in der Form nicht zustimmen und ihn ablehnen,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

weil er die Rolle rückwärts ganz klar verlangt und gegenüber der Landesregierung die Forderung aufmacht, dahin gehend im Bundesrat so zu agieren.

Verkehrssicherheit: Wir reden über die Verkehrssicherheit, und ich kann da ein Stück weit auch aus meiner beruflichen Erfahrung als ehemaliger Chef einer Verkehrsbehörde auch sprechen, und da geht es eben auch um Geschwindigkeiten und Verstöße dagegen, um menschliches Leid, was damit verbunden ist. Nach wie vor, wenn wir in die Statistiken schauen, ist Überschreitung von Geschwindigkeiten neben dem Fahren unter Alkohol und Drogen die Hauptunfallursache. Und auf die Folgen von tödlich Verunfallten im Straßenverkehr – wie das in die Familien hineinstrahlt, wie die Betroffenheit ist – will ich hier gar nicht eingehen, aber, wie gesagt, aus der Tätigkeit als Chef einer Verkehrsbehörde weiß ich auch, dass Geschwindigkeitsmessungen ja nicht willkürlich stattfinden,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

sondern immer an Gefahrenstellen, nachdem Unfallkommissionen sich damit auseinandergesetzt haben, wo gemessen werden soll.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Es mag ja Ausnahmen geben – ich sehe das oder höre das an dem Raunen insgesamt.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Aber wollen wir doch einfach nur bei dem Grundsatz bleiben: Ein Geschwindigkeitsverstoß ist ein Überschreiten des Tempolimits, und dafür gibt es auch keine Recht-

fertigung zu sagen, Arbeitsanfall oder Hektik, Termindruck. Ich habe es selbst erlebt, und wir sind ja alle, die wir mit dem Auto unterwegs sind, ja auch ein Stück weit betroffen und sagen immer, meine Güte, ist das so. Nein, es liegt an dem eigenen Verhalten der Verkehrsteilnehmer, und es geht grundsätzlich dann um einen Regelverstoß. Und der Regelverstoß ist nach dem Bußgeldkatalog, um Verkehrssicherheit zu gewährleisten, zu ahnden.

Natürlich kann man die Frage stellen, in welchem Maße Regelverstöße und Geschwindigkeitsüberschreitungen, wenn das Tempolimit nicht eingehalten wird, dann auch wirken. Und da ist sicherlich der Ansatzpunkt zu sagen, also bei einem einmaligen Verstoß halte ich das aus meiner Sicht für relativ unangemessen und vielleicht auch unverhältnismäßig, gerade auch in einem Flächenland, wie wir es in Mecklenburg-Vorpommern sind, dann unmittelbar mit einem monatlichen Fahrerlaubnisentzug zu ahnden, aber das ist natürlich auch eine Momentaufnahme und eine Sicht aus dem Blick auf Mecklenburg-Vorpommern. Wenn also dahin gehende Vorschriften geändert werden, gelten die ja bundesweit, und da haben wir natürlich auch andere Verhältnisse.

Insofern ist es so einfach nicht, wie es hier dargestellt worden ist. Und – Herr Reuken, Sie haben das ja gemacht –

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

na ja gut, mal ein Stück zu schnell gefahren, ist eine Bagatelle, das ist halt so, ich nehme mich da nicht aus, wir erwischen uns ja alle dabei,

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

die wir im Straßenverkehr unterwegs sind, aber das ändert nichts daran, dass es ein Regelverstoß ist, und den gilt es zu ahnden, und darum geht es hier insgesamt. Und ich habe das also auch schon dargelegt, dass wir aus dem Grund, dass Sie ja von der Landesregierung fordern, den Bußgeldkatalog in der alten Form wieder in Kraft zu setzen ... Da reden wir über Geschwindigkeitsdifferenzen von etwa 10 km/h. Ich habe dazu nicht die Rechnung gemacht, welche Distanzen damit verbunden sind.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Letzten Endes geht es nicht nur um die Verkehrssicherheit von Pkw-Nutzern, also Kraftfahrzeugen und Fahrern, sondern auch um Fußgänger, Fahrradfahrer und insgesamt alle, die am Straßenverkehr teilnehmen. Und insofern halte ich die Initiative, die auch vom Bundesverkehrsminister eingeleitet worden ist, diesen Umstand noch mal zu überprüfen, inwieweit man bei einem einmaligen Verstoß dann von der Höhe des Strafmaßes in Bezug auf diesen Entzug der Fahrerlaubnis Abstand nehmen kann ... Aber ich vertrete dann auch schon die Auffassung, dann muss es so wie in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel in Skandinavien und Norwegen, wo dann auch erhebliche und schmerzliche Bußgelder verordnet werden, dann an dem Punkt angemessen sein, um natürlich auch dem Kraftfahrer zu sagen, die Teilnahme am Straßenverkehr ist eben kein Spielzeug und es ist nicht eine Lappalie, sondern verlangt von jedem Eigenverantwortung, um den Schutz aller Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Und deshalb, wie ge-

sagt, werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Eiffler!

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich mit Blick in den Plenarsaal diejenigen Abgeordneten, die sich im Haus befinden und sich an der demnächst anstehenden Abstimmung beteiligen wollen, darauf hinweisen, dass ich jetzt den vorletzten Redner aufrufe. Es ist für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Wir werden den vorliegenden Antrag ablehnen. Ich will das auch ganz kurz begründen.

Was wir als SPD-Fraktion nicht für richtig halten, ist, dass man tatsächlich zu dem bisherigen oder bisher geltenden Bußgeldkatalog zurückführt. Ich will das mal an einem für mich persönlich dann auch treffenden Beispiel deutlich machen. Ich fahre relativ viel Auto, das ist berufsbedingt.

(Dirk Lerche, AfD: Was ist viel?)

Na ja, das bewegt sich so zwischen 800 und 1.000 Kilometern in der Woche. Das kann schon mal gut vorkommen. Ich glaube, da kann man schon von „viel“ reden.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich von zu Hause wegfare – es ist im Grunde völlig egal, in welche Richtung ich fahre –, ich komme immer an einer Grundschule vorbei. Und in diesen Grundschulen ist vorher dann angezeigt „Tempo 30“. Das halte ich auch für richtig. Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man dann etwas schneller fährt, wo sich, glaube ich, keiner von uns ausnehmen kann, und vielleicht einfach nur mit 50 Stundenkilometern da langfährt,

(Egbert Liskow, CDU: Nein.)

dann ist es tatsächlich schon eine deutlich höhere Gefährdung der Kinder, die dort zur Schule gehen morgens. Das muss man einfach berücksichtigen als Autofahrer und das Verantwortungsbewusstsein, das von jedem Autofahrer verlangt wird, auch an dem Beispiel, das sollte man dann auch tragen.

Keiner von uns – ich bleibe bei mir selber –, ich sage einfach mal, keiner von uns wird sich davon ausnehmen können, dass er nicht an der einen oder anderen Stelle schon mal zu schnell gefahren ist. Ich persönlich nehme das für mich zumindest nicht aus. Ich weiß, dass mir das schon passiert ist.

(Tilo Gundlack, SPD: Echt?!)

Ich kann allerdings auch sagen, dass ich so lange, wie ich einen Führerschein habe, noch kein Fahrverbot bekommen habe. Also so schnell bin ich dann offensichtlich noch nicht gefahren.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, worum es hier geht, ist im Endeffekt eine interessengerechte Ab-

wägung. Wir haben auf der einen Seite insbesondere den Schutz der Fußgänger, der muss gewährt werden. Und wenn man sich das überlegt, wenn man in einer 30er-Zone 50 fährt, dann fährt man mehr als 50 Prozent schneller als das, was erlaubt ist, deutlich mehr als 50 Prozent schneller, als das erlaubt ist. Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auf der anderen Seite muss man natürlich sehen, dass es auch Berufsgruppen gibt – und ich denke in erster Linie auch an Berufskraftfahrer –, die sind zwingend auf ihren Führerschein angewiesen. Und vor dem Hintergrund sollte man tatsächlich eine konstruktive Lösung finden, so, wie sie Herr Minister Pegel eben angedeutet hat,

(Unruhe bei Nikolaus Kramer, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

die dann sagt, wenn ich tatsächlich bei den ...

Nein, Herr Weber! Der Unterschied ist, wir wollen nicht zu den alten Geschwindigkeitsbegrenzungen und den damit verbundenen Bußgeldern zurück. Das ist aber, da steht: „... und die Regelfahrverbote der vorherigen“ Verordnung „wieder in Kraft gesetzt werden“.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Gut.

Worum es uns geht, ist im Endeffekt die Frage, dass man sagt, wir bleiben bei den Geschwindigkeitsbegrenzungen, die jetzt maßgeblich sind für den Eintritt von eventuellen Fahrverboten.

Und es gibt noch einen zweiten Unterschied. Es ist bisher so gewesen – das wissen Sie dann auch –, dass bei der Überschreitung von 26, nein 21 bis 25 Kilometern innerorts die Möglichkeit der Verhängung eines Fahrverbotes bestand, die im Regelfall aber nur dann erfolgte, wenn das, im Juristendeutsch, eine beharrliche Verletzung darstellte, nämlich wiederholt der Fall war.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und dazu wollen wir auch nicht, sondern wir wollen schon ein Regelverhältnis, dass gesagt wird, wenn jemand das in einem Zeitraum auf jeden Fall zweimal getan hat, dass dann das Fahrverbot ansteht. Also ein Ermessen soll dort nicht mehr bestehen.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, insofern sind wir gar nicht so weit auseinander. Und ich hoffe dann, dass im Bundesrat für eine eventuelle Änderung in diese Richtung dann auch eine entsprechende Mehrheit gefunden wird, im Bundestag natürlich dann auch, und ich glaube, das ist dann auch eine interessengerechte Lösung für alle Beteiligten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Minister Pegel, zunächst einmal möchte ich mich bei Herrn Minister Pegel, aber auch bei Herrn Eifler und bei Herrn Schulte bedanken für diese wirklich konstruktiv geführte und unaufgeregte Debatte.

Zu Frau Dr. Schwenke bleibt mir nur zu sagen, also entweder haben Sie den Antrag nicht gelesen oder verstanden

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

und auch den Ausführungen von Herrn Reuken nicht zugehört, denn mit keinem Wort hat er erwähnt, dass wir komplett die Rolle zurück wollen, dass wir den kompletten Bußgeldkatalog wieder auf den Stand X vor der Novellierung zurückbringen wollen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:

Selbstverständlich hat er das gesagt. –

Dr. Ralph Weber, AfD: Nein, das hat er nicht gesagt. Das steht auch im Antrag nicht drin. –

Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und zu Herrn Eifler kann ich, muss ich leider auch ergänzen, wenn man in der Sache nichts zu sagen hat, wirft man halt mit Nebelkerzen um sich. Was Sie aber gesagt haben, Herr Eifler, das hat mich wirklich berührt, weil Sie gesagt haben – Moment, irgendwo habe ich es mir notiert – „Eigenverantwortung“. Mit Ausrufezeichen habe ich mir notiert, weil das ist genau der Punkt: Jeder Fahrzeugführer, egal, ob nun Kraftfahrzeuge oder Fahrzeuge jeglicher Couleur, hat eine Eigenverantwortung, und da helfen uns auch keine Head-up-Displays oder sonstige Hilfssysteme, die alle schön und gut sind, aber trotzdem ist jeder Verkehrsteilnehmer in der Eigenverantwortung. Und diese Eigenverantwortung, die können wir niemandem nehmen, die dürfen wir niemandem nehmen, durch keinen Bußgeldkatalog, durch keine Strafanordnungen und Sonstiges.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Fakt ist und richtig ist, Geschwindigkeit ist die Hauptunfallursache Nummer eins. Und in unserem Antrag, da gehts ja gar nicht darum, dass wir jetzt die Geschwindigkeitsübertretung als solche wieder liberalisieren wollen, es soll ja, also der Verstoß bleibt nach wie vor ein Verstoß. Uns gehts ja wirklich nur um das Fahrverbot als solches. Und das ist ja auch in der Debatte sehr deutlich geworden. Und deswegen folge ich Ihrer Einladung sehr gerne, Herr Pegel, dass wir da auch noch mal ergebnisoffen drüber diskutieren, nicht hier im Plenarsaal, sondern ich beantrage dann am Ende der Debatte die Überweisung in Ihren Ausschuss als federführenden Ausschuss und mitberatend in den Innenausschuss.

Wie Sie richtig festgestellt haben, ich habe damit beruflich 16 Jahre lang zu tun gehabt, ich habe genug – also ich weiß, wovon ich spreche –, ich habe genug Tote vom Baum gekratzt, ich habe genug Tote aus Autos rausgeholt, ich weiß, wovon ich spreche. Und gerade Ihre Argumente und auch die von Herrn Schulte, die haben uns dazu gebracht, dass wir das Ganze noch mal überdenken, denn wir haben in der Tat diese Unterscheidung zwischen innerorts und außerorts bei der Geschwindigkeitsübertretung, die haben wir so nicht gesehen. Und da stimme ich Ihnen völlig zu.

(Präsidentin Birgit Hesse übernimmt den Vorsitz.)

Also gerade hier Grundschulen, wenn ich da mit 20 km/h schneller als 30 fahre, mit 50, das ist schon, das sind mehr als 50 Prozent der zugelassenen Geschwindigkeit. Und dann sollte man vielleicht dann drüber nachdenken, also entweder, wenn der Antrag erwartungsgemäß nicht in den Ausschuss überwiesen wird, vielleicht nehmen Sie es mit in die Innenminister..., Quatsch, in die Verkehrsministerkonferenz, dass Sie da mal drüber nachdenken, dann diese Unterscheidung vorzunehmen zwischen Geschwindigkeitsübertretungen innerorts und Geschwindigkeitsübertretungen außerorts, weil die Probleme, die Herr Reuken angesprochen hat, die bleiben ja trotzdem.

Wir sind ein Flächenland, viele sind von Ihrem Fahrzeug, von Ihrem Kraftfahrzeug abhängig für die eigene berufliche Existenz und somit auch für die Existenz der Familie. Und uns geht es ja, wie gesagt, in erster Linie um die Raser und nicht um normale Kraftfahrzeugführer, die durch ein Augenblicksversagen, durch eine Träumerei, durch Abgelenktheit ... Und die Raser, die kriegen wir ja trotzdem. Und natürlich geht der Weg übers Portemonnaie. Und Sie haben recht, wenn Sie sagen, da kommt dann jemand, sagt, ich habe ja so viel Kohle, ich kann mich da freikaufen. Das ist das Problem der Bußgeldtatbestände. Da könnte man auch mal drüber nachdenken, dass, so, wie es auch im Strafrecht ist, dass die Höhe der zu erwartenden Geldstrafe vom Verdienst abhängig gemacht wird. Und das könnte man ja im Bereich der Ordnungswidrigkeiten auch überlegen, dass man sagt, wir führen eine Mindestgrenze ein als Bußgeld und machen es dann aber gehaltsabhängig. Und da kriegen wir dann wirklich jeden. Und es gibt Länder, in denen das ganz erfolgreich durchgeführt wird.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU:

Am besten, man legt noch seine Gehaltsbescheinigung vor, oder was?!)

Ja, natürlich, musst du dann vorlegen. Ist doch kein, sollte ja nicht das Problem sein.

Also, wie gesagt, diese Unterscheidung innerorts und außerorts, gerade an Schulen, die ist absolut überzeugend gewesen.

Ich habe dann den Ausführungen meiner Vorredner nichts mehr hinzuzufügen. Und wie angekündigt stelle ich den Antrag, diesen Antrag dann federführend in den Ausschuss für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung und mitberatend in den Innenausschuss zu überweisen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5000 zur federführenden Beratung an den Energieausschuss sowie zur Mitberatung an den Innen- und Europaausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD sowie den fraktionslosen Abgeordneten und im Übrigen Gegenstimmen abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5000. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5000 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD sowie den fraktionslosen Abgeordneten und im Übrigen Gegenstimmen abgelehnt.

Ich rufe vereinbarungsgemäß den **Zusatztagsordnungspunkt 2** auf: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Entlassung der Verfassungsrichterin Borchardt, Drucksache 7/5081.

**Antrag der Fraktion der AfD
Entlassung der Verfassungsrichterin Borchardt
– Drucksache 7/5081 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Professor Ralph Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Mit unserem Antrag bitten wir den Landtag um Zustimmung zur Entlassung der Verfassungsrichterin Frau Borchardt, die wir in der letzten Landtagssitzung – wir nicht, aber die Mehrheit des Landtages – mit Zweidrittelmehrheit ins Verfassungsgericht gewählt haben. Das hat deutschlandweit Schlagzeilen mit sich gebracht und es sind in dieser Zeit auch neue Tatsachen bekannt geworden, die Sorge tragen lassen, dass das Ansehen eines unserer Verfassungsorgane, des Landesverfassungsgerichts, bei Fortbestand dieser Personalentscheidung erheblich leidet.

Der Antrag ist auch notwendig, denn das Landesverfassungsgericht selbst kann sich nicht im Wege der Selbstbefassung dazu entschließen, Frau Borchardt nicht weiter tätig werden zu lassen. Das kann das Landesverfassungsgericht nur bei dienstlichen Verfehlungen, die jedenfalls bislang noch nicht vorliegen. Das Landesverfassungsgericht würde aber durch einen entsprechenden Antrag hier im Hause dazu veranlasst sein, sich selbst ein Bild zu machen, ob diese Verfassungsrichterin im Landesverfassungsgericht bleiben kann. Das ist kein Selbstläufer, es müssten fünf von sieben Verfassungsrichtern immer noch davon überzeugt sein, dass die Entlassung notwendig ist. Aber notwendige verfahrensmäßige Vorbedingung dazu ist eben ein entsprechender Antrag hier im Hause.

Wir wissen, dass die notwendige Zweidrittelmehrheit bei der Wahl von Richtern und Richterinnen zum Landesverfassungsgericht zu Kompromissen führt, dass man, um die eigenen Kandidaten – in dem Fall, sagen wir jetzt mal, die schwarz-roten Kandidaten – mit Sicherheit ins Verfassungsgericht zu bringen, eben auch andere Kandidaten mitwählen möchte/muss, wenn man die Zweidrittelmehrheit erreichen möchte. Ich halte das persönlich für ein der Institution des Verfassungsgerichts unwürdiges politisches Postengeschachere. Man sollte sich davon freimachen und eben Personen aufstellen, die durch ihre eigene Richterpersönlichkeit überzeugen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Was spricht jetzt gegen Frau Borchardt im Verfassungsgericht? Das ist einmal ihre Einordnung und ihre Eigenschaft als Gründungsmitglied der sogenannten Antikapitalistischen Linken, die immerhin Beobachtungsobjekt

des Bundesverfassungsschutzes im Bereich Linksextremismus ist. Sie wird da weiterhin geführt, diese Antikapitalistische Linke. Ich habe mir mal erlaubt, mich mal ein bisschen kundig zu machen. Wenn man auf die Seite der AKL im Internet geht, dann heißt das, dass man den Kapitalismus mit seinem systemimmanenten Wachstumsmantra und seinem profitorientierten Wirtschaften ablehnt. Das ist mindestens grenzlagig, wenn man die Marktwirtschaft, die soziale Marktwirtschaft, als Grundanker unserer Wirtschaftsverfassung ansieht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das steht aber so nicht im Grundgesetz, Herr Professor.)

Wenn Frau Borchardt dann ausführt in einem Interview, man wolle ja niemandem sein Haus nehmen und auch gegen kleine und mittlere Unternehmen in Privathand spricht nicht unbedingt etwas, und dann kommt, aber Produktionsmittel bei Großunternehmen in Privateigentum Punkt, Punkt, Punkt sind bedenklich, dann kann ich dazu nur den bekannten Satz wiederholen, alles, was vor dem Aber steht, kann man vergessen, das Entscheidende kommt nach dem Aber – also durchaus eine Kampfansage an Produktionsmittel größerer Art in Privathand.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Steht das im Grundgesetz?)

Meine Damen und Herren, meine Damen und Herren, wenn man jemanden, der so wenig mit der Wirtschaftsverfassung unseres Grundgesetzes konform geht,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wo steht das im Grundgesetz?)

als Richterin ins Landesverfassungsgericht wählt, dann macht man den Bock zum Gärtner

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

oder – um bei der Thematik zu bleiben, die uns immer wieder interessiert – den Wolf zum Hüter der Schafherde. Wir sollten so etwas nicht tun!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Übrigens – nur noch ein kleiner Satz – Kapitalismuskritik im Großen und Bereicherung im Kleinen: Frau Borchardt hat Doppeleinnahmen bezogen. Sie war im Kreistag Ludwigslust-Parchim, hat als Kreistagsmitglied ihre ihr dann zustehenden Tantiemen bezogen, und sie hat als beruflich eingestellte Geschäftsführerin in dieser Kreistagsfraktion und damit einhergehend mit ihrer Pflicht, an Kreistagssitzungen teilzunehmen, trotzdem ihr Gehalt bezogen. Das ist eine verbotene Doppelbezahlung – da wird sie bestimmt auch noch einen entsprechenden Bescheid bekommen –, die sie zurückzahlen muss. Die Glaubwürdigkeit der Kapitalismuskritik fängt im Kleinen an, und wer bereit ist, sich auch zulasten der Steuerzahler die eigene Tasche zu füllen, rechtswidrig zu füllen, dessen Kapitalismuskritik ist und bleibt fragwürdig.

Über die Mauertoten hatten wir im vorherigen, vorvorherigen Tagesordnungspunkt schon ausführlich gesprochen. Ich kann es da kurz machen: Selbstverständlich war die Mauer kein antifaschistischer Schutzwall, da ist genug dazu ausgeführt worden. Ich habe mit Freude den Ausführungen der Kollegen Krüger und Renz gelauscht und bin jetzt gespannt, ob sie aus ihren Ausführungen im

Allgemeinen zu den Mauertoten auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen und unserem Antrag zustimmen, jemandem den Weg zu bereiten, jemanden aus dem Landesverfassungsgericht wieder zu entfernen, der die Opfer, die an der Mauer zu verzeichnen waren, verhöhnt, die bestialischen, zum Teil bestialischen Ermordungen, Verblutungen – das ist alles schon angesprochen worden – nicht kritisiert, kein Wort des Bedauerns, kein Ausdruck an die Hinterbliebenen, dass man das als verfehlt ansieht. Das wäre das Mindeste gewesen, was man in dem Punkt erwarten könnte. So jemanden weiter im Verfassungsgericht agieren zu lassen, wäre ein Skandal.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren von der CDU,

(Torsten Renz, CDU: Anwesend!)

Ihre Parteikollegen, die Bundesvorsitzende Kramp-Karrenbauer, der Kandidat für den Bundesvorsitz Herr Röttgen, ...

(Torsten Renz, CDU: Wer bitte?)

Röttgen.

... aber auch der Vorsitzende der Kommission für Aufarbeitung des SED-Unrechts und der Ostbeauftragte der Bundesregierung, alle die haben die Wahl von Frau Borchardt kritisiert und als „fehlerhaft“, „skandalös“ oder „mit Entsetzen zur Kenntnis genommen“ bezeichnet. Das sollte gerade Ihnen Mahnung sein. Erst wählen und dann distanzieren ist eigentlich der falsche Weg. Vorher ein Bild machen und dann gleich nicht wählen wäre richtiger gewesen, aber Sie haben die einmalige Chance, Ihre Fehler,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ihre Fehler jetzt wiedergutzumachen. Und wir laden Sie ganz herzlich ein, stimmen Sie für unseren Antrag und zeigen Sie, dass das, was Sie eben zu den Mauertoten gesagt haben, ernst gemeint war und dass Sie ernst nehmen, dass Sie eine Fehlentscheidung bereit sind zu korrigieren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Am Rande möchte ich noch sagen, die Aussagen von Frau Borchardt zur Antifa sprechen für sich selbst – weit entfernt von jeder Absage an Gewalt, die gewaltbereite Linke,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Zuordnung zu einem Spektrum, das Gewalt in der Politik eben nicht deutlich ablehnt – ein weiterer Grund, Frau Borchardt wieder aus diesem Amt zu entfernen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Größe, menschliche Größe hätte Frau Borchardt auch gegenüber der Partei, die sie nominiert hat, gezeigt, wenn sie selbst von sich aus gesagt hätte, aufgrund dieser vielen Anwürfe tritt sie ihr Amt nicht an.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und es wäre auch ein Zeichen von Demut für die Opfer, die an der deutsch-deutschen Grenze zu verzeichnen

waren, gewesen, wenn sie so reagiert hätte. Das alles ist nicht erfolgt, deswegen unser Antrag. Und ich möchte jetzt schon sagen, dass wir namentliche Abstimmung beantragen. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Es ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Herr Ritter.

(Torsten Renz, CDU: Frau Präsidentin, redet nicht erst die SPD?)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Professor Weber, wenn Sie ehrlich zu sich selbst sind, werden Sie zugeben, dass es in Ihrem Antrag längst nicht mehr um Barbara Borchardt geht. Ihnen geht es darum, der CDU so einen richtig mitzugeben. Ihr ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nein, es ist die Chance, sich zu korrigieren.)

Nein, ach, ich weiß ja, dass Sie Schwierigkeiten haben, untereinander und auch mit Ihrem Landesvorsitzenden zu kommunizieren, aber Herr Holm wird heute im „Nordkurier“ folgendermaßen zitiert: Heute, so Holm, „werde sich zeigen, ob sich die CDU künftig von Rot-Rot am Nasenring durch die Manege ziehen lasse“. Zitatende. Das ist, das ist eigentlich der Hintergrund Ihres Antrages, und da sage ich Ihnen schon jetzt, dass wir nicht bereit sind, ein solches Spiel mitzuspielen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und ich sage auch, lieber Kollege Renz, Respekt für Ihre nachdenkliche Rede!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um sozusagen den Nachweis zu bringen, wie es um die Ernsthaftigkeit der AfD steht bei diesem Antrag, schauen wir uns einfach mal die einzelnen Begründungspunkte an. Da heißt es im ersten Punkt: „In der Landtagssitzung am 15.05. ist Frau Borchardt zur Richterin am Landesverfassungsgericht gewählt worden. Schon vor dieser Wahl war bekannt, dass Frau Borchardt ...“ et cetera, et cetera. Also am 15.05. ist sie gewählt worden. Sie schreiben, dass schon vor dieser Wahl das bekannt war, dass sie ungeeignet ist, aus Ihrer Sicht, aber Sie schaffen es nicht, aber Sie schaffen es nicht, zum regulären Antragschluss am 27.05. einen ordnungsgemäßen Antrag dem Hohen Haus zu präsentieren, sondern kommen hier mit einem Dringlichkeitsantrag um die Ecke. Es kann ja sein, dass Sie noch Abstimmungsbedarf hatten untereinander, wie gehen wir jetzt mit dieser Frage um, wie schaffen wir es am besten, einen Keil zwischen die Koalitionsfraktionen zu treiben, aber ehrlich, aber ehrlich ist das nicht. Wenn Ihnen vorher alles klar war, hätten Sie dafür sorgen müssen, dass es einen ordnungsgemäßen Antrag zur Landtagssitzung gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie schreiben weiter, Sie schreiben weiter zur Begründung: „So ist Frau Borchardt Mitglied in der ‚Antikapitalistischen Linken‘, die einen ‚grundsätzlichen Systemwechsel‘ und einen ‚Bruch mit den kapitalistischen Eigentumsstrukturen‘ fordert.“ Ich sehe auch in dieser Formulierung unter anderem keinen Widerspruch zum Grundgesetz. Ich würde mal empfehlen, Artikel 14 oder 15 des Grundgesetzes zurate zu ziehen und das zu vergleichen. Da werden Sie vielleicht von selbst merken, dass das allein noch kein Grund ist, Verfassungsfeindin zu sein.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Wenn Ihnen das, wenn Ihnen das nicht hilft, schauen Sie mich an, schauen Sie mich an! Ich bin Mitglied im Forum Demokratischer Sozialismus, eine andere Strömung unserer Partei. Auch diese Strömung innerhalb meiner Partei spricht sich für einen grundsätzlichen Systemwechsel aus, weil wir meinen, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem längst an seine Grenzen gestoßen ist und dass es Zeit ist, einen neuen Weg zu beschreiten. Wenn Sie mich deshalb als Verfassungsfeind bezeichnen, okay, damit muss ich leben.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich weiß ohnehin, ich weiß ohnehin, dass Sie aus anderen Gründen mich als Extremisten anschauen, weil ich Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in diesem Land bin.

Ich bin, um aber zurück zum fds zu kommen, auch froh, dass es zum Beispiel bei der Sozialdemokratie eine ähnliche Strömung gibt, die Demokratische Linke 21. Ich kenne da sehr viele engagierte, vor allen Dingen junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ähnlich wie die Mitglieder im Forum Demokratischer Sozialismus darüber nachdenken, wie man diese Gesellschaft verändern und verbessern kann, bis hin zu Fragen des Eigentums. Wir haben ja hier auf Ihren Antrag hin, Herr Professor Weber, über die Äußerungen von Kevin Kühnert lang und breit diskutiert. Wenn das alles Verfassungsfeinde sind, nun gut, dann sei es so.

Sie haben oder Sie formulieren in Ihrer Begründung weiter: „Bereits 2011 rechtfertigte Frau Borchardt den Bau der Mauer als ‚alternativlos‘.“ Hier will ich Ihnen klar sagen, dass diese Auffassung weder meine Auffassung ist noch die Auffassung meiner Fraktion.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wir haben ja auch nicht Sie oder Ihre Fraktion abwählen wollen.)

Also Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie wollen! Sie wollen von uns eine Positionierung zu Frau Borchardt, die habe ich Ihnen jetzt gegeben. An dieser Stelle ist die Auffassung von Frau Borchardt, dass der Bau der Mauer alternativlos gewesen sei, nicht meine Auffassung und nicht die Auffassung meiner Fraktion.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

„Kein Ideal und kein höherer Zweck kann das mit der Mauer verbundene Unrecht, die systematische Einschränkung der Freizügigkeit und die Gefahr für Freiheit

sowie an Leib und Leben, beim Versuch das Land dennoch verlassen zu wollen, politisch rechtfertigen.“ Das war ein Zitat aus der Erklärung der Historischen Kommission meiner Partei zum 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer. Und DIE LINKE ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Was hat das mit Frau Borchardt zu tun?)

Was hat das mit Frau Borchardt zu tun?! Weil sie Mitglied meiner Partei ist, weil Sie permanent fordern, dass wir Stellung zu Frau Borchardt beziehen sollen. Jetzt mache ich es, jetzt mache ich es und dann passt es Ihnen wieder nicht!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das hat nichts mit Frau Borchardt zu tun, nein? Ach!

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment, bitte!

Peter Ritter, DIE LINKE: Es ist, Sie begreifen es, Sie begreifen ...

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Ritter!

Herr de Jesus Fernandes, ob der Redner zur Sache spricht oder nicht, entscheide ich, und ich bitte davon abzusehen, jetzt weiter zu kommentieren, ob Herr Ritter zur Sache spricht oder nicht.

Herr Ritter, bitte fahren Sie fort!

Peter Ritter, DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Ich versuche es noch mal für den einen Kollegen. Sie stellen fest in Ihrer Begründung: „Bereits 2011 rechtfertigte Frau Borchardt den Bau der Mauer als ‚alternativlos‘.“ Ich sage hier noch mal, speziell an Sie gerichtet: Das ist nicht meine Auffassung, das ist nicht die Auffassung meiner Fraktion und das hat die Historische Kommission meiner Partei bereits im Jahr 2011 zum 50. Jahrestag des Mauerbaus erklärt. Und es heißt auch dort: „DIE LINKE sieht anlässlich des 50. Jahrestages ... keinen Grund von der unmissverständlichen Klarstellung des Parteivorstandes der PDS aus dem Jahre 2001 abzuziehen ...“

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Dann distanzieren Sie sich jetzt
also von Frau Borchardt?)

Also wie oft soll ich das noch sagen? Also Sie begreifen es nicht, ja?! Sie begreifen es nicht.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Sie begreifen es wirklich nicht, und damit wird deutlich, mit seinen Zwischenrufen,

(Heiterkeit und Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

worum es Ihnen eigentlich geht.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es heißt in Ihrer Begründung weiter: „Außer einer lupenreinen ...Karriere hat Frau Borchardt nichts vorzuweisen ...“ Das zeigt erstens, dass Sie von DDR-Biografien so gut wie nichts halten, und das zeigt zweitens, dass Sie von Frau Borchardt wenig wissen. Kaum jemand in diesem Hohen Haus kennt Frau Borchardt so lange wie ich. Kaum jemand in diesem Hohen Haus hat mit Frau Borchardt so oft und so heftig gestritten. Ihr aber zu unterstellen, sie hätte nichts vorzuweisen, geht an der Realität vorbei. Frau Borchardt war länger Abgeordnete dieses Hohen Hauses, als Sie es zurzeit sind. Frau Borchardt war lange Jahre Mitglied im Rechtsausschuss, Frau Borchardt hat aktiv im Petitionsausschuss gearbeitet und Frau Borchardt war eine der Initiatorinnen und Unterstützerinnen der Volksinitiative gegen die Amtsgerichtsstrukturreform, im Übrigen in enger Zusammenarbeit mit dem Richterbund und anderen Juristenvereinigungen. Ich habe in all dieser Zeit von all diesen Beteiligten nicht ein Wort in die Richtung gehört, in der Sie hier Frau Borchardt Dinge unterstellen.

Dann bemühen Sie den ehemaligen sicherheitspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Michael Silkeit im Zusammenhang mit einer NPD-Demo am 8. Mai 2016 in Demmin, also Vorgänge, die noch vor Ihrer Zeit, dem Einzug in den Landtag, lagen, aber die Sie hätten wissen müssen, als Sie 2017 auch Ihre Zustimmung zur Wahl von Frau Borchardt als stellvertretendes Mitglied im Landesverfassungsgericht nicht verweigert haben, nicht verweigert haben.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich nicht, Ihre Fraktion hat die Zustimmung nicht verweigert, Herr Professor Weber. Deshalb ist auch diese, ich sage mal, diese Aufgewühltheit, die Sie heute an die Tagesordnung legen, wenig glaubwürdig, wenig bis gar nicht glaubwürdig.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dann zitieren Sie den SPD-Politiker Bodo Krumbholz, der in einem Schreiben seine Kollegen in der SPD-Fraktion und in der CDU-Fraktion vor der Wahl Borchardts warnte, weil diese, ich zitiere, „niemals erkennen lassen hat, dass sie auf dem Boden des Grundgesetzes agiert, dieses anerkennt oder auch nur respektiert“, Zitatende. Da, liebe Kollegen habe ich mich doch ein Stück weit gewundert. Als Bodo Krumbholz Vorsitzender des Rechtsausschusses war, war auch ich Mitglied im Rechtsausschuss, gemeinsam mit Frau Borchardt. Ich kann mich nicht erinnern, dass Herr Krumbholz in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rechtsausschusses irgendwann mal Frau Borchardt in die Schranken gewiesen hätte oder sie darauf hingewiesen hätte, dass sie eine Verfassungsfeindin ist. Das war so nicht.

Das hat auch nicht stattgefunden durch die von mir geschätzten Kollegen Friese, Mohr oder Müller, die zum damaligen Zeitpunkt gemeinsam mit mir im Rechtsausschuss gesessen haben. Das trifft auch nicht zu auf die Kollegen der CDU-Fraktion Ankermann, Dr. Born und Rainer Prachtl. Woran ich mich erinnere, vor allen Dingen bei den beiden letztgenannten, bei Rainer Prachtl und bei Ulli Born, ist die Tatsache, dass sie sich oft inhaltlich scharf und konsequent mit Barbara Borchardt auseinandergesetzt haben, so, wie es sich für Parlamentarier untereinander gehört. Das waren für mich unter

anderem auch Sternstunden der Demokratie, weil man dort gesehen und gelernt hat, auch im Rechtsausschuss, dass man in der Sache tief streiten kann, dass man aber dennoch kollegial miteinander umgeht.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, letztendlich ein Blick in das Gesetz: Gewählt werden kann oder gewählt werden kann nicht, wer „gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat, insbesondere die im Internationalen Pakt über die bürgerlichen und menschlichen Rechte vom 19.12.66 „gewährleisteten Menschenrechte oder die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 enthaltenen Grundrechte verletzt hat“. Ich kann mich an keine Stelle erinnern, wo Frau Borchardt die Grundsätze der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte vom Dezember 48 verletzt hat. Was ich aber weiß aus vielen Debatten, dass Sie mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte große Probleme haben, meine sehr verehrten Herren von der AfD. Wir lehnen den Antrag ab. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Martina Tegtmeier, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Ritter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Halt, halt, halt!)

Oh, entschuldigen Sie bitte, Herr Ritter! Es liegt mir noch eine Kurzintervention von Herrn Professor Weber vor.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Sehr geehrter Herr Kollege Ritter, zum einen möchte ich Ihnen mal sagen, von mir haben Sie mit Sicherheit noch nie gehört, dass ich Sie als linksextremistisch bezeichnet habe. Anders als Sie das gelegentlich zu tun pflegen, spare ich mit solchen Vorwürfen und bin sehr zurückhaltend. In Ihrer Partei gibt es sehr wohl Linksextremisten, aber Sie persönlich habe ich nie als einen solchen bezeichnet.

Und die Unterstellung, weil Sie Landesvorsitzender dieser Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes waren, da liegt es mir besonders fern, Sie so zu bezeichnen. Mein Opa ist vom NS-Regime als Bürgermeister abgesetzt worden, ist inhaftiert worden, war Verfolgter des NS-Regimes. Ich habe große Hochachtung vor denjenigen, die in dieser Zeit ihren Widerstand wenigstens verbal deutlich gemacht haben. Es wird mir niemals einfallen, jemanden wegen dieser Tätigkeit als linksextrem zu bezeichnen. Das mal zum einen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zum anderen, Dringlichkeitsantrag: Ja, in der Tat, wir haben es uns nicht leicht gemacht mit diesem Dringlichkeitsantrag, weil wir an sich sehr geneigt sind, demokratische Wahlen zu akzeptieren, auch wenn uns das Ergebnis nicht passt. Das, was dann nach der Wahl noch bekannt wurde und die Gefahr eines dauerhaften und sich potenzierenden Schadens für unser Landesverfassungsgericht, einem Verfassungsorgan, hat uns dann

bewogen, diesen Antrag zu stellen, und nicht, um der CDU eins auszuwischen. Im Gegenteil, wir halten der CDU den Steigbügel hin, aufzusteigen und zu sagen, ganz so schlimm ist es mit uns doch noch nicht und mit dem politischen Geschachere von Posten. Das ist ein Angebot, das wir machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und die Wahl 2017, dazu möchte ich noch sagen – von Frau Borchardt als stellvertretendes Mitglied in das Landesverfassungsgericht –, wenn Sie sich die Mühe gemacht haben, und ich weiß, Sie haben sie sich gemacht, das Protokoll nachzulesen, dann wüssten Sie, dass damals nicht alle AfD-Abgeordneten zugestimmt haben. Und ich möchte jetzt persönlich erklären, ich habe damals keine Zustimmung signalisiert.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich habe mich enthalten

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

mit Rücksicht auf die Mehrheitsmeinung in der Fraktion, verkörpert von den Kollegen Grimm und Manthei,

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha!)

die zustimmen wollten, weil wir auch einen Kandidaten hatten,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

aber ich habe niemals Frau Borchardt positiv in irgendeiner Form zugestimmt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Ritter, möchten Sie darauf erwidern?

Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte schön!

Peter Ritter, DIE LINKE: Also, lieber Professor Dr. Weber, die von Ihnen geschilderten familiären Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus, die nehme ich mit Respekt zur Kenntnis. Allerdings muss ich Ihnen sagen, dass auch Sie – und Sie sind nun mal Mitglied auch Ihrer Fraktion –, andere Fraktionsmitglieder hier mehrfach den Wunsch vorgetragen haben, dass auch mein Landesverband, der VVN-BdA, vom Verfassungsschutz beobachtet werden muss, weil er extremistisch ist. Punkt! Da können Sie sich hier dann sozusagen entschuldigen, dass Sie mich nicht als Extremisten bezeichnet haben oder linksextrem, das ändert nichts an der Tatsache, dass einige Kollegen von Ihnen mich ganz gern unter Beobachtung sehen würden.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Herr Förster, da brauchen Sie gar nicht so erstaunt zu schauen. Das Erste.

Das Zweite: Zum Thema Dringlichkeitsantrag lesen Sie Ihren ersten Satz in der Begründung! Da steht drin, Frau Borchardt wurde am 15.05. gewählt – sinngemäß, ich

habe jetzt den Text nicht noch mal mit nach vorn genommen –, aber dass sie ungeeignet ist, das war lange vorher bekannt, lange vorher. Und dann gehen Sie in Ihrer Begründung selber bis in das Jahr 2016 zurück, sogar noch weiter, indem Sie Bezug nehmen auf den Kollegen Bodo Krumbholz, um daraus zu versuchen, eine Dringlichkeit zu erklären, wo man nach der Wahl bis zum Antragsschluss eine Woche Zeit hat, intensiv darüber nachzudenken, was sind denn die Beweggründe gewesen, warum wir Frau Borchardt im Wahlgang nicht mitgewählt haben, und was ist in der Woche neu dazugekommen. Nichts! Nichts! Alles, was zur Wahl schon bekannt war, ist auch dank Ihrer Mithilfe in der Öffentlichkeit schon hoch und runter dekliniert worden. Das einzig Neue, ich würde sagen, in Ihrem Antrag ist – das haben Sie jetzt auch noch mal selber dargestellt –, dass Sie Steigbügelhalter für die CDU sein wollen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Ritter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst etwas klarstellen, damit auch in der folgenden Debatte kein Irrtum aufkommt. Ich möchte hier ausdrücklich Wert darauf legen, dass ich die politischen Auffassungen von Frau Borchardt nicht teile. Ich teile sie weder, was die Frage einer Überwindung des kapitalistischen Systems angeht – ich bin ein deutlicher Verfechter der sozialen Marktwirtschaft, wobei ich mir manchmal wünschen würde, dass es mehr Soziales dabei gäbe, und manchmal würde ich mir auch wünschen, dass es mehr Markt dabei gäbe, beides ist nicht immer in meinem Sinne hinreichend ausgeprägt –, und ich teile ausdrücklich, aber das wird Sie jetzt auch nicht verwundern, die Position, die mein Fraktionsvorsitzender auch heute zu dem Thema Mauerbau geteilt hat.

Ich bin in der glücklichen Situation – das ist das Einzige, was ich dazu sagen will, weil ich das normalerweise denjenigen überlasse, die in diesem Land groß geworden oder geboren sind und groß geworden sind –, ich bin in der glücklichen Situation, dass ich 1962 in Nordrhein-Westfalen geboren wurde und das nicht persönlich erlebt habe. Aber das ist nur einem einzigen Umstand zu verdanken, dass Ende des Zweiten Weltkrieges die Wohnung meiner Großeltern und meiner Mutter in Nordhausen ausgebombt worden ist. Sonst wäre ich auf dieser Seite der innerdeutschen Grenze – in welcher Form auch immer – groß geworden. Das ist auch deutsch-deutsche Realität.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das nur vorneweg, weil ich auch deutlich machen will, worum es eigentlich geht bei der Frage, wählt man jemanden zum Landesverfassungsgericht als Richterin oder Richter oder wählt man sie nicht. Was nicht der entscheidende Maßstab bei der Entscheidung sein kann, ist die Frage, ob man die politischen Auffassungen der betreffenden Person teilt. Das wäre auch schlimm, weil natürlich soll ein Verfassungsgericht auch politisch denken. Das ist von Anfang an so sowohl beim Bundesverfassungsgericht als auch bei den Landesverfassungsgerichten der Bundesländer gewollt worden, weil wenn sie es nicht tun würden, würden die Landesverfassungen und das

Grundgesetz nicht die politische Realität in Deutschland widerspiegeln können und nicht mit der sich verändernden politischen und sozialen Realität wachsen. Das ist die eine Seite.

Und die zweite Seite, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist natürlich auch, dass es nicht sein kann, dass nur politische Vorstellungen einer Couleur dort vertreten sind. Wenn man also, wenn ich jetzt also auf die Idee käme, nur jemanden zu wählen, der meinen politischen Vorstellungen entsprechen würde, dann sage ich das jetzt mal ganz offen, dann dürfte ich wahrscheinlich auch keine Kolleginnen und Kollegen aus meiner eigenen Partei wählen, weil selbst mit denen streite ich mich manchmal über bestimmte Themen, dann säße ich da alleine, geklont, und ich glaube, das wäre auch für die Verfassung dieses Landes nicht gut und das würde auch dem Landesverfassungsgericht nicht guttun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Maßstab muss dann tatsächlich sein, wie Werte die Person sowohl im Hinblick auf die qualitativen Fähigkeiten, dieses Amt auszuüben, als auch bei der Frage, und das ist mir ganz persönlich wichtig, wie steht die betreffende Person – und das gilt für alle Richterinnen und Richter, die hier am Landesverfassungsgericht tätig sein sollten – zum Grundgesetz und zu der Verfassung dieses Landes.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gehöre zu den Abgeordneten in diesem Haus – ich kenne sie vielleicht nicht ganz so lange wie der Kollege Peter Ritter –, aber ich habe Frau Borchardt auch hier als Landtagsabgeordnete persönlich kennengelernt. Ich weiß, dass man sich gut und heftig mit ihr streiten kann, und, wie gesagt, es hat viele Positionen gegeben, da habe ich innerlich dann nur noch mit dem Kopf geschüttelt. Aber das ist die eine Sache. Die andere Sache, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist der Umstand, ob ich mich daran erinnern kann, dass sie jemals eine Äußerung getan hat, auch in der Vergangenheit, die dazu geführt hätte, dass ich nun explizit auf dem Standpunkt stehe, dass sie nicht auf dem Boden dieses Grundgesetzes steht. Und das sage ich für mich, aus meiner Erfahrung heraus, eine solche Äußerung habe ich nicht gehört.

Und, meine Damen und Herren, es steht dem besonderen Ausschuss die Möglichkeit offen, sich mit den jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl des Landesverfassungsgerichts zu beschäftigen.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Und, sehr geehrter Herr Professor Weber, Sie haben in Ihrem Redebeitrag gesagt, es ist sinnvoll, sich vorher ein Bild zu machen, das wäre der bessere Weg. Das war an die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der CDU gerichtet in erster Linie.

(Horst Förster, AfD:
Der Antrag wurde abgelehnt.)

Ich, ich komme jetzt ... Gestatten Sie mir doch, gestatten Sie mir doch, dass ich fortführe.

Und ich erlaube mir, weil ich nicht aus dem Protokoll eines Ausschusses hier, insbesondere nicht des besonderen Ausschusses zitieren möchte, gestatte ich mir allerdings an dieser Stelle, aus einem Zeitungsartikel zu zitieren, nämlich aus dem Zeitungsartikel der „Schweriner Volkszeitung“ vom 09.06.2020. Dort heißt es unter der Überschrift „Fall Borchardt: Was die AfD verschwiegen“. Und jetzt erlaube ich mir zu zitieren, da heißt es dann: „Morgen will die AfD-Fraktion einen Abwahlenantrag im Landtag stellen.“ Dann kommt, Zitat: „Dass eine Person, die in einer extremistischen Organisation Mitglied ist, bei einer solchen Wahl die notwendige Zweidrittelmehrheit bekommen hat, hat dem Ansehen des Landtags großen Schaden zugefügt“ – Zitatende, und dann geht es in dem Artikel weiter – „hatte Fraktionschef Nikolaus Kramer den Vorstoß begründet.“

Und weiter heißt es dann in dem Zeitungsartikel: „Doch jetzt kommt heraus: Noch 2017 haben zwei der drei AfD-Abgeordneten im Besonderen Wahlausschuss für die Wahl Borchardts zur stellvertretenden Verfassungsrichterin gestimmt.“ 2017! „Das Protokoll der Sitzung liegt unserer Zeitung vor. Bei den beiden soll es sich nach Angaben aus Parlamentskreisen um den Parlamentarischen Geschäftsführer Ralph Weber und den Abgeordneten Christoph Grimm gehandelt haben. Die Enthaltung kam demnach vom damaligen Fraktionsvorsitzenden und heutigen Bundestagsabgeordneten sowie Landeschef Leif-Erik Holm.“

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Der nie in dem Ausschuss war.)

„Vize...“

Herr Professor Weber, ich zitiere nur das, was in der Zeitung steht. Sie können das ja gerne, wenn Sie wollen, richtigstellen.

„Vize-Fraktionschef Thomas de Jesus Fernandes konnte gestern beim Pressegespräch im Vorfeld der Landtagssitzung nicht erklären, wie es zu dem Sinneswandel bei maßgeblichen AfD-Abgeordneten gekommen ist.“ –

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Henning Foerster, DIE LINKE: Hört, hört!)

Zitat –

(Peter Ritter, DIE LINKE: So viel
zur gründlichen Vorbereitung! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

„Es gab damals wohl ein Informationsdefizit“, sagte er. Auch die Frage, warum die Ausschussmitglieder sich nicht näher mit der Person Borchardts beschäftigt haben, ließ Fernandes offen.“ – Zitat wieder Herr de Jesus Fernandes – „Dazu kann ich nichts sagen.“ Zitatende.

(Unruhe bei Rainer Albrecht, SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir, damit aufzuhören. Ich habe das, ich habe das nur deswegen gesagt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, weil ich auf etwas anderes hinauswill. Mir geht es jetzt an dieser Stelle gar nicht darum, den einen oder anderen Abgeordneten der AfD hier bloßzustellen. Mir geht es, mir geht es um etwas anderes.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Natürlich!)

Nein! Hören Sie mal einen Moment, hören Sie mir bitte,

(Horst Förster, AfD: Wir haben
doch eben schon erklärt, wie es war.)

hören,

(Horst Förster, AfD: Wir haben
doch eben schon gesagt, wie es war!)

hören, hören Sie mir doch,

(Torsten Renz, CDU:
Na, wie war es denn?)

hören Sie mir doch bitte nur einen Moment zu!

Der springende Punkt, der springende Punkt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist ein anderer, völlig losgelöst jetzt von dem Artikel der SVZ. Die Vorwürfe, die man gegenüber der früheren Landtagsabgeordneten Frau Borchardt erhebt – und ich sage hier ausdrücklich, dazu kann man stehen, wie man will, was sie inhaltlich gesagt hat, ich teile diese Auffassungen nicht –, sind, wenn man die zugrunde legt, was ihr jetzt vorgehalten wird, spätestens seit dem Jahr 2011 bekannt, spätestens seit dem Jahr 2011!

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und ungeachtet dessen hat dieses Parlament in dieser Zusammensetzung mehrheitlich, nämlich auch mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, bereits im Jahr 2017, nachdem der damalige besondere Ausschuss die Kandidatinnen und Kandidaten im Ausschuss gehört hat, hier in diesem Haus gewählt, weil dieses Parlament mit einer deutlichen Mehrheit der Auffassung war, dass diese Kandidatin als stellvertretendes Mitglied des Landesverfassungsgerichts wählbar ist. Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann erwarte ich, dann erwarte ich, wenn man das kritisiert – und man kann eine Wahl immer kritisieren –, dann erwarte ich doch aber von denjenigen, die Kritik üben, dass das, was erklärt wird, einen Mehrwert, einen Neuigkeitswert hat gegenüber dem, was bei dem vorhergehenden Wahlgang schon bekannt war und nicht dazu geführt hat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dass man sie dann trotzdem nicht wählt.

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich an einer Stelle noch mal auf die Äußerungen von Frau Borchardt eingehen. Ich habe das eben hier schon gesagt, dass ich ein überzeugter Verfechter der sozialen Marktwirtschaft bin. Ich glaube, dass der Wohlstand dieses Landes – und damit meine ich nicht nur Mecklenburg-Vorpommern, sondern die Bundesrepublik Deutschland – gerade auf dem Konsens und dem Ausgleich beruht, den diese soziale Marktwirtschaft mit sich bringt. Aber ich sage es an dieser Stelle auch noch mal ganz deutlich, das ist nichts, was in Stein gemeißelt ist im Rahmen des Grundgesetzes. Dort steht anders als bei der Weimarer Reichsverfassung keine Wirtschaftsordnung.

Und, meine Damen und Herren, was im Grundgesetz drinsteht, ist – ich verkürze das jetzt etwas – letztendlich der Schutz des Eigentums unter bestimmten Voraussetzungen. Der darf nicht angegriffen werden. Aber das

heißt nicht, dass ich nicht eine Wirtschaftsordnung, solange ich sie nicht mit Mitteln versuche zu erreichen, die auf dem Boden des Grundgesetzes sind, erzielen oder anstreben kann, die sich mit meinen politischen Wertvorstellungen nicht deckt.

Und, meine Damen und Herren, das ist auch nichts Neues. Diese Debatte wird nicht erst seit 1990 in der Bundesrepublik Deutschland geführt, sondern wurde auch in der alten Bundesrepublik Deutschland schon geführt. Und ich erlaube mir mal, und Sie können – hinterher werde ich Ihnen sagen, von wem das Zitat ist –, Sie können mal überlegen, wer das dann tatsächlich geschrieben hat, ich zitiere: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Zitatende. Und ich sage es Ihnen jetzt ganz deutlich, das ist nicht von der Linkspartei, das ist auch nicht von – ich weiß gar nicht, ob es sie heute noch gibt – der DKP,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

es ist auch nicht von der SPD, von der SPD hätte das auch durchaus sein können, nein, meine Damen und Herren, dieses Zitat ist aus dem Ahlener Programm der damaligen West-CDU vom 03.02.1947.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Und natürlich ist heute die Situation eine andere, als sie 1947 war.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und ich würde nie auf die Idee kommen, deswegen bitte ich auch doch um Verständnis, das ist jetzt auch nicht irgendwie, dass die Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion das falsch verstehen, mir geht es nur darum, deutlich zu machen, dass eine bestimmte Wirtschaftsordnung nicht per se vorgeschrieben ist.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Und, meine Damen und Herren, deswegen halte ich es auch für unzulässig, jemandem das vorzuwerfen, wenn er eine andere politische Auffassung hat. Etwas ganz anderes ist es, wenn Frau Borchardt zum Beispiel gesagt hätte, ich will mit nicht rechtsstaatlichen Mitteln diese staatliche Ordnung oder die Wirtschaftsordnung dieses Landes abschaffen.

Aber, meine Damen und Herren, an dieser Stelle lassen Sie mich dann ein anderes Zitat bringen, wo ich dann persönlich als Mitglied dieses Hohen Hauses zum Beispiel Bedenken gehabt hätte, eine solche Person in ein Landesverfassungsgericht zu wählen. Das wäre zum Beispiel der Fall gewesen, wenn die betreffende Person gesagt hätte: „Die parlamentarische oder wie immer auch diese Demokratie heißt, die wollen wir doch gar nicht, die wollen wir doch abschaffen.“

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Nur diese Äußerung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist nicht von der Kollegin Borchardt, sondern von dem derzeitigen Bundestagsabgeordneten und früheren Mitglied dieses Hauses Herrn Komning gemacht worden.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD und DIE LINKE – Rainer Albrecht, SPD: Aha! – Peter Ritter, DIE LINKE: Der war früher beim Wachregiment.)

Und da, sehr geehrte Damen und Herren, stellt sich,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Sehr interessant!)

da muss man tatsächlich dann auch die Frage stellen, das eine,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist interessant.)

das eine ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD und DIE LINKE)

Das mag aus dem Textkontext gerissen sein,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Der hat das auf die Schweiz bezogen.)

das will ich gar nicht mal abstreiten. Hören ...

Darf ich das gerade, darf ich, darf ich gerade auf Ihre ...

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Schulte!

Ich bitte jetzt die Herren von der AfD etwas um Ruhe,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Getroffene Hunde bellen. – Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

damit Herr Schulte das zumindest ausführen kann, was Sie zu Recht ja auch hinterfragt haben.

Jochen Schulte, SPD: Sie sagen jetzt, das ist aus dem Kontext. Das kann ich nicht beurteilen, das mag sein. Ja, das will ich jetzt einfach mal dahingestellt sein lassen. Und das wäre für mich, damit ...

(Jens-Holger Schneider, AfD: Es geht um die Schweiz.)

Darf ich jetzt antworten?

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das wäre für mich zum Beispiel ein Grund gewesen, dass ich gesagt hätte, im besonderen Ausschuss soll zum Beispiel bei demjenigen, der so was gesagt hat, dann noch mal hinterfragt werden, wie steht er dazu. Dann hätte man die Sache geklärt, dann hätte man auch das klären können. Ich will das nur deutlich machen: Das eine ist die Frage der Verfassungstreue und das andere ist die Frage der politischen Auffassungen, solange sie auf dem Grundgesetz stehen. Und das sollte man bitte miteinander nicht verwechseln und nicht das eine dann auch zu dem anderen machen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und, meine Damen und Herren, ich will – und damit komme ich jetzt zum Ende –, ich weiß nicht, ob Frau Borchardt immer glücklich ist über die Äußerungen, die sie vielleicht in der Vergangenheit getan hat.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Sie steht ja dazu.)

Ja, und ich kenne Frau Borchardt und ich habe sie auch als eine Kollegin erlebt, umso mehr man sie drängt, umso mehr wird sie sagen, ich habe da keinen Grund, das zurückzunehmen. Das ist, glaube ich, Teil ihrer Persönlichkeit.

(Beifall Beate Schlupp, CDU)

Aber, aber ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich bin nicht Frau Borchardt, ich habe nicht über ihre Einsichtsfähigkeit zu urteilen.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was für mich ein Grund wäre, zum Beispiel Zweifel an ihrer Befähigung als Richterin zum Landesverfassungsgericht zu haben, wenn sie sich in ihrer Funktion als Landesverfassungsrichterin in irgendeiner Art und Weise äußern würde, die Anlass geben würde, dass sie entweder nicht politisch wertfrei dort urteilt oder aber dann tatsächlich nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Das kenne ich nicht, solche Äußerungen, bisher. Wenn ich sie kennen sollte, würde ich sie nicht für geeignet halten, aber da sie nicht vorliegen, sollte man auch solche voreiligen Schlüsse nicht ziehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Mir liegt noch – vielen Dank, Herr Schulte –, mir liegt noch ein Antrag auf Kurzintervention von Herrn de Jesus Fernandes vor.

Bitte, Herr de Jesus Fernandes!

(Tomas Krüger, SPD: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Schulte, Sie haben hier jetzt einen SVZ-Artikel zitiert von Herrn Reißerweber, der Unwahrheiten enthält, gegen den wir auch rechtlich vorgehen im Moment. Also, es gibt nämlich auf der anderen Seite dann auch ein anderes Beispiel dafür und das hatte ich nämlich auch in diesem Pressegespräch erwähnt, wo auch andere Presse- und Medienvertreter anwesend waren – die gehen ja immer vorher durch alle Fraktionen und hören sich die Fraktionsmeinung an,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?)

und die werden das wahrscheinlich auch bezeugen können –, und da ging es sehr wohl darum, auch zu begründen, warum dieser Antrag von uns kommt. Und die Frage war auch berechtigt und ich bin sehr wohl darauf einge-

gangen, dass das Nachwahlverhalten von Frau Borchardt nach ihrer Wahl ihr ganzes Handeln ja noch bekräftigt und verstärkt hat, ihre Äußerungen gegenüber der Presse. Das war auch so argumentiert, das taucht da nirgendwo auf, das haben Sie aber auch nicht erwähnt, Sie haben sich lediglich diesen Zeitungsartikel hier zur Brust genommen.

Und auf die Nachfrage von Herrn Reißweber, wer denn da drin gesessen hat und wann der getagt hat – da ich in diesem Ausschuss nicht sitze, da das schon ein ganzes Weilchen her ist, logischerweise hat man diese Antwort auch nicht parat –, habe ich ihm gesagt, er soll sich bitte an die betreffenden Personen selbst wenden. Dann kam noch eine konkrete Nachfrage zu Herrn Holm, und dann habe ich gesagt, fragen Sie bitte Herrn Holm selbst. Also, wie gesagt, der Wahrheitsgehalt der Medienberichte von Herrn Reißweber, der ist grundsätzlich zu hinterfragen.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das machen wir in Zukunft auch immer. Das wollte ich hier noch mal loswerden.

(Thomas Krüger, SPD: Ach!)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schulte, möchten Sie darauf erwidern?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist schön, wenn man so einen persönlichen Freund bei der Lügenpresse hat, ne?!)

Jochen Schulte, SPD: Ja, gerne, Frau Präsidentin!

Herr de Jesus Fernandes, ich will mich jetzt nicht hier über den Wahrheitsgehalt von Zeitungsartikeln, weder diesem hier, der SVZ, noch anderen Zeitungsartikeln äußern. Da bin ich, glaube ich, jemand, der selber leidgeprüft ist, und ich erinnere nur daran, an Zeitungsartikel, die auch im Kontext mit Abgeordneten des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses hinterher immer wieder die Frage aufwerfen, wie weit das, was auch dort angeblich mir vorgeworfen wird, der Wahrheit entspricht. Das ist aber eine Sache.

Aber, Herr de Jesus Fernandes, ich habe das eben in meinem Redebeitrag schon deutlich gemacht, mir geht es in dieser Frage gar nicht darum, ob, ich weiß jetzt nicht, Herr Grimm und Herr Weber in dem Ausschuss dieses oder jenes getan haben oder ob Herr Leif-Erik Holm dieses oder jenes tat, oder wenn es so sein sollte, dass er nicht Mitglied war, dann nehme ich das zur Kenntnis. Ich habe, wie gesagt, nur den Zeitungsartikel hier zitiert. Für mich war das nur der Ansatz dafür, deutlich zu machen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich weiß, dass es Zustimmung gab.)

dass das, was man der Landtagsabgeordneten Borchardt heute vorwirft, schon im Jahr 2011, lange vor der damaligen Wahl zur stellvertretenden Richterin am Landesverfassungsgericht, bekannt war und dass das auch 2017 am Ende hier bei dem Abstimmungsprozess im Landtag nicht dazu geführt hat, dass sie nicht gewählt wurde.

Und, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Kollege de Jesus Fernandes, hier ist ja eben auch durch

Herrn Professor Weber deutlich gemacht worden, welche Gründe dann damals, zumindest Teile der Abgeordneten der AfD, dazu beigetragen haben, sie mitzuwählen, nämlich die Intention, dass ein anderer Kandidat gleichfalls gewählt würde. Das ist nichts, was man Ihnen vorwerfen kann, das ist normales parlamentarisches Verhalten, aber dann bitte ich nur darum, dass es umgekehrt jetzt in dieser Situation auch nicht den übrigen Abgeordneten vorgeworfen wird.

Und ich gebe Ihnen jetzt die Möglichkeit, dass Sie sich wieder hinsetzen können, Herr de Jesus Fernandes, sonst könnte ich nämlich noch was dazu sagen, aber das möchte ich jetzt besser nicht machen, sonst gibt es nachher noch Streit hier. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schulte!

Das Wort hat jetzt die fraktionslose Abgeordnete Frau Weißig.

Christel Weißig, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Sie alle haben dieses Hohe Haus entweiht und Schande über den Landtag gebracht, indem manche ihre Seele verkauft haben.

(Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD)

Sie lassen sich von den LINKEN vorführen und verführen. Eine Frau, die überzeugtes Mitglied bei den Antikapitalistischen Linken, die im Bund – im Bund, sage ich – vom Verfassungsschutz überwacht wird, in das Amt einer Verfassungsrichterin zu wählen, das hat etwas von Masochismus. Sie kann sich also selber überwachen – unheimlich praktisch!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was hat das Landesverfassungsgericht mit dem Landesverfassungsschutz zu tun?)

Wo bleibt der Aufschrei von Frau Merkel?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben ja null Ahnung als Alterspräsidentin!)

Die weiß doch, wie man nicht genehme Wahlen wieder rückgängig macht und es auch durchsetzt. Oder geht man nicht gegen eine ehemalige Mitschülerin vor? Zumindest kommt man da ins Grübeln.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ei, jei, jei! – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Diese Frau darf dieses Amt nicht antreten und sollte so viel Anstand und Respekt, nicht nur vor diesem Hohen Haus, sondern auch vor den vielen Tausend Opfern des SED-Regimes haben,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

für die, die diese Personalie eine schallende Ohrfeige und Missachtung ihrer zugefügten Leiden bedeutet.

Ich fordere Sie auf – und stellen Sie den guten Ruf des Landtages wieder her –: Verlassen Sie den Weg der

Doppelmoral! Das haben die SPD und die CDU nicht nötig. Überlassen Sie das der ehemaligen SED! Nur den Namen wechseln bedeutet nicht gleichzeitig, die Gesinnung wechseln.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das trifft auf Fraktionswechsel auch zu, ne?!)

Die Wähler werden es zu schätzen wissen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos – Peter Ritter, DIE LINKE: Wer permanent die Fraktion wechselt, sollte mit Wechselgeschichten sehr vorsichtig sein.)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe, und ich bitte, schnell das Pult noch mal zu desinfizieren.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Sie haben sich hier vorhin, wortreich und emotional haben Sie die Berliner Mauer und die innerdeutsche Grenze verurteilt, aber Sie haben sich bis jetzt nicht von der Ideologie distanziert, die durch diese Mauer und durch Stacheldraht und Selbstschussanlagen geschützt werden sollte. Sie haben sich bis heute nicht distanziert vom Kommunismus,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und insofern konterkarieren Sie damit Ihre Aussagen aus dem letzten Tagesordnungspunkt.

Der Genosse Ritter hat gesagt, der Kapitalismus stünde nicht,

(Thomas Krüger, SPD: Ich glaube nicht, dass das Ihr Genosse ist. Das möchte er nicht.)

stünde nicht im Grundgesetz,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

der Kapitalismus stünde nicht im Grundgesetz. Das ist so natürlich richtig, aber es stehen viele andere Dinge im Grundgesetz, die ohne den Kapitalismus gar nicht möglich wären.

(Peter Ritter, DIE LINKE: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, Herr Arppe.)

Denn es hat,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Artikel 1 Grundgesetz! Lesen Sie sich das mal durch!)

in der ganzen Weltgeschichte hat es noch keinen einzigen demokratischen Staat gegeben, der gleichzeitig sozialistisch, also nicht kapitalistisch gewesen wäre.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Alle Demokratien, alle demokratischen Staaten, die es bis anhin gegeben hat und die es derzeit noch gibt – und es werden ja immer mehr, Gott sei Dank, auf der Welt –, sind kapitalistische Staaten und keine sozialistischen Staaten. Das mit Ihrem demokratischen Sozialismus, das

ist eine Nebelkerze. So etwas gibt es nicht, wird es nicht geben,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und deswegen ist es durchaus indirekt grundgesetzwidrig, wenn man den Kapitalismus infrage stellt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jaja, jaja!)

Der Sozialismus/Kommunismus hat unendliches Leid

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

über 100 Millionen Menschen auf der Welt gebracht.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das hier und heute zu verteidigen, ist schon allerhand.

Aber ich möchte noch ganz kurz auf einen anderen Aspekt die Sache lenken, nämlich überhaupt auf das Zustandekommen, auf den Ablauf dieser Wahl. Das wird ja alles hier so unter den Fraktionen und Parteien so ein bisschen ausgemuschelt, wer denn da ins Verfassungsgericht kommt und wer nicht,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und ich finde, man sollte vielleicht auch mal diskutieren, ob man nicht die ganze Art und Weise, also den technischen Vorgang der Wahl von Verfassungsrichtern, überhaupt etwas transparenter und bürgerfreundlicher macht. Es gibt ja andere Länder, in denen werden Richter von den Bürgern gewählt. Und beim Landesverfassungsgericht fände ich das zum Beispiel auch eine gute Idee. Dann würde das Landesverfassungsgericht mehr Rückhalt haben bei den Bürgern, es wäre transparenter, wie die Richter dort hinkommen, wo sie dann sind, und alles wäre etwas bürgerfreundlicher, die Politikverdrossenheit würde abnehmen. Das wäre doch auch mal ein diskussionswürdiger Gedanke. – Vielen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es war gut und richtig, dass wir heute Vormittag auf Antrag von CDU und SPD die politische Frage diskutiert haben. Ich glaube, wir haben deutlich gemacht, jeder für seine Fraktion, wo er steht und wie wir die Situation sehen, insbesondere zur Thematik Mauertote, Mauerbau, alles, was dazugehört.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Und ich will noch mal deutlich an dieser Stelle wiederholen, dass wir Diktaturen, Extremisten von links und rechts auch in der Demokratie ablehnen und politisch bekämpfen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Unsere CDU steht für die soziale Marktwirtschaft, nicht nur in M-V, sondern in Deutschland.

Und wir haben jetzt mit diesem Tagesordnungspunkt zu tun, weil Äußerungen nach der Wahl zum Landesverfas-

sungsgericht für eine politische Diskussion gesorgt haben, die es heute erfordert, dass wir uns mit diesem Antrag auseinandersetzen. Die AfD hat tagelang angekündigt, dass sie, zumindest haben Sie es suggeriert, dass Sie jemanden abwählen wollen. Wahrscheinlich hat dann die juristische Prüfung in der Fraktion gebracht, dass das gar nicht so einfach geht, dass das der Landtag auch gar nicht tätigen kann. Es gab ja auch schon entsprechende Hilfestellung durch den Herrn Ritter, die wahrscheinlich dazu geführt hat, dass dann auch Herr Kramer feststellt hat, wenn es darum geht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: So bin ich.)

hier rechtlich zu agieren, dass das gar nicht so einfach geht. Und er hat sich dann schon relativ schnell auf das Thema „Moral/moralische Verwerfungen“ zurückgezogen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und ich gehe mal davon aus, weil die Prüfung auch so lange angedauert hat und kurzfristig erst gekommen ist, dass es sehr viel Überzeugungsarbeit bedurfte innerhalb der AfD-Fraktion, um Leute mit juristischer Ausbildung – ich schaue mal in Richtung Herrn Förster – überhaupt dazu zu bringen, so einen Antrag in dieser Form zu stellen, wenn nämlich das Ergebnis schon feststeht, dass wir nämlich nach dem Gesetz des Landesverfassungsgerichtes nicht als Parlament die Hoheit haben, hier zu entscheiden, sondern es gibt ein Verfahren, wo es um grobe Pflichtverletzung im Amt geht. Und ich gehe ganz fest davon aus, dass Leute wie Herr Förster oder auch Professor Weber genau wissen, dass Interviews in dieser Form, wie sie gegeben worden sind, keine grobe Pflichtverletzung im Amt sind und somit auch bei einem Verfahren, was heute hier gestartet werden soll, nicht dazu führen werden, dass jemand aufgrund dieser Verfahrensweise aus dem Amt scheidet.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und jetzt stellt sich die Frage, wie geht man damit um, wenn es um das Ansehen des Landesverfassungsgerichtes geht? Wenn man weiß, dass diese Richter in einem demokratischen Rechtsstaat anhand von rechtlichen Fakten entscheiden werden, wie geht man dann mit dieser Tatsache um? Macht man das Landesverfassungsgericht zu einem politischen Spielball in dieser Demokratie, schiebt sozusagen den Ball dort rüber und versucht, Druck aufzubauen, oder setzt man sich inhaltlich mit dieser Tatsache auseinander und steht die Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund?

Und ich stelle fest für die CDU-Fraktion, dass Sie, die Herren von der AfD, sich für politische Spielchen entschieden haben.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und glauben Sie mir, Sie wissen genau, wenn sieben Verfassungsrichter, fünf davon entsprechend abstimmen müssen, sich mit der Sachlage befassen, dass sie immer – und das ist gut so – in diesem Lande rechtsstaatlich entscheiden werden und niemals aus politischen Gründen eine Person aufgrund der Situation, wie sie sich dargestellt hat, aus dem Amt entfernen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Insofern glaube ich, dass die Verfahrensweise der Demokratie nicht dienlich ist.

Ich will auch noch mal klar sagen, welche Situation immer besteht, wenn es darum geht, Leute in dieses Landesverfassungsgericht zu wählen. Ich bin persönlich der Auffassung, dass es gut und richtig ist, dass wir an einer Zweidrittelmehrheit festhalten. Alles andere, glaube ich, ist eher illusorisch und ein Wunsch und möglicherweise auch nur argumentativ nach vorne getragen, um hier die Diskussion anzuheizen. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, wenn eine Regierungskoalition plötzlich mit einfacher Mehrheit sämtliche Positionen dort besetzen kann oder auch wieder zurücknehmen kann, und deshalb, glaube ich, ist es richtig, eine Zweidrittelmehrheit hier weiterhin gesetzestechnisch zu verankern.

Wir alle wissen, die Politik machen, dass diese Zweidrittelmehrheit eine Paketlösung beinhaltete, und auch die AfD hat es 2017 gewusst und hat trotz des Wissens, was Sie heute versuchen zu suggerieren, dass Sie schon alles zu dieser Person gewusst haben, an einer Paketlösung teilgenommen. Und wenn es nachher noch darum geht, wer hat wann wie wo gesessen und sich artikuliert, dann will ich an dieser Stelle deutlich sagen, 2017 ging es darum, vier Leute in das Landesverfassungsgericht zu wählen, einmal auf Vorschlag der SPD, einmal auf Vorschlag der CDU, ein Vorschlag durch die Fraktion der AfD und ein Vorschlag für die Stellvertreterwahl, die aber dann auch trotzdem vollwertiges Mitglied des Landesverfassungsgerichtes ist, nämlich Frau Borchardt hier zu wählen.

Und es gab einen gemeinsamen Wahlvorschlag. Ich habe es jetzt nicht überprüft, ob der damalige Parlamentarische Geschäftsführer den unterschrieben hat. Fakt ist, ich gehe davon aus, Herr Holm,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

der heute an der Spitze der Bewegung steht und so tut, als wenn er mit allem nichts zu tun hat, war zumindest in Verantwortung, und ich gehe davon aus, dass dieser Herr dann auch diesen Wahlvorschlag mitgetragen hat.

Und wenn Sie heute hier ausführen, Herr Professor Weber, dass man erst – wie haben Sie das gesagt – wählen soll und sich dann distanziert, dass das ein bisschen kleinlich und peinlich ist, und uns dann den Ratschlag geben, vorher zu prüfen, dann schauen Sie in Ihren eigenen Antrag, setzen Sie die Maßstäbe an sich! Ich weise das für unsere Fraktion zurück.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Sie haben in Ihrem Antrag unzählige Punkte aufgezählt, die aus Ihrer Sicht sonnenklar waren, und das schon vor 2017. Sie haben dargestellt, dass die Mehrheit Ihrer Fraktion das Ganze unterstützt hat. Das ist nicht nur nachweislich im Ausschuss gewesen, der Fall, mit der Anwesenheit von Herrn Grimm, der in der Debatte ständig den Kopf schüttelt und sich an nichts erinnern kann. Es ist mathematisch gar nicht anders möglich, wenn Grimm und Weber anwesend waren und eine dritte Person

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

und protokollarisch festgehalten ist, dass zwei Stimmen der AfD mit Ja – und das ist in den Beschlussempfehlun-

gen nachzulesen, das ist auch nichts Geheimes – und eine kräftige Enthaltung, eine kräftige Enthaltung, dann also ohne Gegenstimme diese Beschlussvorlage in diesem Landtag herbeigeführt wurde. Ich sage Ihnen, das ist eine Verlogenheit, und da dienen andere Ziele dazu,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

hier von Ihrer eigenen Verantwortung abzulenken, weil wir oder Sie hätten prüfen können, rund um die Uhr. Anscheinend haben Sie geprüft und waren dann genauso ahnungslos wie Ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender in dem Pressegespräch.

Wenn wir – und ich mache es sehr ungern, ich habe da auch so meinen Anspruch von Hause aus mitbekommen, über nicht Anwesende maximal drei Sätze, und ich sage mal, in den meisten Fällen halte ich mich auch dran –, aber in diesem Fall möchte ich mal dagegen verstoßen, weil dieser Überlebenskünstler Holm, der versucht, medial die Aufmerksamkeit, weil es keine Inhalte gibt, weil es keine politischen Positionen gibt, für die er steht, sondern er führt diese AfD immer in entsprechenden, vor Wahlkämpfen dann hin mit Äußerungen, als wenn er sonst wer wäre, dieser Herr Holm, ich sage es noch mal, dieser Überlebenskünstler, von dem brauchen wir keine Ratschläge als CDU! Ich sage Ihnen, wer 38 Kilowattstunden innerhalb eines Jahres Stromverbrauch hat,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

das heißt, Sie werden keinen Kühlschrank finden, Sie werden keinen Kühlschrank finden, der in der Lage ist, von 38 Kilowattstunden fast ein Jahr lang in Betrieb zu sein,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

dieser Mensch kann kein Fernsehen geschaut haben, kein Radio gehört haben, es sei denn, es war batteriegestützt, der kann keine Waschmaschine benutzt haben, der kann kein Licht angehabt haben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dieser Überlebenskünstler, der wahrscheinlich seinen ersten Wohnsitz gar nicht dann dort gehabt hat, wo er ihn zumindest angegeben hat, von dem brauchen wir als CDU in diesem Lande keine Ratschläge!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und ich sage Ihnen auch noch mal deutlich, Ihr Agieren, Ihr Hochpushen, das ist immer legitim, zu polarisieren zum sicherlich eigenen Vorteil, aber solches Agieren hat in der Demokratie auch Grenzen. Und was Sie hier tun, entweder waren Sie wirklich so unvorbereitet, naiv, blauäugig – ich weiß nicht, wie ich es sonst beschreiben soll –,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

aber so, wie Sie hier agieren in den letzten Jahren, schließe ich das aus und sage ganz bewusst, vor dem Hintergrund einer Zweidrittelmehrheit, einer Paketlösung war es Ihnen schietegal, um Ihren Listenvorschlag auch durchzubringen, war es Ihnen völlig egal

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Krüger, SPD)

und Sie haben mit dafür gesorgt, dass dieses Wahlergebnis damals zustande gekommen ist.

Und ich sage Ihnen dann abschließend, wenn Sie hier Zitate haben in unsere Richtung, ich will es mir doch noch mal antun: „das ist Heuchelei, eine Mauerbefürworterin ins Amt zu wählen“, „eine Antifa-Richterin wird mitgewählt“, allein schon Ihr Antrag ist Beleg dafür, dass Sie das alles vorher gewusst haben, und Sie betreiben hier ein schmutziges Spiel. – Herzlichen Dank!

(lang anhaltender Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Renz, mir liegt noch ein Antrag auf, mir liegt noch ein Antrag auf Kurzintervention von Herrn Grimm vor.

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Renz, wo Sie mich persönlich angesprochen haben, möchte ich doch noch mal die Möglichkeit ergreifen, darauf hier jetzt zu reagieren.

Zunächst mal, wenn Sie so akribisch in der Vergangenheit suchen, dann möchte ich Ihre Ausführungen doch noch mal dahin gehend ergänzen, dass meine Fraktion – und das werden Sie anhand der Protokolle wahrscheinlich auch nachvollziehen können – weder 2017 die Frau Borchardt als stellvertretende Verfassungsrichterin gewählt hat noch 2020. Es ging 2017 um die Wählbarkeit,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

und da haben wir natürlich uns nicht anders verhalten, als Sie das jetzt dargestellt haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist er eigentlich
Anwalt? Ist er eigentlich Anwalt?)

Aber Sie werden mir sicherlich auch zugestehen müssen ...

Darf man hier noch mal ...?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, machen Sie doch weiter!)

Sie werden mir zugestehen müssen, dass das Bild, welches eine Kandidatin abgibt in Bezug auf die Zuverlässigkeit,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warum hat
Herr Grimm eigentlich nicht kandidiert?)

zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stehen, dass dieses Bild sich auch im Laufe der Zeit bilden mag. Und das hat es hier getan. Das Nachwahlverhalten – Herr de Jesus Fernandes hat das ja schon angesprochen – hat natürlich auch eine Rolle gespielt. Aber was ganz wichtig ist, das ist doch der Eindruck, den unser Bundesland durch diese nun ja von Ihnen unterstützte Wahl hier macht. Da ist doch ein sehr großer Schaden entstanden für unser Bundesland.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Andreas Butzki, SPD: Was hat denn
das mit Ihrem Wahlverhalten zu tun?)

Und Sie perpetuieren diesen Schaden, indem Sie heute unserem Antrag natürlich nicht folgen werden.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Und da hat Herr Holm natürlich vollkommen recht mit seiner Feststellung, dass hier jemand am Nasenring durch die Manege gezogen wird, und das sind Sie mit Ihrer Partei.

(Andreas Butzki, SPD: Und Sie nicht?)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Renz, möchten Sie darauf erwidern?

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Torsten Renz, CDU: War das jetzt eine Anfrage

(Minister Harry Glawe: Es lohnt sich gar nicht, zu antworten.)

oder eine Kurzintervention?

Präsidentin Birgit Hesse: Das war eine Kurzintervention. Du kannst jetzt antworten, wenn du möchtest.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Torsten Renz, CDU: Herr Grimm, Sie haben in Ihrem Redebeitrag Unwahrheiten eben präsentiert aus meiner Sicht. Die will ich deutlich noch mal herausarbeiten.

(Der Abgeordnete Christoph Grimm spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon. – Andreas Butzki, SPD: Das ist ein Rechtsanwalt!)

Ich habe nur begrenzt Lebenszeit, und dafür ist mir die Zeit auch zu schade, Herr Grimm.

(Der Abgeordnete Christoph Grimm spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Ich will Ihnen sagen, Sie haben hier Unwahrheiten ...

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment, bitte! Ich bitte, mal kurz die Zeit zu stoppen.

Herr Grimm, ich habe es vorhin schon einmal gesagt, Sie hatten Ihren Beitrag im Rahmen der Kurzintervention.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Mann, Mann, Mann!)

Jetzt ist Herr Renz dran. Sie haben nicht zu kommentieren, was Herr Renz hier sagt.

Bitte, Herr Renz!

(Der Abgeordnete Christoph Grimm spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon. – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Sie haben auch nicht zu kommentieren, mit wem ich spreche beziehungsweise welche Maßnahmen ich hier verhängen. Ich habe jetzt Sie angesprochen, weil ich Sie gehört.

Bitte, Herr Renz!

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrter Herr Grimm, Sie haben Unwahrheiten verbreitet. Sie haben hier eben behauptet, dass 2017 die AfD den Wahlvorschlag konkret nicht mitgewählt hat. Das ist mathematisch nicht möglich.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Es ist mathematisch nicht möglich bei 63 anwesenden Personen, und Frau Borchardt hat 50 Stimmen damals bekommen für die Stellvertreterwahl, es ist mathematisch nicht möglich. Ich habe das ausgerechnet, könnte Ihnen das auch zur Verfügung stellen und auch noch meine Prognose, die ich da hineinlegen könnte,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

dass ein Großteil Ihrer Fraktion Frau Borchardt gewählt hat.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Nein! Nein!)

und ich bin mir jetzt noch umso sicherer, da ja auch Herr Professor Weber vorhin ausgeführt hat, dass er in der Minderheit war und die Mehrheit den Wahlvorschlag unterstützt hat. Insofern ist es anhand der Zahlen eine Unwahrheit, die Sie hier verbreitet haben.

Wenn Sie hier in den Raum stellen, um der Öffentlichkeit zu suggerieren, Sie haben nur die Wählbarkeit überprüft in diesem Ausschuss 2017 und sind zu dem Ergebnis gekommen, mit Ihrer Anwesenheit, mit Ihrer Jastimme sind Sie zu dem Ergebnis gekommen, dass Frau Borchardt wählbar ist, und die beiden anderen Vertreter, da hat sich einer enthalten und der andere hat mit Ja gestimmt, dann frage ich mich, wenn das nur die Prüfung der Wählbarkeit war – wobei ich auch davon ausgehe, dass das nicht den Tatsachen aufgrund des gemeinsamen Wahlvorschlages entspricht –,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein, das stimmt nicht.)

dann frage ich mich,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

warum haben Sie dann jetzt zur Wahl 2020 dann plötzlich, wenn es um die Wählbarkeit geht, anders abgestimmt? Insofern sind das extreme Widersprüche, die Sie hier zutage gefördert haben – selbst!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Andreas Butzki, SPD: Setzen, Sechs!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Renz!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Professor Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Es sind doch ein paar Äußerungen angelaufen, zu denen ich noch Stellung nehmen will, zum einen, Stichwort „Nachwahlverhalten“: In der Tat war einiges der Vorwürfe gegen Frau Borchardt vor der Wahl bekannt, sogar schon vor der Wahl 2017, als sie Stellvertreterin wurde. Dann kam eine ganze Menge dazu, was zwischen 2017 und 2020 war, und dann 2020.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Die entscheidenden Punkte aber, das mit den Mauertoten und dass sie dazu weiter steht, ich möchte noch mal betonen, ich habe persönlich durchaus Hochachtung dafür, dass man sein Fähnchen nicht in den Wind hängt, sondern bei seiner Meinung bleibt, aber in dem Punkt ist das eben grob schädlich für das Ansehen unseres Landesverfassungsgerichts, und das ist ein Nachwahlverhalten gewesen. Das darf man dann ja wohl so auch sagen!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie dürfen hier alles sagen! Kein Mensch hat was dagegen.)

Die Presseberichte, die Sie deutschlandweit zur Kenntnis genommen haben oder genommen haben sollten, beschäftigten sich nahezu ausschließlich mit dieser Aussage. Das haben wir einfließen lassen.

Dann habe ich hier mehrfach gehört,

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

das Grundgesetz enthalte sich von Aussagen zur Wirtschaftsordnung. Das ist so falsch. Das Grundgesetz sagt an keiner Stelle irgendwas, dass der Kapitalismus die richtige Wirtschaftsordnung ist, das ist richtig. Aber die soziale Marktwirtschaft ist in so vielen Bestimmungen grundlegend determiniert, dass die soziale Marktwirtschaft einer der Grundpfeiler unseres Grundgesetzes ist, und das kann man nicht bestreiten, das können Sie in jedem Grundgesetzkommentar so nachverfolgen. Die soziale Marktwirtschaft ist Grundpfeiler der wirtschaftlichen Ausrichtung der Bundesrepublik.

Das hat nichts damit zu tun, Herr Ritter, weil Sie es auch angesprochen hatten, dass man Enteignungen grundsätzlich ablehnt. Wenn Sie sich an die Debatte hier im Haus zu Kevin Kühnert erinnern, ich selbst habe gesagt, es gibt Fälle, in der Tat, in denen auch über die Sozialbindung des Eigentums hinaus, also über Paragraph 14 Absatz 3, auf der Maßgabe von Artikel 15 über Enteignungen nachgedacht werden muss, und das halte ich nach wie vor für richtig. Insofern waren die Thesen von Kevin Kühnert nicht allesamt falsch, nämlich dann, wenn jemand grob gemeinschaftsschädigend mit seinem Eigentum umgeht und trotz Belehrung und Aufforderung nicht bereit ist, seinen Gemeinschaftssinn zu dokumentieren, dann ist auch über eine solche Maßnahme ernsthaft nachzudenken. Das ist aber soziale Marktwirtschaft und hat mit Kapitalismus oder Sozialismus nichts zu tun.

Dann möchte ich Ihnen noch sagen, die Mitteilungen in der „Schweriner Volkszeitung“ vom 9. Juni, das ist das Paradebeispiel nicht nur für Lücken-, sondern für Lügenpresse. Herr Reißerweber schreibt zum einen, Herr Holm habe sich enthalten dort im Ausschuss. Herr Holm war niemals in diesem Ausschuss. Herr Holm war zu dieser Zeit Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion und im Ausschuss war er nie. Und ich sei Parlamentarischer Geschäftsführer gewesen. Das war ich damals auch nicht, das war Herr Manthei, und der sitzt jetzt bei der CDU. Und ich glaube, da sitzt er zu Recht, denn zu uns hat er eigentlich nie gepasst. So, das mal,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

das mal dazu.

Und im Übrigen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vielleicht passen Sie einfach nicht zu ihm.)

im Übrigen haben wir in der Tat damals,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vielleicht passen Sie einfach nicht zu ihm.)

Sie haben recht, wir haben damals, zwei von uns haben diesem Wahlvorschlag zugestimmt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wer war denn das?)

Ich habe das nicht getan, deswegen weise ich das für mich persönlich ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wer waren denn die zwei?)

Die zwei waren Herr Manthei und Herr Grimm, das haben Sie doch jetzt schon gehört,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, sehen Sie!)

mehrfach!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich habe mich damals enthalten. Und die Schlussfolgerung,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt doch nicht!)

die Mehrheit unserer Fraktion hat ...

Es sind geheime Wahlen, wir können immer nur spekulieren. Herr Renz hat ja sogar Spekulationen hier dazu angestellt,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Aber bei uns wissen Sie bei der geheimen Wahl, wie wir gewählt haben, ja?! Aber bei Ihnen ...)

wie bei uns in der Fraktion die Willensbildung zustande kommt. Bei geheimen Wahlen kann man nur spekulieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das wissen wir auch.)

Die Mehrheit unserer Fraktion hat weder 2017 und natürlich nicht 2020 Frau Borchardt gewählt. Das müssen Sie sich schon an den eigenen Hut stecken, Herr Renz,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

in Ihrer Fraktion, wie Sie sich da entschieden haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und nochmals, ich möchte es noch mal betonen, es sind primär mal die Aussagen – zu denen Frau Borchardt nach wie vor steht – zu den Mauertoten, es ist aber auch ihr permanentes, Gewalt als Mittel der Politik nicht ablehnendes Verhältnis zur Antifa. Das möchte ich mal ganz klar sagen. Wir hatten vor einigen Wochen hier Debatten, da wollten wir – da wollten Sie sich von Rechtsextremismus und Terrorismus und so weiter distanzieren –, das

wollten wir ja alles mittragen, wir wollten nur den Links-extremismus eben auch mit genannt haben. Das haben Sie abgelehnt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aus guten Gründen, muss man aber sagen!)

weil Sie nicht bereit sind, klarzumachen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass Gewalt als Mittel der Politik grundsätzlich abzulehnen ist, und zwar egal, von welcher Seite diese Gewalt angewandt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Ich hatte zuletzt bei meinem Redebeitrag zum 8. Mai noch mal dazu eingeladen, den 8. Mai – ob das jetzt ein Tag der Befreiung oder was auch immer sein mag – zum Tag zu erkiesen, an dem wir uns alle gemeinsam gegen jegliche Form der Gewalt in der Politik, auch Sachgewalt äußern. Und auch dazu waren Sie nicht bereit. Und genau diese fehlende Absage zu Gewalt in der Politik lasen wir auch Frau Borchardt an, und das ist nach diesen Wahlen erst zutage getreten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was!)

Und wenn, Herr Renz, wenn Sie sagen, grobe Pflichtverletzung würde das Landesverfassungsgericht dazu bringen, sie abwählen zu können – das ist falsch. Eine grobe Pflichtverletzung im Amt als Verfassungsrichterin würde dazu führen, dass das Landesverfassungsgericht die Amtszeit von Frau Borchardt beendet.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ein Antrag des Landtages, ein Antrag des Landtages festzustellen, dass Frau Borchardt nicht geeignet ist als Landesverfassungsrichterin, moralisch nicht geeignet ist und deswegen abgewählt werden sollte, gibt dem Landesverfassungsgericht erst die Möglichkeit, im Wege der Selbstbeschäftigung sich damit auseinanderzusetzen. Und dann müssen in der Tat fünf von sieben Verfassungsrichtern davon auch überzeugt sein, dass das richtig ist.

Und nichts anderes wollen wir mit unserem Antrag. Wir wollen dem Landesverfassungsgericht die Möglichkeit geben, selbst darüber zu entscheiden, ob sie mit dieser so belasteten Richterin zusammenwirken können. Niemand von uns war je der Meinung, wir könnten Frau Borchardt aus dem Landesverfassungsgericht abwählen.

(Torsten Renz, CDU: Doch, doch!)

Das war nie Inhalt des Antrages.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und wir haben auch nicht so lange gebraucht, darüber zu sinnieren, ob wir den Antrag stellen, sondern wir hatten noch ein bisschen die Vorstellung, dass sich vielleicht Frau Borchardt selbst aufgrund der Kritik eines Besseren besinnt und von sich aus von ihrem Amt zurücktritt. Das ist nicht erfolgt

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und deswegen mussten wir den Dringlichkeitsantrag dann stellen.

Und, Herr Renz, das, was Sie über Herrn Holm gesagt haben, das ist ja,

(Torsten Renz, CDU: Was habe ich gesagt? Scheinheilig, ne? Ja.)

ich glaube, 38 Kilowattstunden Stromverbrauch, darüber will ich mich nicht äußern.

(Torsten Renz, CDU: Nicht am Tag. Im Jahr!)

Das war Gegenstand des Wahlprüfungsausschusses,

(Torsten Renz, CDU: Das ist mir bekannt.)

das ist vom Tisch.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Das können Sie gern mit Herrn Holm ausmachen. Herr Holm ist nicht mehr Mitglied unserer Fraktion,

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha!)

und insofern sollten Sie vielleicht mal das Gespräch mit Herrn Holm selbst suchen.

(Torsten Renz, CDU: Das ist doch Ihre Führung!)

Das gehört in keinem Punkt hier zum Antrag,

(Torsten Renz, CDU: Das ist doch Ihre Führung!)

und deswegen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

deswegen wäre es schön, wenn Sie sich ein wenig sach..., ein wenig der Sachlichkeit bemüßigen würden und das eben zum Thema machen,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

um was es hier geht. Und das ist allein die Tatsache, dass Frau Borchardt zwingend mit erheblichen Stimmen der CDU im zweiten Wahlgang ins Landesverfassungsgericht gewählt wurde, nachdem sie im ersten Wahlgang diese Mehrheit verpasst hat.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Und jetzt spekuliere ich einmal: Da wird wohl gehörige Druckausübung stattgefunden haben, so nach dem Motto, ihr könnt eure Ministersessel gleich räumen,

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

wenn ihr jetzt unserem gemeinsamen Wahlvorschlag nicht zustimmt. Und dann war die Angst, dass man die schönen Posten als Minister und Staatssekretär verliert, größer als die Bedenken,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

die im ersten Wahlgang dazu geführt haben, dass Sie sich gegen Frau Borchardt entschieden haben. Das hatte ich damals in der Pressemitteilung zu Recht charakterisiert.

(Minister Harry Glawe: Das sind ja
Dinge, die Sie hier vom Stapel lassen!)

Die CDU hatte die Möglichkeit,

(Minister Harry Glawe:
Das ist ja nicht auszuhalten!)

sich zwischen innerer Überzeugung und dem Dienstwagen zu entscheiden, und hat sich für den Dienstwagen entschieden. Und all Ihr Gerede jetzt zeigt mir, dass Sie an dieser Entscheidung leider festhalten wollen. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Weber! Herr Weber! Herr Weber, mir liegt noch ein Antrag auf Kurzintervention von Herrn Ritter vor.

Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Professor Weber! Sie haben heute erneut beklagt, warum wir an der einen oder anderen Stelle nicht mit Ihnen abstimmen. Explizit genannt haben Sie den gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen und meiner Fraktion auch zum 8. Mai und zum Umgang mit Linksextremismus und ähnlichen Dingen. Ich will Ihnen noch mal sagen – obwohl, es ist eigentlich wenig zielführend, aber ich versuche es trotzdem noch mal, auch an Sie gerichtet –: Wer mit Höcke und Kalbitz und Arppe und anderen spazieren geht oder sich auf „Flügel“-Treffen trifft, der kann nicht im Ernst von uns erwarten, dass wir in der Frage „Kampf gegen Extremismus“ irgendwelche Gemeinsamkeiten haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Horst Förster, AfD: Gewalt! Gewalt!
Es ging um Gewalt, Herr Ritter!)

Es ging jetzt hier um Linksextremismus

(Horst Förster, AfD: Die Gewaltfrage!)

und Gewalt, und es ist schon wieder ...

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Nein, Sie wollen die Distanzierung von Linksextremismus,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Horst Förster, AfD, und
Jens-Holger Schneider, AfD –
Glocke der Präsidentin)

von Extremismus und Gewalt ...

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Ritter!

Meine Herren von der AfD, wir sind in der Kurzintervention. Herr Ritter hat das Recht, jetzt vorzutragen, und ich möchte ihm auch zuhören können.

Bitte, Herr Ritter!

Peter Ritter, DIE LINKE: Und es ist schon interessant, wenn Ihnen dann die Antwort auf die Frage, warum wir mit Ihnen nicht zusammenarbeiten, nicht passt, dass Sie dann schon wieder das nächste Argument hervorkramen, aber auch darauf will ich eingehen. Ich habe vorhin in meiner Rede gesagt, dass kaum einer in diesem Hohen Haus Frau Borchardt so lange kennt und so intensiv kennt wie ich. Und ich will eins hinzufügen: Es gibt nicht allzu viele Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Haus – meine Fraktion da ausgenommen –, die so oft gemeinsam mit ihr auf der Straße gegen alte und neue Nazis waren.

(Dr. Gunter Jess, AfD:
Mit der Antifa zusammen!
Mit der Antifa zusammen!)

Mit der Antifa zusammen, weil Frau Borchardt auch Mitglied meines Landesverbandes ...

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Ach, ob da DKP oder MF, das weiß ich doch nicht, ob da Leute dabei waren.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ja, doch!)

Da können Sie noch ein paar Leute dann hinzufügen, das ist aber völlig, völlig belanglos. Das, was ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ach, da ist es belanglos?!)

Nein, das, was zählt, ist, dass man sich den Fratzen der Nazis entgegenstellt,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

und das ist das, was Sie nicht tun, und deswegen sollten Sie an dieser Stelle ganz ruhig sein!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Ich bin fertig.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Professor Weber, möchten Sie darauf erwidern?

Dr. Ralph Weber, AfD: Selbstverständlich.

Herr Ritter, es ist schon bezeichnend, dass Sie jetzt Personen nennen, die mit unserer Landtagsfraktion nie etwas zu tun hatten, Kalbitz, Höcke und so weiter,

(Der Abgeordnete Peter Ritter
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

und Herrn Arppe, der aus unserer Fraktion,

(Der Abgeordnete Peter Ritter
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

der nicht mehr Teil in unserer Fraktion ist, warum auch immer. Also es fällt Ihnen nicht ein einziger Name hier ein, mit dem Sie uns als Fraktion treffen könnten.

(Der Abgeordnete Peter Ritter spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Und Ihre Auflistung, die Sie da gebracht haben, es geht nicht darum, dass wir gemeinsam gegen Extremismus vorgehen, zumal die Definitionsbreite dessen, was Sie als Nazi oder Neonazi bezeichnen, und dessen, wo wirklich Neonazis angesiedelt sind, weit auseinandergeht. Sie sehen nur Ihr Feindbild bestätigt, wenn überall Neonazis, wo besorgte Bürger, Wutbürger vielleicht, zugange sind.

(Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

Dass davon Teile Neonazis sind, darüber brauchen wir nicht zu streiten, aber lang nicht all das, was Sie darunter verstehen.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Aber Sie sind ja noch nicht mal bereit, gemeinsam Gewalt zu verurteilen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Eben!)

Gewalt gegen Personen oder gegen Sachen in der Politik.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Selbst das kriegen Sie nicht hin. Und das ist das Armutszeugnis, um das es hier geht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Und dann wäre es schon schön, wenn Sie Ihre Vorwürfe so adressieren,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

dass wir auch was damit anfangen können.

Im Übrigen möchte ich noch sagen, es ist auch mir jedenfalls nicht bekannt, dass auch nur ein Einziger derer, die an einem „Flügel“-Treffen – wo auch immer und wie auch immer – teilgenommen haben, Gewalttaten ausgeübt hätte,

(Der Abgeordnete Peter Ritter spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

während Gewalttaten gegen Teilnehmer

(Der Abgeordnete Peter Ritter spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

solcher „Flügel“-Treffen sehr häufig vorgekommen sind.

(Der Abgeordnete Peter Ritter spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Sie sollten sich also gerade mit diesem Stichwort erst mal an die eigene Nase fassen! Das meine ich nicht persönlich. Ich bin überzeugt, Sie haben nie Gewalttaten gegen „Flügel“-Teilnehmer ausgesprochen, aber Sie sollten dann

mal in dem Umfeld, das wir als gewaltbereite Antifa bezeichnen, überlegen, mit wem Sie bereit sind, auf die Straße zu gehen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

bevor Sie so haltlose Vorwürfe von sich geben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wer Angst vorm Storch hat, ...)

das Wort hat,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
... der redet auch solchen Unsinn.)

das Wort hat noch einmal für die Fraktion der AfD Herr Förster.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD –
Horst Förster, AfD: Herr Krüger,
erst nachdenken! –
Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte an sich nicht dazu sprechen, eine stundenlange Debatte, die aber eines ganz klar uns vor Augen geführt hat, ein Dilemma dieser Republik, nämlich die Art, wie in diese höchsten Gremien hineingewählt wird. Ich sage nur „Paketlösung“.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

An sich hätte jeder,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

der neutral an das Thema herangeht, erwartet, dass in ein Verfassungsgericht die gewählt werden, die sich durch besondere fachliche Qualifikationen und durch ihre Persönlichkeit hervorgetan und bewährt haben. Die Wahrheit ist – und da müssen wir nicht nach Trump gucken und nicht nach Ungarn gucken, nicht nach Polen gucken –, die Wahrheit ist, dass man nur gewählt wird, wenn man entweder einer Partei angehört oder eine große Parteinähe hat.

Und seien wir ehrlich, diese ganze Diskussion offenbart es doch gnadenlos, diese Art, die wir uns jetzt auferlegt haben, von der wir uns auch befreien könnten, indem wir uns davon freimachen, diese Art hat dazu geführt, dass es eben nicht in erster Linie um Kompetenz geht.

(Andreas Butzki, SPD: Der Welterklärer!)

Da können Sie hingucken, wo Sie wollen, auch beim Bundesverfassungsgericht,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

das wird ausgekungelt in den Hinterzimmern und dann kommt es zu Paketlösungen: Du wählst den und ich wähle den.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Sebastian Ehlers, CDU)

Herr Ehlers, hören Sie zu und denken Sie nach! Das ist ein Übel, das diese Republik auf Dauer beschädigt, und zwar sehr beschädigt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Warum haben wir denn in allen Parteien diese Kompetenzprobleme? Warum ist die Führungsschicht zu dünn?

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Weil das alles dazugehört. Also ich kann nur noch mal sagen, kehren Sie in sich

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und nehmen Sie alle für sich mit, über diese Problematik nachzudenken,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und dann könnte man sich ja vielleicht verabreden, bei der nächsten Wahl darauf zu achten, dass mindestens die Hälfte, dass bei denen allein auf Kompetenz und Persönlichkeit abgestellt wird. Das ist ein Kernproblem, das kann ich nur wiederholen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen haben
Sie keinen gefunden, keinen kompetenten. –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Und, Herr Renz, genau an Sie jetzt: Ich habe ja damals nicht mitgewählt, aber ich weiß noch ganz genau, dass ich im Ausschuss den Antrag gestellt hatte, und zwar ganz bewusst nicht diskriminierend, alle, die noch nicht angehört worden waren, anzuhören. Und ich war entsetzt, unisono wurde das abgelehnt. Das ist die Wahrheit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und da sollten Sie auch drüber nachdenken.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Es wurde abgelehnt, überhaupt Frau Borchardt anzuhören im Ausschuss.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Weil es vorher eine
andere Verabredung gab!)

Da sehen Sie, weil es Verabredungen gibt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil es
vorher eine andere Verabredung
gab! Mit Ihrer Zustimmung!)

Und das System finden Sie gut? Ja?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Mit Ihrer Zustimmung!)

Verabreden! Nein, jetzt bei der Wahl gab es keine Verabredungen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Natürlich! Natürlich!)

Ich rede nicht von 2017, da war ich nicht dabei. Hier gab es keine,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein!)

hier gab es keine Verabredungen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich!)

Wir waren im Ausschuss, und da kann man den Antrag stellen – und da kann vorher besprochen sein, was will –, den Antrag stellen, wir wollen jeden, den wir wählen, zumindest anhören. Das ist das Mindeste!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist Ihr System, das haben Sie abgelehnt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Paketlösungen sind wichtig, Machterhalt ist wichtig!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nein, wenn es Ihnen um Kompetenz ginge und dass die besten Leute gewählt werden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wo sind denn Ihre
Vorschläge gewesen in der Kompetenz?)

dann müssen Sie andere Verfahren betreiben. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Förster!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben ja
nicht mal einen Vorschlag gebracht.)

Herr Förster, mir liegt noch ein Antrag auf Kurzintervention von Herrn Ehlers vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kein
Vorschlag, aber über Kompetenz reden!
Das sind mir die Richtigen!)

Horst Förster, AfD: Da könnte ich auch was zu sagen, warum.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da könnte
ich aber was erzählen dazu!)

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Debatte ist hitzig. Ich bitte jetzt aber trotzdem, dass Herr Ehlers seine Kurzintervention vortragen kann.

Herr Ehlers, bitte schön, Sie haben das Wort.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin!

Herr Kollege Förster, aus zwei Gründen bin ich nach vorne gekommen. Erstens, wir reden bisher nur über die

Richterin Frau Borchardt. Mit Ihrem Redebeitrag haben Sie jetzt eigentlich das Landesverfassungsgericht und sämtliche Verfassungsgerichte dieses Landes komplett diskreditiert,

(Andreas Butzki, SPD: Sehr richtig!)

indem Sie hier unterstellt haben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

indem Sie unterstellt haben, es ginge hier nur um Parteienproporz, es geht nicht um Kompetenz. Dagegen verahre ich mich. Vor allem für die Wahlvorschläge, die wir als CDU-Fraktion eingebracht haben,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

verwahre ich mich entschieden dagegen, dass wir dort nicht kompetente Richterinnen und Richter, die seit vielen Jahren in diesem Land hier tätig sind, aufgestellt haben. Das weise ich hier an der Stelle ganz entschieden zurück!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Sehr gut!)

Und wenn, Herr Förster, Sie der Meinung sind, dass Fraktionen hier keine Vorschläge machen sollen, dann hätten Sie doch 2017 auf Ihren Wahlvorschlag verzichten können. Dann hätten Sie sagen können, wir als AfD halten nichts von diesem System, der Platz, der uns zusteht,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

den kriegt eine andere Fraktion. Aber 2017, da war es dann nun mal so weit, auch Sie durften an den Trog der Macht, durften da ein bisschen mitschlabbern an der Stelle, und da war Ihnen jedes Mittel recht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Da haben Sie also auch einen gemeinsamen Wahlvorschlag,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

einen gemeinsamen Wahlvorschlag unterschrieben, hier gemeinsam mit allen Fraktionen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und der letzte Punkt, Herr Förster, damit auch hier keine Legendenbildung entsteht: In der ersten Beratung über das Thema im besonderen Ausschuss war Konsens zwischen den Fraktionen,

(Zurufe von Jens-Holger Schneider, AfD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

dass wir gesagt haben, diejenigen, die wir schon mal gehört haben vor drei Jahren, wo es im Übrigen – und da zitiere ich jetzt mal aus dem Nähkästchen – um keinerlei Fragen ging in Richtung Verfassungstreue von Frau Borchardt, da gab es auch den Konsens zwischen den Fraktionen, dass wir diejenigen, die schon mal gehört

wurden, unter anderem jetzt die Präsidentin, nicht noch einmal hören.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Richtig! Sehr richtig!)

Später kamen Sie dann mit dem Vorschlag,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

aus fadenscheinigen Gründen. Also, Herr Förster, bleiben Sie da bei der Wahrheit! Auch im ersten Anlauf hatten Sie gar kein Interesse daran gehabt, Frau Borchardt hier noch mal zu hören. Bitte bleiben Sie auch an der Stelle bei der Wahrheit! – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Förster, möchten Sie darauf erwidern?

Horst Förster, AfD: Ja, gerne.

(Andreas Butzki, SPD:
Da bin ich aber gespannt.)

Also, Herr Ehlers, wenn Sie meine Ausführungen so verstanden haben, dass es mein Ziel war oder auch in der Wirkung

(Torsten Renz, CDU: So war es!)

ich die Verfassungsgerichte diskreditiert habe, dann haben Sie mich völlig missverstanden.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Andreas Butzki, SPD: Das hat
hier jeder so verstanden.)

Ich habe gesagt, dass wir ein System betreiben, das nicht primär darauf ausgerichtet ist,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

die Besten und Kompetentesten zu wählen,

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

und der Fall „Borchardt“ ist klassisches Beispiel dafür.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Sie können doch nicht im ..., ich will Frau Borchardt überhaupt nicht zu nahe treten, aber Sie können nicht ernsthaft behaupten, dass diese also die Inkarnation der Kompetenz ist.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Oh!)

Und was nun diese Anhörung anbelangt, das ist ja nun abenteuerlich.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist ja unerhört!)

Sie sagen, weil sie vor drei Jahren angehört worden waren. Ja,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war Verabredung im Ausschuss!)

sehen Sie mal, so verstehen Sie eine Wahl. Ich sitze mit im Ausschuss und die meisten, glaube ich, dort im Ausschuss hatten vor drei Jahren nicht da gesessen. Dann soll eine,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann hätten Sie doch dagegen stimmen können. – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

dann soll eine Regel gelten, weil wir die schon mal – wir, wer ist wir? Nicht die jetzt wählen! –, weil die, die damals mitgewählt haben, vor drei Jahren die schon mal angehört haben, soll sie jetzt nicht angehört werden. Selbst, wenn das so abgesprochen gewesen wäre,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mit Ihnen!)

wenn dann die, die jetzt zu entscheiden haben – dazu gehörte ich und er, glaube ich, auch, hat das auch mitgetragen –,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Er da, er da!)

wir haben den Antrag dann gestellt,

(Andreas Butzki, SPD: Wer denn? Wer denn?)

nein, wir wählen jetzt und wir wollen die, die wir wählen, auch anhören. Und das haben wir ...

Genau so! Nun hören Sie auf! Genauso war es. Also bitte!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, war es nicht!)

Jetzt hören Sie auf,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, war es nicht!)

wenn Sie von Wahrheit reden!

(Peter Ritter, DIE LINKE: War es nicht!)

Da kann ich mich noch sehr gut dran erinnern!

(Peter Ritter, DIE LINKE: War es eben nicht!)

Also genau so war es! Ich habe den Antrag gestellt und Sie haben ihn ohne Diskussion abgelehnt, wahrscheinlich mit der Begründung, vor drei Jahren ist das geschehen, nur, ich war vor drei Jahren nicht da, und bevor ich wähle,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es geht nicht um vor drei Jahren!)

habe ich das gute Recht

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

anzuhören.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Begreifen Sie das nicht? Wahrscheinlich war er nie dabei im Ausschuss!)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat

(Peter Ritter, DIE LINKE: Junge, Junge, Junge!)

jetzt noch einmal für die Fraktion der SPD Herr Schulte

(Peter Ritter, DIE LINKE: Fasst Beschluss im Ausschuss und kann sich nicht erinnern!)

und ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal und vor allen Dingen auch, von bilateralen Gesprächen abzusehen. Wir sind in einer sehr heftigen Debatte, und ich glaube, es gebietet jetzt auch der Anstand, wenn wir jetzt auch dem vielleicht letzten Redner zu dieser Debatte lauschen.

Bitte, Herr Schulte!

Jochen Schulte, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich komme jetzt auf das zurück, was Herr Kollege Ehlers in seiner Kurzintervention gesagt hat, weil das muss ich an dieser Stelle sagen, und da bin ich jetzt nicht nur als Abgeordneter gefordert, sondern das hängt auch mit meinem Selbstverständnis auch als Jurist zusammen.

Das, was Herr Förster hier eben gesagt hat, habe ich genau so verstanden, wie Herr Ehlers das auch verstanden hat, nämlich, Herr Förster, dass Sie tatsächlich hier nicht nur dieses Landesverfassungsgericht und die Rechtmäßigkeit und die Zusammensetzung dieses Landesverfassungsgerichts grundsätzlich infrage gestellt haben und damit letztendlich auch die Regelungen, die in unserer Landesverfassung für die Zusammensetzung und die Wählbarkeit für das Landesverfassungsgericht geregelt sind,

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

sondern auch die Frage der Verfassungsgerichtsbarkeit grundsätzlich.

Und ich habe das vorhin in meinem Redebeitrag gesagt, meine Damen und Herren – und ich habe eigentlich geglaubt, dass das selbst in der AfD konsensfähig wäre –, dass die Verfassungsgerichte, anders als die ordentliche Gerichtsbarkeit, eben auch politische, nämlich gesellschaftspolitische Gerichte sind, weil nur ein gesellschaftspolitisches Gericht, das das wahrnimmt, was in der Bevölkerung auch an gesellschaftlichem Wandel stattfindet, ist in der Lage, überhaupt Verfassung und Verfassungsrecht auszulegen und der sich wandelnden Gesellschaft anzupassen.

Und, meine Damen und Herren, wenn ich mir vorstelle, wie das Grundgesetz entstanden ist, und das wäre nicht durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes auch weiterentwickelt worden ...

(Der Abgeordnete Horst Förster bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schulte, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jochen Schulte, SPD: Nein, im Moment nicht.

Und, meine Damen und Herren, das Gleiche gilt auch für ein Landesverfassungsgericht. Die Zeit 2020 ist eine andere als die 1990, und natürlich ändert sich mit der Zeit auch die Wahrnehmung von Verfassungsrecht. Deswegen ist es zwingend erforderlich, dass dort nicht jemand im Elfenbeinturm sitzt, sondern tatsächlich auch politische, aber nicht parteipolitische Überlegungen, bitte schön, mit einbringt.

Und deswegen ist es völlig legitim, völlig legitim, dass diejenigen, die nach der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland auch an der Meinungsbildung in diesem Staat mitwirken sollen, nämlich die Parteien, die dafür gewählt worden sind, dass die in einem Konsens sich darüber verständigen, wer an einem Verfassungsgericht tätig wird. Und die Sicherstellung dafür, meine Damen und Herren, dass das nicht parteipolitisch alleine in die eine oder andere Richtung geht, wird halt dadurch erreicht, dass nicht eine einfache Mehrheit dafür erforderlich ist, sondern dass eine Zweidrittelmehrheit in diesen Parlamenten erforderlich ist.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Und das ist gut so!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schulte, mir liegt noch ein Antrag auf Kurzintervention von Herrn Förster vor.

Jochen Schulte, SPD: Dann kann ich ja wenigstens noch was sagen.

Horst Förster, AfD: Frau Präsidentin! Herr Schulte, vielen Dank!

Herr Schulte, eine Frage: Gesellschaftliche ...

(Andreas Butzki, SPD:
Das ist eine Kurzintervention!)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment, Herr Förster, wir sind jetzt ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist keine Frage!)

Horst Förster, AfD: Nein, keine Frage, nein.

Präsidentin Birgit Hesse: Genau, wir sind in der Kurzintervention, insofern müssen Sie ...

Horst Förster, AfD: Also dann will ich, ...

Präsidentin Birgit Hesse: ... eine Bemerkung machen.

Horst Förster, AfD: ... dann will ich feststellen, dass ich Ihren Ausführungen zur gesellschaftskritischen Kompetenz vollkommen zustimme, aber nicht der Auffassung bin, dass die, wie die Praxis es uns lehrt, identisch ist mit Parteinähe oder Parteizugehörigkeit. Es gibt zum Beispiel auf verfassungsrechtlicher Ebene viele kompetente Vertreter, die nicht einer Partei zugehörig sind und nicht unbedingt Parteinähe haben, die kommen aber regelmäßig bei den Wahlen nicht mit ran. Also der Punkt ist der, gesellschaftliche Kompetenz ja, das ist aber entgegen

Ihren Ausführungen nicht gleichzusetzen mit Parteizugehörigkeit oder Parteinähe. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schulte, möchten Sie erwidern?

Jochen Schulte, SPD: Ja, ...

Präsidentin Birgit Hesse: Und, Herr Professor Weber, ...

Jochen Schulte, SPD: ... weil ...

Präsidentin Birgit Hesse: ... ich weise Sie darauf hin, dass Sie keine Redezeit mehr haben.

Bitte, Herr Schulte.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oooh! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Jochen Schulte, SPD: Meine Damen und Herren, das ist kein Widerspruch, Herr Förster. Natürlich gibt es in Parteien inkompetente Personen, und natürlich stehe ich auf dem Standpunkt, dass diese auch nicht an ein Verfassungsgericht gewählt werden sollen. Ich gucke jetzt keinen an.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE,
und Christel Weißig, fraktionslos)

Aber, meine Damen und Herren, auch der Umstand, dass ich Mitglied einer Partei bin, spricht nicht dagegen, dass ich an ein Verfassungsgericht gewählt werde.

(Rainer Albrecht, SPD: Genau.)

Und deswegen bleibe ich dabei, es gibt in den Verfassungen der Länder und des Bundes, dem Grundgesetz, klare Regelungen darüber, wie eine Verfassungswahl stattfinden soll,

(Andreas Butzki, SPD: Das weiß er doch auch!)

und das ist auch richtig so.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, bin ich mir nicht sicher!)

Und, meine Damen und Herren, ich will das an einem ganz konkreten Beispiel noch mal deutlich machen: Ich, als ich studiert habe, habe unter anderem Verfassungsrecht gehört bei Herrn Professor Papier. Das wird jetzt dem einen oder anderen nichts sagen,

(Zurufe aus dem Plenum: Doch!)

deswegen der freundliche Hinweis meinerseits, Herr Professor Papier war lange Zeit auch Mitglied des Bundesverfassungsgerichts.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig!)

Und Herr Papier war Mitglied der CDU. Und ich kann es mal ganz deutlich sagen: Natürlich teile ich nicht alle politischen Auffassungen, die er als Mitglied der CDU hat, und ich bin mir auch sicher, dass sein Wertekanon, der, der ihn auch zur Mitgliedschaft in der CDU gebracht

hat, auch bei seinen Entscheidungen mit eine Rolle gespielt haben wird, aber wo ich mir auch 100-prozentig sicher bin, ist, dass sein Parteibuch eben keine entscheidende Rolle bei seinen Entscheidungen war, und deswegen ist die Kritik, Herr Förster, die Sie anbringen, völlig haltlos.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Andreas Butzki, SPD:
Das weiß er doch auch!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schulte!

(Peter Ritter, DIE LINKE: So, haben jetzt alle ausgeschlafen? –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion der AfD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5081 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr den Schriftführer beziehungsweise die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 13.44 Uhr

Wiederbeginn: 13.46 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 61 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 15 Abgeordnete, mit Nein stimmten 46 Abgeordnete. Es enthielt sich kein Abgeordneter. Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5081 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Grundgesetz hat sich auch in Zeiten der Corona-Pandemie bewährt – Verschwörungsideologien aktiv entgegnetreten, Drucksache 7/5009.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Grundgesetz hat sich auch in
Zeiten der Corona-Pandemie bewährt –
Verschwörungsideologien aktiv entgegnetreten
– Drucksache 7/5009 –**

Das Wort zur Begründung hat von der Fraktion DIE LINKE Frau Bernhardt.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Wir haben heute dieses aus unserer Sicht wichtige Thema der Frage der Grundrechtseingriffe aufsetzen lassen, weil ich erlebt habe, dass Menschen eine Positionierung der Politik zu den Grundrechtsbeschränkungen, also von uns, erwarten und weil wir als Linksfraktion dieses wichtige Thema eben nicht Verschwörungstheoretikern oder Rechtspopulisten überlassen wollen, wo keine sachliche Grundlage vorhanden ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, in den letzten Wochen, seit Mitte März, erfolgte ein unvorstellbarer Eingriff in fast jedes Grundrecht des Grundgesetzes. Betriebe wurden geschlossen, Fitnessstudios, Nagelstudios oder Kosmetiksalons etwa, Menschen durften sich nur noch innerhalb ihrer Kernfamilie treffen, Kitas, Schulen waren geschlossen, Demonstrationen waren in der Hochphase verboten, Sport- und Kultureinrichtungen waren geschlossen. Niemand von uns, niemand in Mecklenburg-Vorpommern hätte sich jemals eine derartige Situation vorstellen können. Deshalb an dieser Stelle Danke an die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die das diszipliniert mitgetragen haben!

Aber aus unserer Sicht waren all diese Maßnahmen im Großen und Ganzen notwendig, denn zunächst muss man sich immer bewusst machen, dass wir eine weltweite Pandemie zu meistern hatten, von der WHO so ausgerufen, also auch nicht von irgendjemandem. Das streitet auch niemand ab, aber es wird die Gefährlichkeit des Virus angezweifelt, aber nicht die Pandemie an sich. Die Gefährlichkeit zu beurteilen, ist jedoch Aufgabe der Wissenschaft. Das können wir uns hier nicht anmaßen, und erst recht konnten wir das nicht, als die Pandemie losging. Niemand wusste, was auf uns zukommen würde. Es gab für ein solches Szenario keine Blaupause.

Wir hatten als mahnendes Beispiel etwa die Zahlen Italiens, einer der führenden Volkswirtschaften Europas. Als wir hier am 16. März begannen, das öffentliche Leben in Mecklenburg-Vorpommern herunterzufahren, gab es in Italien bereits fast 25.000 Infizierte und über 1.800 Tote. Einen Monat später waren es knapp 170.000 Infizierte und über 22.000 Tote – Zahlen, die auch in Deutschland gedroht hätten, wenn man zu spät reagiert hätte. Zum Glück haben wir aber schnell reagiert. Nur damit sind die geringen Infektions- und Sterberaten zu begründen.

Die geringen Infektionszahlen in Mecklenburg-Vorpommern waren da kein Maßstab, denn auch in Italien waren es am Anfang „nur“ 1.000 Infizierte und „nur“ 29 Tote, wobei jeder Infizierte und jeder, der daran verstorben ist, zu viel ist. Wie es wenige Wochen und Tage später aussah, das habe ich gerade skizziert, und da habe ich noch nicht den Blick über den Ozean nach Amerika gewendet. Und dass es natürlich auch immer Wissenschaftler und

Ärzte gibt, die andere Auffassungen vertreten, das ist klar, und auch diese müssen natürlich gehört werden.

Politisch bin ich jedoch der Meinung, dass es angebracht ist, in einer Situation, wo sich die Gelehrten streiten, es um das Leben vieler Menschen geht, mit Bedacht das Risiko einzuschätzen und in einer so unsicheren Zeit erst mal vom größtmöglichen Risiko für die Bevölkerung auszugehen, um möglichst viele Menschen vor Gefahren zu schützen und dem Gesundheitssystem Zeit zu geben, die notwendigen Kapazitäten aufzubauen. Es mussten Maßnahmen ergriffen werden, die die Ausbreitung des Virus verhindern, und ja, diese Maßnahmen griffen und greifen in Grundrechte ein.

Je länger wir uns in der Corona-Krise befanden, umso mehr nahmen die Ängste zu, die dann zu Demonstrationen und zu sogenannten Hygienedemonstrationen und -spaziergängen führten, aber – und auch das gehört zur Wahrheit mit dazu – noch im Mai haben über 80 Prozent der Menschen in Deutschland die Maßnahmen befürwortet. Die Kritiker sind also in der Minderheit, nichtsdestotrotz müssen ihre Ängste und Befürchtungen gehört und ernst genommen werden, erst recht bei der Schwere der Grundrechtseingriffe. Es ist auch richtig, wenn staatliche Maßnahmen, die in Grundrechte eingreifen, hinterfragt werden.

Meine Damen und Herren, auch im April kamen dann bei mir aus dem Wahlkreis erste Anfragen zur rechtlichen Einschätzung der Grundrechtseingriffe aufgrund der Corona-Maßnahmen an. Wir haben uns dann in einem sehr intensiven Prozess in der Fraktion eine Meinung erarbeitet. Für uns war immer klar, dass es eine unsichere Lage war, dass es trotz der Krisensituation sein musste, dass die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger bewahrt bleiben und nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden durften, dass jede Maßnahme stets und kritisch zu hinterfragen ist, was insbesondere den Inhalt und auch die Geltungsdauer betraf. Wir taten dies und kritisierten so beispielsweise die Weitergabe der Daten von infizierten Personen an die Polizei oder das Einreiseverbot von Studenten. Und auch hier erfolgten Verbesserungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, nicht nur wir achteten auf die Grundrechte, auch unsere Bürgerinnen und Bürger nutzten ihr Recht auf Rechtsschutz und ließen die ergriffenen Maßnahmen gerichtlich überprüfen. Etwa tausend Eilanträge gingen nach Angaben des Deutschen Richterbundes deutschlandweit ein. Auch unsere Gerichte in Mecklenburg-Vorpommern arbeiteten im Akkord, deshalb mal an dieser Stelle auch vielen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gerichten. Man sieht zum Beispiel, beim Oberverwaltungsgericht ergingen am 08.04., am 09.04., am 15.04., am 17.04. beispielsweise einstweilige Entscheidungen, die sich zu der Corona-Verordnung positioniert hatten. Das ist nur ein kleiner Auszug aus den Entscheidungen insgesamt.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Unverhältnismäßige Beschränkungen wurden durch das Gericht aufgehoben, wie etwa das Verbot, zu Ostern an die Ostsee zu fahren.

Aus unserer Sicht ist grundsätzlich festzustellen, dass der Rechtsstaat grundsätzlich funktionierte. Natürlich

zeigten sich auch an der einen oder anderen Stelle Verbesserungsnotwendigkeiten, beispielsweise, wenn es um die Beteiligung des Parlamentes an der erlassenen Verordnung geht. Der Landtag muss als Volksvertretung stärker beteiligt werden. Erst in der letzten Landtagssitzung hatten wir deshalb den Entwurf zum Infektionsschutzbeteiligungsgesetz vorgelegt. Leider wurde diese Überweisung abgelehnt, aber es gab ja auch ein gewisses Einsehen und ein gewisses Versprechen, dass man an der Sache dranbliebe. Alle drei Gewalten, so sehen wir es, sind in der Krise ganz besonders gefordert, besonnen zu handeln, und genau das haben wir gesehen.

Ganz besonders aus unserer Sicht ist es jedoch wichtig, auch die Bevölkerung an sich mitzunehmen. Sie muss informiert werden, sie muss die Möglichkeit haben, sich zu äußern, ihre Bedenken müssen entscheidend in staatliche Maßnahmen mit einfließen, ansonsten gehen die Menschen auf die Straße, denn die gefühlte Wahrnehmung der Intensität von Eingriffen in die eigenen Grundrechte war bei einigen besonders hoch. Keine Frage, wenn jemand ein kleines Ladengeschäft und ein Restaurant nicht öffnen darf, ist das ein existenzbedrohender Eingriff in die Berufsfreiheit. Für diese Menschen muss man Verständnis haben und gemeinsam nach Lösungen suchen. Ich habe zutiefst Verständnis für all diejenigen, die angesichts der Eingriffe um ihre Grundrechte fürchten, aber nie – und das will ich hier deutlich sagen – wurden Grundrechte abgeschafft, und wer etwas anderes behauptet, der lügt einfach.

Ich glaube, hier haben einige Menschen eine falsche Vorstellung, ...

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Danke, Herr Krüger!

... eine falsche Vorstellung von Grundrechten. Grundrechte der Einzelnen gelten eben nicht schrankenlos, sie sind mit der Ausnahme der Menschenwürde unter engen Voraussetzungen einschränkbar, und im Fall von Corona wurden viele Grundrechte eingeschränkt, um die Ausbreitung des hoch infektiösen Virus zu verhindern. Er ist eben nicht mit einer bloßen Grippe vergleichbar, wie manche gerne behaupten. Das zeigen die Infektionszahlen und auch die Menschen, die gestorben sind. Und aus diesem Grund mussten die Grundrechte eingeschränkt werden.

Rechte Hetzer verschweigen diese Tatsache gern, wenn wieder einmal gegen die Staatsgewalt gewettert wird. Sie suggerieren, Grundrechte seien schrankenlos gewährt. Auch auf Demonstrationen oder Spaziergängen wird dies gerne behauptet. Mitnichten! Grundrechte des Einzelnen haben immer ihre Grenzen in den Grundrechten anderer, wie gesagt, mit Ausnahme der Menschenwürde. Wer sich also auf Demonstrationen auf die Einhaltung der Grundrechte beruft, den trifft diese Pflicht genauso.

Deshalb ist es zutiefst zu verurteilen, wenn, wie in Neubrandenburg auf einer Demonstration geschehen, Menschen beleidigt oder verletzt werden. Das verletzt das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit anderer. Deshalb ist es zutiefst zu verurteilen, wenn, wie in Demmin oder Berlin geschehen, Journalisten bedroht werden. Das verletzt die Pressefreiheit. Deshalb ist es zutiefst zu verurteilen, wenn auf Demonstrationen gegen Juden

gehetzt wird oder Verschwörungstheorien verbreitet werden, die jeglicher Grundlage entbehren, weil eben dies die Menschenwürde verletzt.

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit darf nicht missbraucht werden, wie es etwa in Demmin geschehen ist. Hier werden berechnete Ängste als Deckmäntel für Straftaten genutzt. Da hat meine Fraktion eine klare Position zu: Das lehnen wir ab. Wer sich auf seine Freiheit beruft, hat die Freiheit anderer zu respektieren! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Dagmar Kaselitz, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, Ich muss einfach sagen, ich finde den Antrag in weiten Teilen tatsächlich gelungen. Ich danke Ihnen auch für Ihre Worte dazu. Sie stellen völlig zu Recht dar, was unsere Demokratie und im doppelten Wortsinn auch wirklich unsere Verfassung in den letzten Wochen seit Mitte März eigentlich geleistet haben. Angesichts eines neuen, eines unbekannteren, eines bisher nicht durch Impfung oder wirksame Therapie behandelbaren Virus stand die Regierung und standen alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, überall auf der Welt vor einer wirklich schwierigen Aufgabe, ganz verantwortlich, aber unter allergrößter Unsicherheit sehr vorsichtig und trotzdem aber immer in einem Ringen und der Achtung der Verhältnismäßigkeit Maßnahmen zu ergreifen, die das Gesundheitssystem vor dem Zusammenbruch bewahren, die Menschenleben retten und die gleichzeitig aber die Wirtschaft und auch das soziale und das kulturelle Miteinander im Blick behalten und die einfach helfen, helfen, helfen, mit dieser Situation umzugehen. Da sind viele Stichworte auch in den letzten Debatten gefallen: der MV-Schutzfonds, das Konjunkturpaket, der MV-Plan – alles in diesem Kontext zu sehen.

Wenn man mal den Blick durch Europa und auch durch die Welt schweifen lässt, dann kann man angesichts dieser Pandemie wirklich froh und dankbar sein, dass wir über eine so zuverlässige und eine so verantwortungsbewusste Politik in Deutschland verfügen, über eine so zuverlässige, verantwortungsbewusste Landesregierung und auch Bundesregierung in Deutschland. Hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern mit Manuela Schwesig an der Spitze, mit dem gesamten Kabinett, aber auch mit dem gesamten Parlament, mit der Fraktion DIE LINKE ist insgesamt ein wirklich herausragendes Krisenmanagement entstanden, und das wird auch in diesem Land so gesehen von der absoluten Mehrheit der Bevölkerung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das zeigen nicht zuletzt die neuen und auch die sehr guten Zustimmungswerte in repräsentativen Befragungen, und ich finde, das haben Sie mit Ihrem Antrag auch sehr zutreffend beschrieben, und auch Ihr Hinweis, dass trotz sehr erheblicher Maßnahmen – das muss man ganz klar sagen, das waren sehr erhebliche Maßnahmen, die ergriffen worden sind – immer die Möglichkeit bestand, diese durch eine unabhängige Justiz rechtlich prüfen zu lassen.

Und es hat dazu auch zu jedem Zeitpunkt eine politische Debatte stattgefunden. Auch das rufen Sie mit Ihrem Antrag in meinen Augen sehr berechtigt in Erinnerung. Es ist nämlich doch in den letzten Wochen auf diversen Demos und sogenannten Spaziergängen immer wieder dazu gekommen, dass in den Raum gestellt worden ist, es gäbe so etwas wie eine Maulkorbpolitik oder das Volk müsse sich gegen teuflische Pläne der langfristigen Entrechtung durch eine übergeordnete Macht, die da oben, wehren. Und damit meine ich ausdrücklich nicht jene Menschen, die mit ganz normalen Kundgebungen gemäß Versammlungsgesetz auf ihre Interessen hingewiesen haben oder auch ihre Wünsche und ihre Forderungen zur Sprache gebracht haben. Ich nenne mal die Wirte, die Spielhallen, die Fitnesseinrichtungen, verschiedene Bürgerinitiativen, Black-Lives-Matter-Demos. All das hat ja stattgefunden in dieser Zeit.

Und, meine Damen und Herren, es gab auch ganz andere Versammlungen, auf die DIE LINKE in dem Antrag auch eingeht und über die wir als Parlament in der Tat auch sprechen sollten. Einige davon habe ich mir persönlich angeschaut. Beispielsweise in Rostock haben mehrere solche Corona-Spaziergänge, wie sie sich genannt haben, stattgefunden, wo sich teils rund 500 Personen versammelt haben, klatschend, mit „Wir-sind-das-Volk“-Sprechchören, aber eigentlich ohne Botschaft, ohne Positionierung, ohne Forderung. Und neben Vertretern des AfD-Kreisvorstandes und auch weiteren AfDlern war auch die Identitäre Bewegung, waren Hooligans, waren autonome Nationalisten mit dabei und gleichzeitig aber auch sehr viele bürgerliche Gesichter. Es gab keine Reden, keine offiziellen oder sichtbaren Positionierungen, und ich hatte tatsächlich den Eindruck, dass da erst mal jeder für seine eigene Wahrheit demonstriert hat.

Das dürfte wohl auch das Einzige sein, was diese total gegensätzliche Querfront eint: dagegen sein. In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, liegen die Intentionen meines Erachtens sehr, sehr weit auseinander. Während es klassische Rechtsaußen und Neonazis gibt, die am liebsten Corona als Hebel nutzen würden, im Rahmen einer paradoxen Intervention – so nenne ich es mal – unsere freiheitliche Demokratie abzuschaffen, fühlen sich andere Bürgerinnen und Bürger durch staatliche Hygieneverordnungen derart in ihrer persönlichen Freiheit beschnitten, dass sie diktatorische Züge erkennen, die es zu bekämpfen gilt.

Einige der Teilnehmenden solcher Spaziergänge – das war meine Beobachtung – demonstrieren tatsächlich das erste Mal in ihrem Leben, haben kein Vertrauen in die Regierung, und für viele andere in dieser Gruppe hängt aber schon lange alles mit allem zusammen und es ist gar nichts mehr wahr, was man in der Presse lesen kann, was überhaupt in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Wieder andere wollen den Protest aufstacheln, wollen ihn übernehmen, wollen sich politisch gegen das gesamte verhasste demokratische System richten.

Was zum Beispiel ein Mundschutz mit einer, Zitat, „Merkel-Burka“, Zitatende, zu tun hat oder Kontaktbeschränkungen gegen ein weltweit aktives Virus mit, Zitat, „Erich-Honecker-Methoden“, Zitatende, zu tun haben, erschließt sich mir nicht. Das sind keine Fakten, das sind absichtliche und bössartige Übertreibungen. Tja, und wo solche Begriffe dann herkommen, die solche Denkweisen, solche Ideen, solche Verschwörungsideen nähren, da habe ich zumindest beim Begriff „Merkel-Burka“ eine sehr, sehr klare Vorstellung, wo so etwas herkommt.

Meine Damen und Herren, alle Gemäßigten in solchen Kundgebungen, wo es um Verschwörungsideen geht, alle Gemäßigten müssen sich zumindest zwei Fragen gefallen lassen, nämlich die erste Frage, die, finde ich, ist mit Abstand auch die relevanteste Frage: Was wäre eigentlich ihre eigene Lösung für ein verantwortungsvolles Umgehen mit einem unbekanntem Virus, das, wenn es nicht gebremst wird, andernorts zu Kliniknotstand und Massengräbern führt?

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Was ist die eigene Idee? Weil die muss man, finde ich, präsentieren können, wenn man sagt, andere gehen in einer freiheitlichen Demokratie nicht verantwortungsbewusst damit um.

Und die zweite Frage, die, finde ich, auch in diesem Zusammenhang sich jeder Bürger und jede Bürgerin, die es nach eigenem Bekunden gut meint mit unserer Verfassung, mit unserem Staat, auch gefallen lassen muss, ist: Wieso läuft man eigentlich auf Kundgebungen ohne eine Distanzierung mit den Feinden des Grundgesetzes, mit Faschisten mit? Macht man sich, wenn man da einfach ohne Distanzierung mitläuft, nicht eigentlich mit solchen Leuten gemein?

Die erste Frage, also was ist der richtige Weg, die haben wir hier sehr ausführlich diskutiert in diesem Parlament, und die zweite Frage ist in meinen Augen sehr einfach zu beantworten, nämlich mit Ja. Ja, wenn ich mich nicht mit Neonazis und Feinden unserer Demokratie gemeinmachen möchte, dann sollte ich auch nicht mit diesen Personen auf einer gemeinsamen Demo laufen, ohne mich davon zu distanzieren oder ohne auch im Nachhinein, selbst wenn man es irgendwo nicht auf dem Schirm hatte, damit einen kritischen Umgang zu finden.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ich habe noch nie gehört, dass Sie sich von der Antifa distanziert hätten, noch nie.)

Und von solchen Distanzierungen war nichts zu sehen, meine Damen und Herren, von solchen Distanzierungen war nichts zu sehen.

Und erlauben Sie mir aber auch bei der anderen Frage, was denn die beste Lösung wäre, noch mal einen Rückblick auf die vorangegangenen Sitzungswochen hier im Landtag. Da gab es nämlich eine Fraktion in diesem Hause, die hat uns Schweden – und das gegen jede Evidenz – als das Corona-Schlaraffenland, wo ohne Einschränkungen Milch und Honig fließen, verkaufen wollen. Und, meine Damen und Herren, da müssen wir uns nicht wundern, dass Menschen in diesem Land verunsichert durch die Gegend laufen, lebensrettende und richtige Maßnahmen in Zweifel ziehen, wenn es hier einen sehr lautstarken Parlamentarischen Abend des, ich

sage mal, alternativen Nachrichtengeschäftes und der alternativen Weltansichten gibt, meine Damen und Herren.

„Echte Solidarität ist mehr als Klatschen“, das war ein Motto einer Kundgebung in Rostock. Für uns alle, meine Damen und Herren, ist der Umgang und bleibt der Umgang mit Corona wirklich schwer, wirklich herausfordernd, aber anstelle klatschend mit Neonazis durch die Straßen zu laufen, sollten wir uns alle gemeinsam fragen – und das ist eine Einladung an alle Bürgerinnen und Bürger –, sollten wir uns alle gemeinsam fragen, wie wir möglichst vernünftig, mit Respekt vor den Schwächeren und mit gegenseitiger Unterstützung durch eine solche Krise kommen.

Jeder von uns gewünschte und auch jeder grundgesetzlich geschützte, freiheitliche Umgang miteinander setzt doch voraus, dass alle Menschen Verantwortung für sich und für andere übernehmen und das Wir – nicht das Ich, Ich, Ich-möchte-dieses-oder-jenes-nicht – in den Mittelpunkt stellen, das Wir. Und viel zitiert und trotzdem wahr – Frau Bernhardt hat es ja im Grunde auch gesagt –, eine Freiheit gibt es nur, wenn man Verantwortung übernimmt, und Grundrechte für alle, das bedeutet, Regeln einzuhalten. Gemeinsam mit den Feinden unserer Demokratie auf alle Regeln zum Schutze Dritter zu pfeifen, auf Verantwortung zu übernehmen zu pfeifen, das ist definitiv nicht der richtige Weg dort. Darüber herrscht, glaube ich, in diesem Hause sehr weitgehend Einigkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Sebastian Ehlers, CDU)

Die CDU müsste jetzt auch klatschen, aber der Herr Ehlers macht das, also er übernimmt das stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen, die physisch noch anwesend sind.

Also abschließend gesagt, meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag enthält inhaltlich viel Richtiges. Ob das jetzt ein Beschluss von uns werden muss, ob nicht auch eine Aussprache mit einer kantigen Pressemitteilung gereicht hätte, vermag ich nicht zu beurteilen, eine gemeinsame Antragsinitiative hätte jedenfalls der gemeinsamen Meinungsbildung sicher gutgetan. So werden wir dem im Ergebnis nicht zustimmen. Ich bedanke mich aber trotzdem sehr herzlich für die Aussprache zu diesem wichtigen Thema. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Sebastian Ehlers, CDU – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine Uhr steht hier bei 13 Minuten und 16 Sekunden. Frau Larisch, vielleicht könnten Sie das re... Ah, herzlichen Dank!

Herr Barlen, Sie haben eingangs erwähnt, dass die Maßnahmen verhältnismäßig sein müssen. Er ist ja gar nicht mehr da, na gut.

(Julian Barlen, SPD: Doch, hier hinten!)

Ach da! Entschuldigen Sie bitte!

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Ja, guter Hinweis.

Die Maßnahmen staatlichen Handelns, die in Grundrechte eingreifen, die müssen aber nicht nur verhältnismäßig sein, sondern eben auch geeignet und erforderlich. Das ist der sogenannte Dreiklang vom staatlichen Handeln. Und diese Geeignetheit und Erforderlichkeit, die darf wohl auch hinterfragt werden. Das zu Ihrem Beitrag.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Der uns vorliegende Antrag ...

Nee, haben Sie gar nicht.

Der uns vorliegende Antrag der LINKEN verdeutlicht, wie abgehoben diese Fraktion mittlerweile ist. Erneut wird dieses Plenum dafür genutzt, die ewig gleiche linke Empörungslust zu befriedigen. Diesmal sind es die Skeptiker der aktuellen Corona-Politik, die mit dem verallgemeinernden Label der Verschwörungsideologien ins Visier genommen werden.

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und, Frau Bernhardt, da brauchen Sie gar nicht zu lachen, Sie haben am Ende Ihrer Rede alle, die eine andere Auffassung als die Ihrige haben, als rechte Hetzer bezeichnet. Und das finde ich sehr gefährlich, und das spaltet die Gesellschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der gesamte Antrag atmet den Geist eines Generalverdachts. Anstatt wirklich das Grundgesetz und unsere Grundrechte zu bestärken und sich umstandslos zur Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit zu bekennen, wird eine verschwörungstheoretische und rechte Gefahr an die Wand gemalt. So macht es sich die Fraktion DIE LINKE mal wieder sehr einfach.

Meine Damen und Herren, wir arbeiten in der Corona-Krise mit vielen Ungewissheiten. Deshalb ist es gefährlich, wenn Zukunftsfragen und Forderungen nach Grundrechten nicht diskutiert oder hinterfragt werden, weil angeblich überall Verschwörungstheoretiker hocken. Mit einer solchen Haltung ist DIE LINKE keine seriöse Oppositionspartei mehr, sie ist eher ein kläffender Hund, der die Maßnahmen der Regierung verteidigt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, im Antrag schreibt DIE LINKE, ich zitiere: „Soweit die Landesregierung unverhältnismäßige Maßnahmen beschlossen hat, wurden und werden diese durch die parlamentarische Opposition kritisiert und ... durch die unabhängige Justiz korrigiert.“ Zitatende. Welch ein arrogantes Eigenlob! Was für eine Arroganz gegenüber kritischen Bürgern, die jedes Recht dazu haben, auf die Straße zu gehen, auf Fehlentwicklungen hinzuweisen und auf mehr Eigenverantwortung zu pochen!

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Hab ich ja gesagt, Herr Kramer.
Da müssen Sie mal zuhören!)

Ja, das haben Sie gesagt, aber all diese Menschen bezeichnen Sie als rechte Hetzer.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Nee, bezeichne ich nicht, weil
das was ist, was da nicht drinsteht.)

Und das ist mehr als arrogant und gefährlich dazu. Die Pauschalisierung des kritischen Denkens, Frau Bernhardt, in der Bevölkerung gefährdet den demokratischen Diskurs, genau den Diskurs, den Sie immer einfordern, aber nicht bereit sind, selbst zu geben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Einbringer konterkariert also sein eigen formuliertes Anliegen, den Wert des Grundgesetzes in Krisenzeiten hochleben zu lassen. Das ist moralische Wichtigtuerei der schlimmsten Sorte.

(Julian Barlen, SPD: Das, was
Sie machen, meinte ich mit „paradox“. –
Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Die öffentliche Debatte muss den Streit, Herr Barlen, zulassen und wir alle sollten uns davor hüten, Demonstranten als Verschwörungstheoretiker oder antisemitisch oder rechtsextrem zu beschimpfen, so, wie Sie es taten.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Haben wir nicht gesagt.)

Wir brauchen intensive und faktenbasierte Gespräche, die auch den kritischen Blick auf politische Entscheidungen zulassen. Wir müssen auch die Kollateralschäden der jetzigen Maßnahmen in den Blick nehmen.

Meine Damen und Herren, DIE LINKE formuliert in ihrem Antrag, die Meinungsfreiheit sei, ich zitiere abermals, „gerade in Krisenzeiten wichtig“, Zitatende. Diese Formulierung ist mir viel zu lasch. Die Meinungsfreiheit ist nämlich ein elementares Grundrecht unserer Bürger. Es zu schützen, hat oberste Priorität. Im Antrag der LINKEN wird gnädigerweise auch die Versammlungsfreiheit als wichtig erachtet, jedoch nur, wenn die Abstandsregeln beachtet werden. Wie das im Einzelnen funktioniert, haben jüngste Demonstrationen von LINKEN und links-extremen Kreisen gezeigt. Tausende haben in Berlin und München die Abstandsregelungen ignoriert und standen in der Masse dicht gedrängt, schreiend, ohne Masken und Distanz beieinander.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Horst Förster, AfD: Das ist ja auch
eine andere Richtung.)

Was bei Corona-Skeptikern laut Innenminister Caffier ohne Toleranz durchgesetzt werden soll, trifft bei linken Demonstrationen auf milde Deeskalationsrhetorik und das Eingeständnis, dass Regeln nicht zwingend eingehalten werden müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das zeigt zumindest der sehr unterschiedliche Verlauf von Demonstrationen in Rostock in der jüngeren Vergangenheit. Diese Doppelmoral darf nicht sein und ist mehr als heuchlerisch.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, das Hauptanliegen Ihres Antrags ist es, den Disput über die Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht wirren Ideologen und hanebüchernen Theoretikern zu überlassen. Die legitime Auseinandersetzung mit abstrusen Gedankenwelten und eher weltfremden politischen Forderungen findet aber eben gerade nicht durch einen Antrag im Landtag statt. Ihre Fraktion sollte besser das Gespräch mit allen kritischen Bürgern auf der Straße suchen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Machen wir, Herr Kramer. Das machen wir.)

und seien sie noch so verschoben im Kopf.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Ich fordere uns heute alle auf, sich nicht im Landtag vor echten Streitgesprächen zu verstecken. Ja, das kann sehr anstrengend sein, und ja, dabei kann man mit völlig deplatzierten Gedanken und Vorstellungen konfrontiert werden, aber nur wenn dieser Streit offensiv und ergebnisoffen geführt wird, kann sich unser Grundgesetz auch in Zukunft weiter bewähren. Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen hat vor einer dritten Polarisierungswelle gewarnt, deren gesellschaftliche Auswirkungen heute noch gar nicht absehbar sind. Für eine gewinnbringende Debatte schreibt er uns ins Stammbuch, ich zitiere letztmalig: „Der Abschied von absoluten Wahrheitsvorstellungen, die Vermeidung pauschaler Attacken, die Freude an der Nuance, das Ringen um das Richtige, je besondere Mischungsverhältnis von Empathie und Konfrontation – darum geht es.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren, zukünftig entscheidend ist nicht, wie oft in diesem Landtag Verschwörungstheoretiker als Gefahr überhöht werden, entscheidend wird sein, wie wir durch diese Krise kommen, ohne die Schwachen in der Gesellschaft, sei es gesundheitlich oder ökonomisch, zu gefährden. Wir lehnen diesen oberflächlichen Antrag der LINKEN daher selbstverständlich ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der 23. Mai, der vor wenigen Wochen war, ist aus vielerlei Hinsicht ein wunderschöner Tag: in erster Linie natürlich, weil meine älteste Tochter an dem Tag geboren wurde, aber auch unsere geschätzte erste Vizepräsidentin, unsere Ministerpräsidentin und auch das Grundgesetz an dem Tag ja Geburtstag haben, und von daher macht es ja auch Sinn, wenige Wochen nach diesem Ereignis über das Grundgesetz zu reden.

Und klar ist auch, wir erleben aktuell in diesem Teil unserer Bundesrepublik, in Mecklenburg-Vorpommern die größten

Freiheitsbeschränkungen seit der friedlichen Revolution vor 30 Jahren, und da wäre es doch verwunderlich, wenn es dazu keine Diskussionen geben würde. Ich würde mir ernsthaft Sorgen machen um unser Land, um unsere Demokratie, wenn wir darüber keine Diskussionen und keine Debatten führen würden. Und durch diese erste Pandemie hier bei uns im Land ergibt sich natürlich auch verfassungsrechtlich eine Ausnahmelage. Dennoch – und das ist auch bekannt – gelten auch in normalen Zeiten die Grundrechte nicht vollkommen unbeschränkt, das hat der Verfassungsgeber hier bereits auch deutlich gemacht an der Stelle.

Ich möchte jetzt nicht in Anbetracht der Tatsache, dass wir etwas fortgeschritten sind, hier noch mal eine Grundsatzdebatte über die Schrankenvorbehalte für Grundrechte, die die Juristen sicher noch viel besser erklären können als ich, der aber auch mal öffentliches Recht studiert hat und da auch einiges zu gehört hat, hier erklären, ich will lieber auf die politische und inhaltliche Dimension eingehen. Und es ist ja im Infektionsschutzgesetz – wir haben es in den letzten Wochen ja häufiger diskutiert – auch ganz klar geregelt, unter welchen Voraussetzungen hier in Grundrechte eingegriffen werden kann. Dazu zählen die Grundrechte der Freiheit der Person, die Freizügigkeit, die Versammlungsfreiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Brief- und Postgeheimnis, aber – und das ist mir auch ganz wichtig zu betonen an der Stelle – es gilt immer der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, und der Schutz, der Gesundheitsschutz ist per se kein oberstes Grundrecht, welches immer alle anderen Grundrechte aussticht an der Stelle.

Und dies zeigt auch, dass die mit dem Grundgesetz ebenfalls geregelte Gewaltenteilung auch in diesen Zeiten der Corona-Pandemie weiterhin gilt. Und obwohl in den letzten Wochen häufig zu hören war, jetzt schlägt die Stunde der Exekutive, was sicherlich auch in vielen Teilen so war und ist, gab es immer wieder auch Initiativen aus dem Parlament. Wir haben im Parlament ja viele Dinge in den letzten beiden Sitzungsblöcken diskutiert, wir haben Haushalt, den Nachtragshaushalt hier besprochen. Eine Kontrolle des Regierungshandelns hat also auch hier im Landtag stets stattgefunden. Und auch durch die Gerichte: Wir haben es ja erlebt, Stichwort „Oster-Verordnung“, da haben sich auch die Gerichte unseres Landes mit den Dingen beschäftigt und, wenn es notwendig war, auch eingegriffen. Sie sehen also, der Rechtsstaat, unsere Verfassung, unser Grundgesetz – das funktioniert auch im Krisenmodus. Ich glaube, dahin gehend sind wir uns einig.

Und ich war auch schockiert über manche Bilder der letzten Wochen von den sogenannten Anti-Corona-Demos, die man da bundesweit verfolgen durfte. Es ist ein Stück weit auch Ergebnis einer Entwicklung der letzten Jahre. Wir sehen es bei vielen, vielen Debatten: Maß und Mitte sind in vielen Bereichen komplett verloren gegangen. Wir haben es bei der Flüchtlingskrise gesehen, bei anderen Themen. Es gibt nur noch schwarz oder weiß, ich bin für Flüchtlinge oder dagegen. Es findet eine zunehmende Polarisierung in unserer Gesellschaft statt, natürlich getrieben von bestimmten politischen Kräften.

Und das erleben wir natürlich dahin gehend jetzt auch, sodass man das Gefühl hat, bei einigen zumindest steht nur die Frage zwischen einem kompletten Lockdown und einer kompletten Öffnung. Ich glaube – und deswegen finde ich die Debatte heute wichtig, ich hätte es auch

besser gefunden, da bin ich beim Kollegen Barlen, es wäre eigentlich ein schönes Thema auch gewesen für die eine Aktuelle Stunde, das wäre, glaube ich, das wäre etwas substanzvoller gewesen an der Stelle –, es ist aber auch eine Chance, sagen, mal darüber zu reden, was unser Land ausmacht, und ich glaube, wir brauchen einfach mehr Maß und mehr Mitte an dieser Stelle.

Denn es ist doch mal ein Fakt, dass es immer noch Menschen gibt, die sich große Sorgen machen, die gesundheitlich beeinträchtigt sind, die aus den Gründen, die bekannt sind, sagen, das ist alles so richtig und mir kommen diese Lockerung viel zu schnell, die gibt es, und es gibt natürlich auch viele Menschen, die sagen, das ist mir alles viel zu viel, es war richtig, jetzt reicht es aber auch. In diesem Spannungsfeld bewegt sich ja Politik und in diesem Spannungsfeld muss Politik ja auch Entscheidungen an der Stelle treffen.

Und deswegen bin ich weit davon entfernt, jeden Kritiker der Corona-Maßnahmen hier als Verschwörungstheoretiker oder was auch immer abzutun. Das möchte ich mal ganz klar und deutlich an der Stelle unterstreichen. Aber all diejenigen, die natürlich sich dort auf den Weg machen, müssen dann auch immer schauen, mit wem sie sich da auf den Weg machen. Das, glaube ich auch, das gilt für jede Demonstration und es gilt natürlich auch für diese Corona-Demonstrationen, die wir hier haben. Und natürlich stellen wir fest, dass die Demonstrationen dort teilweise ja gekapert werden von Extremisten – das steht außer Frage –, von Verschwörungstheoretikern, von Esoterikern, von wem auch immer, auch, Kollegin Bernhardt, von Ihrem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Herrn Hunko, der dort ja auch an den Demos teilgenommen hat. Ich weiß, dass es ja bei Ihnen intern auch zu Diskussionen geführt hat, aber das zeigt ja einfach auch mal das Spannungsfeld, in dem wir uns bewegen. Und auch Frau Wagenknecht, Ihre linke Ikone, hat ja auch gesagt, die Menschen gehen auf die Straße, weil die Politik der Regierung so ungerecht ist. Also die versucht ja auch, diese Demonstrationen dann politisch zu instrumentalisieren und auszunutzen an der Stelle.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen finde ich es gut, dass auch Demonstranten – und so war es letzten Freitag hier in Schwerin, bei dem Bürgerdialog, zu dem Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtvertretung geladen haben –, auch einzelne Menschen dort gesagt haben, wir wollen uns hier auch nicht, und da ging es konkret um die AfD, vereinnahmen lassen,

(Beifall Henning Foerster, DIE LINKE)

hier unseren Protest politisch, und haben sich da ganz klar auch davon distanziert, weil, meine Herren von der AfD, das gehört ja auch zur Wahrheit dazu, dass Sie ein etwas ambivalentes Verhältnis zum Grundgesetz haben. Das machen Sie immer wieder ja deutlich. Herr Kollege Förster betont ja in jeder Rede – gestern ja erst wieder, extra noch mal –, dass es keine Verfassung ist. Das muss man, finde ich, jetzt nicht in jeder Debatte noch mal herausheben, weil es ja irgendwie suggeriert, als wenn das hier irgendetwas Dahergeschriebenes ist an der Stelle. Deswegen finde ich es auch ein bisschen befremdlich, wenn ich da AfD-Politiker sehe, die mit dem Grundgesetz auf Demonstrationen gehen,

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

denn, meine Herren von der AfD, wenn ich mir einige Bereiche aus dem Grundgesetz anschau und Ihr Verhältnis dazu, dann stellen sich da schon sehr, sehr viele Fragen.

Stichwort „Religionsfreiheit“: Ihr langjähriger Landesvorsitzender Augustin, habe ich in Erinnerung, wollte den Islam mal komplett verbieten. Also da müssen Sie sich schon mal die Frage stellen lassen: Wie stehen Sie dann zu dem Grundrecht auf Religionsfreiheit oder zum Thema „Recht auf Asyl“? Da sagen Sie ja ganz offen, dass Sie das abschaffen wollen, dass wir das hier in Deutschland nicht brauchen. Also ich finde, wenn wir über das Grundgesetz, über Grundrechte reden, da kann man sich hier nicht nur die Rosinen herauspicken, mit dem Grundgesetz herumlaufen, dann muss man das Grundgesetz in seiner Gesamtheit stets und ständig, Tag und Nacht verteidigen, meine Herren von der AfD.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Deswegen spielen Sie sich hier nicht als Hüter der Grundrechte auf, wie Sie es gerne auch außerhalb des Parlamentes tun, meine Herren von der AfD! Herr Professor Weber hat ja eben gerade, indem er ja Herrn Kollegen Reißerweber dort als Lügenpresse wieder beschimpft hat, vor wenigen Minuten hier auch sehr deutlich gemacht, was er von Pressefreiheit hält. Mir gefallen auch nicht alle Artikel, mir gefallen auch nicht alle Kommentare von einem Kollegen,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

aber ich würde mich nicht,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

ich würde mich nicht hier hinstellen und dann die Presse als Lügenpresse an der Stelle bezeichnen, weil Pressefreiheit auch ein Grundrecht ist, das ein hohes Gut ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und deswegen lade ich Sie herzlich ein, bekennen Sie sich hier ganz deutlich zum Grundgesetz insgesamt, und dann lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass wir das Grundgesetz hier gemeinsam verteidigen! Ich glaube, den Antrag hätte es dazu nicht gebraucht, um zu dieser Feststellung zu kommen. – Ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, zu Ihrem Redebeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens der Fraktion der AfD.

Bitte schön, Herr Förster!

Horst Förster, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Herr Ehlers, Sie hatten sinngemäß sich dahin gehend geäußert, dass ich irgendwie ein etwas schwächeres Verhältnis zum Grundgesetz hätte, weil ich die Vorläufigkeit öfter schon hier erwähnt habe. Das tue ich nochmals ganz bewusst, und zwar deshalb, weil es ein wichtiger Artikel ist. Dieser Vorläufigkeitsartikel 146 Grundgesetz ist nach der Wiedervereinigung mit verändertem, etwas

verändertem Inhalt bewusst aufrechterhalten geblieben. Und gerade weil ich es bedauere, dass dieses Grundgesetz nicht Verfassung ist, denn dann würden die ganzen Reichsbürger und so weiter vielleicht weniger Argumentationen haben, ich halte es für den ganz großen politischen Fehler, dass man das Grundgesetz nicht im Zuge der Wiedervereinigung dem Volk vorgelegt hat. Dann hätten wir die Problematik nicht, dann würde auch „Verfassung“ drüberstehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und ich betone es jedes Mal, dass es trotzdem Verfassungsrang hat, das ist ja auch so, aber das Problem ist, dass die Politik trotz dieses Artikels offensichtlich nicht die Aufgabe wahrnimmt und damit das Grundgesetz missachtet, dass dieses Problem nicht gelöst wird.

Asylrecht: Richtig, ich habe schon mehrfach gesagt, man sollte es abschaffen. Das war eine Forderung der CDU, und wenn Sie sich näher damit befassen, dann wissen Sie, dass der 16a im Grunde sehr lang ist und Regelungen hat, die letztlich dazu führen, dass das Asylrecht faktisch ausgehebelt ist durch die Drittstaatenregelung. Jeder, der herkommt, kommt aus dem sicheren Umfeld. Im Grunde ist das Asylrecht, wenn man 16a anwenden würde, faktisch ausgehebelt. Ich weiß genau, 1993 war das eine Riesendiskussion, ein Riesenproblem,

(Andreas Butzki, SPD: Was hat das denn mit der Corona-Pandemie zu tun?)

und die CDU hatte ganz klar die Leitlinie,

(Andreas Butzki, SPD: Das ist doch keine juristische Vorlesung, es geht um Corona-Pandemie.)

den Artikel entweder abzuschaffen oder zu schreiben, das Nähere regelt ein Gesetz. Also wer gegen das Asylrecht grundsätzlich ist, weil es dysfunktional ist und der heutigen Situation nicht entspricht,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

dem können Sie überhaupt nicht unterstellen, dass der die Verfassung missachtet, ganz im Gegenteil, der macht geltend, dass die Verfassung auch die Realitäten im Auge haben muss. Ein Artikel, der nur auf dem Papier steht und faktisch ausgehebelt ist, ist gerade keine, keine Wertschätzung für die Verfassung.

Also ich will nur sagen, mir aufgrund dieser Umstände irgendeine, eine Ferne ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Förster, ...

Horst Förster, AfD: ... zum Grundgesetz zu unterstellen, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... Ihre ...

Horst Förster, AfD: ... ist dreist ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... Zeit ist ...

Horst Förster, AfD: ... und, Entschuldigung, unverschämt.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... abgelaufen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Horst Förster, AfD: Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Ehlers, möchten Sie antworten?

Sebastian Ehlers, CDU: Das bestätigt ja ein Stück weit meine Thesen, die ich gerade vorgetragen habe an der Stelle, indem man das immer wieder betont. Also entweder – Entscheiden Sie sich! – stellen sich mit dem Grundgesetz hier in Schwerin, Neubrandenburg, wo auch immer auf den Marktplatz und sagen Sie, das ist unser Grundgesetz, das verteidige ich Tag und Nacht, oder sagen Sie, ja, es ist alles vorläufig und man hätte 1990, 1993, das ist keine richtige Verfassung, hat nur Verfassungsrang. In dem stellen Sie doch immer wieder auch das Grundgesetz damit infrage, Herr Förster.

(Andreas Butzki, SPD: Das will er doch.)

Das gehört doch auch zur Wahrheit mit dazu.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Andreas Butzki, SPD: Das will er doch.)

Und deswegen bleibe ich dabei, Sie haben ein ambivalentes Verhältnis zum Grundgesetz. Sie lehnen bestimmte Punkte, Grundrechte lehnen Sie einfach auch ab.

Zum Islam haben Sie aus gutem Grund nichts gesagt, sonst hätten Sie ja sagen müssen, jawohl, Religionsfreiheit ist auch was Wunderbares, und dazu gehört natürlich auch an der Stelle der Islam. Das haben Sie ja bewusst nicht gesagt. Also entscheiden Sie sich, was Sie wollen, in welche Richtung Sie marschieren wollen! Ich glaube, meine Thesen waren so richtig und getroffene Hunde bellen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Andreas Butzki, SPD: Das ist nun mal so, das kann man so sagen.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Im Zusammenhang mit seiner „Wir wollen mehr Demokratie wagen“-Rede hat Willy Brandt seinerzeit mal seinen Berufspolitikerkollegen ins Stammbuch geschrieben: Wir sind „gewählt“, aber nicht „erwählt“.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Diesen Geist lässt der vorliegende Antrag vermissen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Zum Beispiel im ersten Satz des zweiten Abschnitts, wenn Sie da schreiben: „Der Landtag nimmt die aktuellen

öffentlichen Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Kenntnis“, also das ist so der Duktus, der erinnert mich so an Ludwig XIV., der da so seine Audienzen hielt, und dann, seine Majestät nimmt die Sorgen der Untertanen gnädig zur Kenntnis.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Also zur Kenntnis nehmen, etwas zur Kenntnis nehmen und etwas auch ernst nehmen und Empathie aufnehmen, auch mit dem Anspruch, es umzusetzen gegebenenfalls, also das ist ja was ganz anderes als das, was Sie hier in Ihrem Antrag stehen haben.

Dann schreiben Sie: „Die Meinungsfreiheit ist auch und gerade in Krisenzeiten wichtig.“ Und dann einen Satz weiter: „Der Landtag kritisiert jedoch Entwicklungen, wonach die Corona-Pandemie zunehmend als Plattform für Verschwörungsideologien“ und so weiter „benutzt ... wird.“ Da habe ich neulich einen alten Artikel aus dem „Neuen Deutschland“ entdeckt, aus dem Spätsommer 1989, als schon so die ersten Demonstrationen in Leipzig unterwegs waren, und dann im ND so ein Kampfgruppenkommandeur so eine Solidaritätsadresse an die führenden Genossen da geschickt hat. Und dann stand im ND, ja, unsere Verfassung garantiert natürlich die Versammlungs- und die Meinungsfreiheit. Und natürlich dürfen die Leute sich auch zusammenfinden zu Montagsgebeten und so weiter, aber auf gar keinen Fall dürfen sie den Sozialismus infrage stellen, Regierungskritik üben und dies und das und jenes.

Und es ist genau das, nicht? Ja, sie dürfen demonstrieren, Spaziergänge machen, aber wehe, sie laufen mit den falschen Leuten mit oder sie fordern die falschen Dinge oder stellen das Regierungshandeln, wie auch immer, infrage. Und wer sind Sie denn, dass Sie von den Bürgern draußen – und da reden wir ja vom Souverän – eine Klarstellung, eine Rechtfertigung dafür fordern, mit wem die Leute demonstrieren oder spazieren gehen?! Wo sind wir denn, dass die Politik jetzt sagt, ihr müsst euch aber da von diesen und jenen distanzieren und ihr müsst euch rechtfertigen und erklären, mit wem ihr da durch die Gegend lauft?! Also mehr an Bürgerferne, an Arroganz und obrigkeitstaatlicher Überheblichkeit, also dieser Antrag geht ja gar nicht! – Schönes Wochenende!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Um das Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme die Redebeiträge der Koalitionsfraktionen sehr wohlthuend, sehr wohlwollend entgegen. Vielen Dank für Ihre Worte!

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Allerdings nur eine kleine Kritik: Wenn Sie uns vorwerfen, man hätte hier eine Aussprache machen können et cetera, so überlassen Sie es bitte uns, wie wir das in das parlamentarische Verfahren einbringen wollen. Insofern erst mal danke schön für die Redebeiträge, aber wie gesagt, wir haben diesen Weg gewählt. Das ist, denke ich, auch unser gutes Recht.

Zu Herrn Arppe gerade eben: Herr Arppe, von Ihnen kam jetzt zur Positionierung zu Grundrechten überhaupt nichts, überhaupt nichts, außer, dass Sie unseren Antrag herunterspielen mit irgendwelchen Zeitungsartikeln, die Sie irgendwann mal gelesen haben. Das zeigt einmal mehr, dass Sie eigentlich in der Vergangenheit leben.

(Heiterkeit bei Holger Arppe, fraktionslos)

Ich würde einfach nur sagen: Fünf! Setzen! Also zu diesem Antrag kam überhaupt nichts Substantielles von Ihnen.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Zu dem Herrn Kramer von der AfD: Erstens, Herr Kramer, legen Sie mir bitte nicht Worte in den Mund, die ich so nicht verwendet habe! Ich glaube, ich habe in der Einbringung sehr deutlich gemacht, dass ich vollstes Verständnis angesichts der Schwere der Grundrechtseingriffe habe für Leute, die auf die Straße gehen. Aber ich habe kein Verständnis für Leute, die mit Ihnen, mit Nazis oder et cetera auf die Straße gehen. Insofern war auch Ihre Ablehnung dieses Antrages heute nicht verwunderlich. Es ist eigentlich nur Bestätigung von dem, was ich so in den letzten Wochen und Monaten von Ihnen erlebt habe.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Sie halten uns mit diesem Antrag Doppelmoral vor, und schauen wir doch mal in die Geschichte, wie Sie sich denn in der letzten Zeit noch mal so verhalten haben!

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

Da waren Sie ...

(Nikolaus Kramer, AfD:
Sie begreifen es einfach nicht!
Sie begreifen das einfach nicht!)

Doch, doch, Herr Kramer, ich zeige es Ihnen! Warten Sie mal kurz ab!

(Nikolaus Kramer, AfD:
Ja, ich warte. Ich hab ja Zeit.)

So sagten Sie beispielsweise gestern, Mensch, die Kitas sollten jetzt unverzüglich geöffnet werden. Das zeigt einmal mehr, Sie nehmen die Ängste auf, versuchen die widerzuspiegeln, auch hier im Landtag, mit ganz einfachen Worten. Der Antrag, die Überschrift klang ganz verständlich, ne?! Wenn man dann aber weiter hineingehört hat in die Debatte, da habe ich – Herr Förster hatte ja die Einbringung, auch Aussprache dazu –, habe ich gehört, die Eltern sind wichtig, die Kinder sind wichtig. Aber einen Punkt haben Sie in dieser Debatte völlig, völlig außer Acht gelassen, Herr Förster, und das waren die Erzieher. Ein Fünftel der Erzieher beispielsweise in den Kitas sind risikobehaftet – nach den Risikokriterien des Robert Koch-Instituts –, weil sie vorerkrankt sind, weil sie Über-60-Jährige sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ja, wenn Sie die schützen wollen, müssen Sie die Kindergärten dichtmachen. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Diese Risikogruppe haben Sie völlig rausgelassen. Das kam in Ihrer Argumentation gar nicht vor. Und da kann ich Ihnen nur zwei Dinge unterstellen, warum Sie das gemacht haben. Immerhin handelt es sich um 2.300 Erzieherinnen und Erzieher, von denen wir geredet haben. Und die Vermutung, die mir einfach so im Nachhinein noch mal, die sich da nahelegt, ist: Entweder haben Sie zu wenig Kenntnis von dem Thema, dass Sie einfach mal 2.300 Erzieherinnen und Erzieher und deren Risikogefährdung außer Betracht lassen, dann ist es einfach unredlich, hier hundertprozentige Öffnung der Kitas zu fordern bei hundertprozentiger Betreuung der Kinder, aber wenn nur 20 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher hier nicht weiter tätig ...

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Ich komme dazu.

(Holger Arppe, fraktionslos:
Was hat das mit Ihrem Antrag zu tun?)

Doch, doch, das hat was damit zu tun, Herr Arppe!

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Hören Sie mal zu! Was Sie erzählt haben, hat nichts mit dem Antrag zu tun.

(Holger Arppe, fraktionslos: Ich hab doch Ihren Antrag hier vorliegen.)

Wie gesagt, da gab es zwei Vermutungen:

(Holger Arppe, fraktionslos:
Ich hab doch aus dem Antrag zitiert.)

Entweder, Sie haben keine Ahnung, das glaube ich nicht, Herr Förster, ich schätze Sie als klug ein, oder der zweite Grund, Sie verkürzen die Debatte und lassen einen wichtigen Fakt in dieser ganzen Betrachtung, in der Abwägung völlig außer Betracht, weil Sie die Ängste der Leute aufnehmen wollen, die Sie so für wählbar halten. Und was ich dann daraus schlussfolgere, ist, nächstes Jahr stehen Bundes- und Landtagswahlen an. Wahlen, ich hör dir trapsen! Sie wollen Wählerpotenzial für sich gewinnen durch die Debatten, die wir hier führen. Und natürlich ...

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Natürlich belege ich Ihnen auch diese Behauptung, dass es Ihnen eigentlich nur darum geht, mit Vorbereitung auf die nächsten Wahlen hier schon die Stimmungen aufzunehmen, mit ihnen Seite an Seite zu demonstrieren, um neue Wählerpotenziale für sich zu holen.

(Horst Förster, AfD: Sie müssen doch nicht von sich auf andere schließen!)

Ich belege Ihnen das aufgrund Ihrer Papiere. In Vorbereitung der Bundestagswahl 2017 gab es ein Strategiepapier der AfD unter dem schönen Titel –

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

komme ich dazu, Herr Arppe, hören Sie doch mal zu! – „AfD – Manifest 2017“.

(Zurufe von Holger Arppe, fraktionslos,
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und ich gebe mal ein paar Zitate aus diesem Papier wieder. Da heißt es: „... für den Wahlerfolg der AfD (geht es) nicht darum, zu den zentralen Themen differenzierte Ausarbeitungen und technisch anspruchsvolle Lösungsmodelle vorzulegen ...“,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

„die nur Spezialisten aus der politischen Klasse interessieren, die Wähler aber überfordern.“ Zweitens: „Die AfD muss sich klar zu ihrer Rolle als die einzige echte Oppositionspartei ... bekennen“

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Reden Sie zum Antrag bitte!)

„und Auffangbecken ... gegen die Altparteien werden.“

(Zuruf von Jens Holger Schneider, AfD)

Drittens: „Wo ... es möglich ist, ... sollte die AfD mit eigenen Parolen Präsenz bei Demonstrationen, Unterschriftenaktionen und anderen Aktivitäten zeigen und so ihre Zielgruppen selbst ansprechen.“

(Zurufe von Jörg Kröger, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Das letzte Zitat: „Landtagsfraktionen und ihre Vorstände sind gut beraten,“

(Holger Arppe, fraktionslos:
Reden Sie doch mal zum Antrag!)

„sich auch bei der Arbeit in den Parlamenten an dem zu orientieren, was für AfD-Wähler wichtig ist, und nicht ..., was im Landtag gefragt ist.“ Und genau diese Strategie, was hier beschrieben ist, schon in Ihrem Strategiepapier 2017, ist genau das,

(Horst Förster, AfD: Ich war nicht dabei, ich war nicht dabei.)

was ich von Ihnen in den letzten Wochen und Monaten hier nur erlebt habe.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Hier im Parlament habe ich Anträge erlebt, die schön klingen, wie gestern: „Kita-Lockerung unverzüglich wiederherstellen“.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Horst Förster, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

„Sofort die Kitas öffnen“ klingt toll für die Bürger draußen. Dass er fachlich eine Null war, das haben wir gestern ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Horst Förster, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Bernhardt! Einen Moment, Frau Bernhardt!

Ich hatte wirklich die Hoffnung, dass ich hier nicht noch mal unterbrechen muss, aber ich klinge hier ja recht verzweifelt, obwohl ich gesagt habe, wenn ich klinge,

dann sollte hier eigentlich Ruhe eintreten. Von daher musste ich jetzt unterbrechen, damit ich dann hier endlich die Ruhe eintreten lassen kann, die eigentlich diese Glocke herstellen sollte.

(Der Abgeordnete Nikolaus Kramer bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Und ich sehe eine Zwischenfrage von ...

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nein, danke!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Nein, danke!

Bitte, dann hat sich das erledigt. Sie können fortfahren, Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wie gesagt, im Landtag erlebe ich das eine, also was völlig Ihrer Strategie entspricht, und auf der Straße wird diese Strategie weiter unterlegt.

Ein Beispiel, die Demonstrationen in Neubrandenburg am 23. Mai 2020. Es war ja geradezu aus Ihrer Sicht eine Starveranstaltung, die da angemeldet wurde, wer davon alles von der AfD angekündigt wurde: Herr Chrupalla, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Leif-Erik Holm, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Enrico Komning, Parlamentarischer Geschäftsführer im Bundestag, Herr Kramer, Fraktionsvorsitzender im Landtag. Und da sage ich nur, da bestätigt sich das wieder: Hallo, Wahlen im nächsten Jahr, ick hör dir trapsen!

Deshalb ist es einfach nur peinlich, was Sie hier machen. Und diese Demonstration stand – und das ist eigentlich so, was ich falsch finde –, stand unter diesem ganzen Titel „Freiheit statt Überwachung“. Sie vermitteln also mit der Überschrift, dass Sie die Freiheit der Bürger statt die Überwachung wollen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Da habe ich mich echt gewundert. Zur Wahrheit gehört nämlich auch dazu, dass das Sicherheits- und Ordnungsgesetz im März erst hier im Landtag beraten wurde. Und obwohl die Straftaten seit Jahren sinken, was für die gute Arbeit der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern spricht, wurden die Befugnisse der Polizei weiter ausgedehnt, Stichworte „Onlinedurchsuchung“ und „Telekommunikationsüberwachung“.

(Nikolaus Kramer, AfD: Und das sind ganz, ganz wichtige Instrumente für die Polizei und ihre Arbeit.)

Und dem haben Sie, die Herren der AfD, zugestimmt

(Nikolaus Kramer, AfD: Sehr richtig! Als Rechtsstaatspartei machen wir das. Natürlich machen wir das.)

und Überwachung weiter verschärft und die Freiheit weiter eingeschränkt. Und dann stellen Sie sich in Neubrandenburg hin,

(Nikolaus Kramer, AfD: Aber Linksextremisten haben ein Problem mit rechtsstaatlichem Handeln, ganz genau. – Glocke der Vizepräsidentin)

einer Ihrer Hochburgen zu den Wahlen, und reden von Freiheit statt Überwachung. Nein, Herren der AfD, das ist einfach nur unehrlich! Sagen Sie den Leuten, was Sie wollen,

(Nikolaus Kramer, AfD: Das machen wir jeden Tag. Jeden Tag machen wir das.)

und machen Sie nicht hier das und dort das!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Hier im Landtag sind Sie für die Freiheitsbeschränkungen und auf der Straße vermitteln Sie etwas anderes.

Deshalb sind alle Teilnehmer an Demonstrationen zu den aktuellen Lagen gefragt. Da kann ich nur das wiederholen, was vorhin mein Kollege von der SPD hier vorgetragen hat: Hinterfragen Sie, wem Sie da auf den Demonstrationen folgen, an wessen Seite Sie demonstrieren, und stellen Sie sich dann die Frage, ob diese Damen und Herren für das gleiche Ziel wie Sie kämpfen, für die Einhaltung der Grundrechte!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich denke, ich konnte belegen, dass es bei den Demonstrationen und dem Agieren der AfD keinesfalls so ist. Aber es gibt nicht nur die AfD, sondern eben auch andere Rechtspopulisten und Verschwörungstheoretiker. Deshalb hinterfragen Sie sich, und wenn Sie mitbekommen, dass Sie mit Nazis, mit Rechtspopulisten auf die Straße gehen, dann distanzieren Sie sich von Ihnen! – Insofern danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke, Frau Abgeordnete! Zu Ihrem Redebeitrag wurde eine Kurzintervention vonseiten der Fraktion der AfD angemeldet.

Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender!

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, herzlichen Dank!

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, also dass ich Ihnen als Juristin das erläutern muss: Die Novellierung des SOG, die ist ja notwendig geworden, weil eben genau der Rechtsstaat diese rechtsstaatlichen Instrumente braucht, um Terrorismus einzudämmen. Dagegen hat die AfD in keinstem Fall demonstriert.

Die Überwachung, also das Motto unserer Demo in Neubrandenburg, das galt der Überwachung der Bürger, dass wir Listen führen müssen, wer, wann, wo zu welcher Demo geht, wer, wann, wo essen geht. Ja, das ist Punkt eins.

Punkt zwei: Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese ganz hervorragende Wahlwerbung, die Sie für diese junge, aufstrebende, dynamische Partei gemacht haben

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Glocke der Vizepräsidentin)

und aus unserem Strategiepapier zitiert haben. Ich darf an dieser Stelle an Ihre Strategiekonferenz erinnern,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

ich darf an dieser Stelle an Ihre Strategiekonferenz erinnern, wo diese Konferenzteilnehmer äußern, wir müssen den Staat mit seinen Institutionen unterwandern,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Lassen Sie sich doch mal was Neues einfallen!)

wir müssen in der Organisation infiltrieren, wir müssen Staatsknete abgreifen, wo es geht, wir müssen die Reichen erschießen und in Arbeitslager stecken.

(Thomas Krüger, SPD: Na, erschießen war ja in Ihrer Fraktion auch schon mal Thema.)

Und dann kreiden Sie uns das hier an?! Also das ist ja der absolute Oberhammer!

Nichtsdestotrotz wünsche ich Ihnen ein schönes Wochenende und eine angenehme Sommerpause!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie darauf antworten, Frau Abgeordnete?

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr gern möchte ich darauf antworten.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön!

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Den Bedarf, den schätzen wir halt unterschiedlich ein, Herr Kramer. Wir sehen das seit 1992, dass die Anzahl der Straftaten so gering war wie noch nie.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Deshalb können wir es nicht verstehen, dass man Telekommunikation online im Internet weiter durchforscht. Insofern widerspricht es eben Ihrem Titel der Demonstration, die da stattgefunden hat. Es geht Ihnen nicht um die Freiheitsrechte. Es geht Ihnen nur dann um die Freiheitsrechte, wenn Sie sich mit ihnen gemeinsam auf die Straße stellen können, wieder die Ängste aufnehmen können, um, wie gesagt, Ihre Wahlen vorzubereiten für nächstes Jahr.

Und was die Strategiekonferenz von uns betrifft, glaube ich, hatte Frau Oldenburg hier eine sehr klare Meinung unsererseits dargestellt. Insofern brauche ich mich da nicht zu wiederholen. – Ich danke Ihnen. Tschüss!

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Das wars?)

Ja.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5009. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5009 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung und damit am Ende der letzten Sitzung vor der Sommerpause. Rückblickend haben wir ja herausfordernde Wochen und Monate hinter uns gebracht. Ich möchte an dieser Stelle denjenigen danken, die uns in den letzten Wochen gewährleistet haben, dass der Parlamentsbetrieb unter den bestehenden Bedingungen reibungslos verlaufen konnte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Und obwohl ich weiß, dass man das nicht macht, möchte ich eine Gruppe doch besonders hervorheben, und das sind diejenigen, die bei laufendem Parlamentsbetrieb nahezu ununterbrochen gereinigt und desinfiziert haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Ich wünsche Ihnen allen eine erholsame Sommerpause. Haben Sie Zeit für Ihre Familien, bleiben Sie gesund! Und ich hoffe, dass wir uns dann nach der Sommerpause ohne eine zweite Corona-Welle in einem Normalbetrieb wiedertreffen können.

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 26. August 2020, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14.45 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Christiane Berg, Manfred Dachner und Karsten Kolbe.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion der AfD Entlassung der Verfassungsrichterin Borchardt – Drucksache 7/5081 –

Jastimmen

AfD

Borschke, Ralf
Förster, Horst
Grimm, Christoph
Hersel, Sandro
Dr. Jess, Gunter
de Jesus Fernandes, Thomas
Kramer, Nikolaus
Kröger, Jörg
Lerche, Dirk
Obereiner, Bert
Reuken, Stephan J.
Strohschein, Jürgen
Dr. Weber, Ralph

fraktionslos

Arppe, Holger
Weißig, Christel

Neinstimmen

SPD

Albrecht, Rainer
Aßmann, Elisabeth
Dr. Backhaus, Till
Barlen, Julian
Brade, Christian
Butzki, Andreas
da Cunha, Philipp
Dahlemann, Patrick
Drese, Stefanie
Friedriszik, Dirk
Hesse, Birgit
Kaselitz, Dagmar
Krüger, Thomas
Mucha, Ralf
Pegel, Christian
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas

Stamer, Dirk
Tegtmeier, Martina
Wippermann, Susann
Würdisch, Thomas

CDU

von Allwörden, Ann Christin
Caffier, Lorenz
Ehlers, Sebastian
Eifler, Dietmar
Friemann-Jennert, Maika
Glawe, Harry
Kliewe, Holger
Liskow, Franz-Robert
Dr. Manthei, Matthias
Peters, Daniel
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Schlupp, Beate
Waldmüller, Wolfgang
Wildt, Bernhard

DIE LINKE

Bernhardt, Jacqueline
Foerster, Henning
Koplin, Torsten
Kröger, Eva-Maria
Larisch, Karen
Oldenburg, Simone
Ritter, Peter
Rösler, Jeannine
Dr. Schwenke, Mignon
Dr. Weiß, Wolfgang

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	61
Gültige Stimmen	61
Jastimmen	15
Neinstimmen	46
Enthaltungen	-